

## Vorwort

Bei Haftantritt, aber auch bei der Entlassung stellen sich für Inhaftierte und für deren Angehörige viele Fragen:

- Was passiert mit der Wohnung?
- Wovon sollen die Angehörigen leben?
- Wo bekomme ich Unterstützung, wenn ich mich nach der Entlassung in einer finanziellen Notlage befinde?
- Wie komme ich wieder zu einer Berufstätigkeit?
- Wo finde ich Beratungseinrichtungen vor Ort, die mir weiterhelfen können?

Dieser „Wegweiser für Inhaftierte, Haftentlassene und deren Angehörige“ möchte Betroffene darüber informieren, welche staatlichen und sonstigen Hilfen es gibt, welche Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sein müssen und an wen man sich im Bedarfsfall wenden kann.

Da sich die gesetzlichen Grundlagen häufig ändern, wird dieser Wegweiser regelmäßig aktualisiert und an die jeweils geltende Rechtslage angepasst. Die Änderungen, die sich für Haftentlassene und Angehörige von Inhaftierten ergeben haben, wurden in der vorliegenden Ausgabe auf dem Gesetzesstand vom 31.12.2014 eingearbeitet. Die Regelsätze in der Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG II) und in der Sozialhilfe werden jeweils zum ersten Januar eines Jahres der aktuellen Lohn- und Preisentwicklung angepasst. Diese Ausgabe enthält die ab Januar 2015 gültigen Regelsätze.

Im Zuge der Föderalismusreform sind die Bundesländer für die Ausgestaltung des Strafvollzugs zuständig. Die Mehrheit der Länder hat bereits eigene Landesstrafvollzugsgesetze erlassen, die sich am einstmals bundesweit gültigen Strafvollzugsgesetz (StVollzG) orientieren. In Berlin, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein wurden bislang noch keine Landesstrafvollzugsgesetze verabschiedet. Hier gilt noch das StVollzG.

Bei Fragen und persönlichem Beratungsbedarf wenden Sie sich am besten an die Straffälligenhilfe in ihrem jeweiligen Bundesland. Viele der Beratungsstellen bieten auch Sprechstunden in der Justizvollzugsanstalt an.

Sämtliche Anschriften im Text und im Adressenteil wurden auf Aktualität überprüft. Erfahrungsgemäß unterliegen die Kontaktdaten der Ansprechpartner jedoch raschen Veränderungen. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann daher nicht übernommen werden.

Diese Broschüre versteht sich als erste Orientierungshilfe. Sie soll uns kann kein persönliches Beratungsgespräch ersetzen. Nutzen Sie deshalb die Angebote des Sozialdienstes in Ihrer Justizvollzugsanstalt oder der Straffälligenhilfevereine am Ort Ihrer Inhaftierung bzw. Ihrem zukünftigen Wohnort. Fragen Sie auch nach der Möglichkeit, von ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern betreut zu werden. Mit Unterstützung ist ein Brief an Ämter oder ein Antrag bei Behörden bestimmt leichter und schneller geschrieben. Im Anhang finden Sie ein ausführliches, nach Bundesländern sortiertes Adressverzeichnis von Beratungseinrichtungen vor Ort, in denen Sie Ansprechpartner finden, die Ihnen in Ihrer speziellen Situation weiterhelfen können.

Sollten Sie Anregungen zu diesem Wegweiser haben, freuen wir uns über Ihre Rückmeldung.

Ihre **BAG•S**

## Inhalt

Vorwort	3
I. Zu Haftbeginn	6
II. Während der Haft	10
1. Zahlungen der Justizvollzugsanstalt	10
2. Leistungen nach dem SGB II	12
3. Sozialversicherung der Gefangenen	14
4. Altersvorsorge und Rente für Gefangene	15
III. Schulden	17
1. Was tun?	17
2. Hilfen bei Überschuldung	20
IV. Vor der Entlassung	24
V. Nach der Entlassung	27
1. Arbeitslosengeld	27
2. Arbeitslosengeld II	30
3. Sozialhilfe	39
4. Beruflicher Wiedereinstieg	41
5. Informationsmöglichkeiten	43
VI. Informationen für Angehörige	46
1. Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe?	46
2. Besondere Problemfälle	49
3. Beratungsmöglichkeiten	51
VII. Weitere Hilfen – auch bei geringem Einkommen	61
VIII. Beratungs- und Prozesskostenhilfe, Pflichtverteidigung	64
IX. Weiterführende Literatur	66
X. Gefangenenzeitungen	71
XI. Adressen Straffälligenhilfe und weitere wichtige Adressen	73

## I. Zu Haftbeginn

Mit Ihrer Inhaftierung beginnt eine schwierige Zeit für Sie und Ihre Angehörigen. Einiges ist schwer zu verstehen und vieles muss erledigt werden. Wer sich frühzeitig um seine Angelegenheiten kümmert, kann sich spätere Schwierigkeiten ersparen oder wenigstens Probleme verringern.

Wir haben mit freundlicher Genehmigung eine Checkliste des Schleswig-Holsteinischen Verbandes für Straffälligen- und Bewährungshilfe überarbeitet und aktualisiert. Diese enthält viele wichtige Fragen, die nach Möglichkeit schon vor der Inhaftierung bzw. zu Haftbeginn geklärt werden sollten.

### **Ist Ihre Wohnung abgeschlossen?**

Sorgen Sie dafür, dass Ihre Wohnung gut verschlossen wird, Gas und Wasser abgestellt und alle gefährdeten Geräte vom Stromnetz getrennt sind.

### **Befinden sich noch hilfsbedürftige Menschen in der Wohnung?**

Informieren Sie sofort Verwandte oder Bekannte, die sich um die zukünftige Betreuung kümmern können oder benachrichtigen Sie das zuständige Sozialamt.

Bei minderjährigen, unversorgten Angehörigen wenden Sie sich ggf. an das Jugendamt.

### **Befinden sich noch Tiere in der Wohnung?**

Bitten Sie Verwandte oder Bekannte um deren Versorgung oder sprechen Sie das örtliche Tierheim bzw. den Tierschutzverein an.

### **Sind Agentur für Arbeit, Jobcenter, Sozialamt und Krankenkasse über die Inhaftierung informiert?**

Wenn Sie vor Ihrer Inhaftierung Leistungen bezogen haben, müssen Sie sofort den zuständigen Leistungsträger informieren.

### **Standen Sie vor Ihrer Inhaftierung in einem Arbeitsverhältnis?**

Dann sollten Sie schnellstmöglich Ihren Arbeitgeber benachrichtigen. Bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses kann ein Antrag auf Lohnsteuerrückerstattung auch aus der Haft gestellt werden kann. Informationen zur neuen elektronischen Lohnsteuerkarte finden Sie auf S. 24/25.

### **Haben Sie oder Ihre Angehörigen Wohngeld bezogen?**

Dann sollten Sie die zuständige Wohngeldstelle benachrichtigen, da sich durch den Wegfall Ihres Einkommens möglicherweise das Wohngeld für Ihre Familie erhöht.

**Ist der Familienunterhalt gesichert?**

Falls Sie bislang für den Unterhalt Ihrer Familie gesorgt haben, müssen dies jetzt Ihre Familienangehörigen übernehmen. Welche Beratung und welche Hilfe Ihre Angehörigen in Anspruch nehmen können, entnehmen Sie diesem Wegweiser ab Seite 46.

**Sind Ihre Angehörigen auch während Ihrer Inhaftierung krankenversichert?**

Für Familienmitglieder, die nicht selbst sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und bisher über den Inhaftierten versichert waren, endet die Familienversicherung mit der Inhaftierung. Sie müssen daher unverzüglich selbst der gesetzlichen Krankenversicherung beitreten (s. auch Kapitel VI. „Informationen für Angehörige“).

**Um unnötige Zahlungsverpflichtungen zu vermeiden, sollten Sie unbedingt folgende Punkte klären:****Ist die Mietfortzahlung gesichert?**

Bei einem Freiheitsentzug können Sie auch versuchen, Ihre Wohnung zu sichern, indem Sie die Mietfortzahlung beim Sozialamt beantragen. Die Übernahme der Mietkosten während der Haft nach §§ 67 ff. SGB XII ist bei Haftstrafen bis zu einem Jahr rechtlich möglich. Begründete Mietübernahmen sind - in Abwägung der rechtlich gegebenen Entscheidungsspielräume - auch für Zeiträume von mehr als zwölf Monaten möglich. Voraussetzung für eine Übernahme der Miete ist, dass der/die Betroffene über keine Eigenmittel für notwendige Mietzahlungen verfügt. Darüber hinaus müssen die Mietkosten den Vorgaben des SGB XII entsprechen. Allerdings sind die kommunalen Verwaltungsvorschriften sehr unterschiedlich. So wird fälschlicherweise in einer ganzen Reihe von kommunalen Richtlinien eine Begrenzung des Bewilligungszeitraums auf sechs Monate festgeschrieben. Um eine Übernahme der Miete zu erreichen ist daher die Unterstützung der Straffälligenhilfevereine vor Ort ratsam. Bei einem ALG II Bezug kann unter Umständen auch das Jobcenter für die Übernahme der Miete zuständig sein.

**Ist Ihre Wohnung gekündigt?**

Besteht keine Möglichkeit, Ihre Wohnung zu erhalten, sollten Sie sie sofort kündigen. Damit ersparen Sie sich spätere Mietforderungen. Gleiches gilt selbstverständlich, wenn Sie nach der Entlassung nicht in Ihre Wohnung zurückkehren wollen.

**Wollen Sie Ihre Wohnung untervermieten?**

Sie können mit der Zustimmung des Vermieters Ihre Wohnung untervermieten. Dies sollte man allerdings nur tun, wenn man seinem Untermieter vertrauen kann. Sie sollten vorher alle Zähler ablesen lassen.

### **Müssen Möbel und Hausrat untergestellt werden?**

Fragen Sie Verwandte und Bekannte Ihres Vertrauens, ob diese Ihre Möbel und den Hausrat unterstellen können. Ggf. kann eine Kostenübernahme der Möbeleinlagerung durch das Sozialamt erfolgen. Die Justizvollzugsanstalt oder Straffälligenvereine können dies in der Regel nicht.

### **Sind Strom und Wasser abgemeldet?**

Melden Sie die Kündigung der Wohnung dem Energieversorgungsunternehmen bzw. den Stadtwerken. Sie ersparen sich mögliche spätere Forderungen, falls Ihr Nachmieter die Anmeldung auf den eigenen Namen „vergessen“ haben sollte. Auch das Telefon muss abgemeldet werden.

### **Haben Sie Unterhaltsverpflichtungen für Kinder?**

Wenn Sie zur Zahlung von Unterhalt verpflichtet sind, informieren Sie Ihre unterhaltsberechtigten Kinder bzw. bei Minderjährigen deren gesetzliche/n Vertreter/in, ggf. auch das Jugendamt, an das Sie Zahlungen leisten, über Ihre Inhaftierung. Sie haben die Möglichkeit, für die Dauer der Inhaftierung eine Herabsetzung des Unterhalts wegen Änderung der Rechtsgrundlage oder eine Aussetzung der Unterhaltsverpflichtung zu erreichen. **Wichtig:** Diese Möglichkeit entfällt, wenn der Haftgrund durch eine Verletzung der Unterhaltspflicht begründet ist.

Können Sie wegen Ihrer Inhaftierung keinen Unterhalt mehr zahlen, besteht für unterhaltsberechtigten Kinder bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres die Möglichkeit, beim Jugendamt Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz zu beantragen (s. hierzu das Kapitel VI. „Informationen für Angehörige“ ab S. 46).

### **Haben Sie noch finanzielle Verpflichtungen?**

Sofern Sie noch Zahlungen für offene Rechnungen, Ratenzahlungsverpflichtungen oder Abtretungserklärungen zu leisten haben, setzen Sie sich unbedingt sofort mit Ihren Gläubigern in Verbindung und teilen Sie Ihre Inhaftierung und damit Ihre Zahlungsunfähigkeit mit.

Bekunden Sie unmissverständlich Ihre erneute Zahlungsbereitschaft nach der Haftentlassung und bitten Sie um die Stundung Ihrer Verbindlichkeiten bis zu diesem Zeitpunkt.

### **Sind Sie Abonnent/in von Zeitungen oder Zeitschriften?**

Beantragen Sie das Ruhen des Abonnements oder kündigen Sie es fristgerecht. Bitten Sie ggf. um die Überlassung eines Freiabonnements, da gerade die örtliche Tageszeitung wichtige Informationen über den Arbeits- und Wohnungsmarkt enthält. Wenn Sie Vereinsmitglied sind, vereinbaren Sie das Ruhen Ihrer Mitgliedschaft bzw. Ihrer Beitragszahlungen für die Dauer Ihrer Inhaftierung.

**Haben Sie einen Postnachsendeantrag gestellt?**

Sollte dies vor Haftantritt nicht möglich gewesen sein, bitten Sie Ihre Abteilungsleitung in der JVA um eine entsprechende Postkarte, die Sie ausgefüllt und unterschrieben an Ihr Heimatpostamt schicken müssen. Ausgenommen hiervon sind Pakete. Am besten, Sie besprechen eine mögliche Regelung mit der JVA. Der Nachsendeauftrag kostet zwar für ein halbes Jahr zurzeit 19,90 EUR (für ein Jahr 24,90 Euro), er kann Ihnen aber viel Ärger ersparen, da Mahn- und Vollstreckungsbescheide als zugestellt gelten, wenn diese in Ihrem Briefkasten liegen.

**Haben Sie laufende Versicherungsverträge (z. B. Hausrat-, Rechtsschutz-, Lebensversicherung)?**

Sie sollten prüfen, ob die Fortsetzung dieser Verträge sinnvoll ist. Häufig lässt sich das beitragsfreie Ruhen dieser Verträge vereinbaren. Eine sofortige Kündigung von Versicherungsverträgen ist wegen vertraglich vereinbarter Laufzeiten oft nicht möglich und z. B. bei Lebensversicherungen auch nicht sinnvoll. Vor der Kündigung einer Lebensversicherung sollten Sie sich um deren Verkauf bemühen. Hierzu gibt es heute verschiedene Anbieter. Die Verluste hierbei sind deutlich geringer, als bei einer Kündigung des bestehenden Vertrages. Handelt es sich um eine Hausratversicherung, und ist die Wohnung gekündigt, muss auch der Vertrag mit sofortiger Wirkung gekündigt werden, um nicht weiter zahlen zu müssen.

**Sind Rundfunk und Fernsehen beim „Beitragservice“ (ab)gemeldet?**

Sofern Sie zukünftig kein eigenes Rundfunk- und Fernsehgerät benutzen, können Sie die Geräte bei der Gebühreneinzugszentrale abmelden. Der Antrag muss direkt beim Beitragservice gestellt werden. Einen entsprechenden Antrag können Sie über die JVA erhalten. An-, Ab- oder Ummeldeformulare können Sie bei ARD ZDF Deutschlandradio, Beitragservice, 50656 Köln anfordern: ([www.rundfunkbeitrag.de](http://www.rundfunkbeitrag.de)).

**Hinweis:** Rundfunk- und Fernsehgeräte in der JVA sind, soweit der Inhaftierte kein Einkommen bezieht, das über die JVA-interne Vergütung hinausgeht, von der Zahlung von Rundfunkbeiträgen auch ohne gesonderten Antrag befreit

## II. Während der Haft

Im Zuge der Föderalismusreform, die zum 1.9.2006 in Kraft getreten ist, liegt die Zuständigkeit für den Strafvollzug in Länderhand. Aktuell haben außer Berlin, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein die Länder eigene Landesstrafvollzugsgesetze erlassen; in diesen Bundesländern hat das StVollzG keine Gültigkeit mehr. Leider ist es uns in diesem Ratgeber nicht möglich, im Einzelnen auf die rechtlichen Bestimmungen sämtlicher Landesstrafvollzugsgesetze einzugehen. Auskunft über die Ausgestaltung des Strafvollzugs in diesen Bundesländern können Sie gegebenenfalls über die Sozialen Dienste der JVA bekommen.

Da viele der Landesstrafvollzugsgesetze wesentliche Bestimmungen des StVollzG übernommen haben und in einigen Bundesländern dies nach wie vor in Kraft ist, orientieren sich die folgenden Ausführungen am StVollzG. An einigen Stellen erschien es uns darüber hinaus notwendig, auf unterschiedliche Regelungen in den Landesstrafvollzugsgesetzen einzugehen.

---

### 1. Zahlungen der Justizvollzugsanstalt<sup>1</sup>

#### **Arbeitsentgelt – (§ 43 StVollzG)**

Wer während der Haft arbeitet, erhält ein Arbeitsentgelt in geringer Höhe. Die Höhe des Entgelts ist in fünf Lohnstufen gestaffelt und richtet sich nach der Art der Arbeit. Dieses Entgelt wird nur dann gezahlt, wenn tatsächlich gearbeitet wird. Gefangene, die einem freien Beschäftigungsverhältnis nachgehen, erhalten normalerweise den ortsüblichen Tariflohn. Davon ist allerdings ein Haftkostenbeitrag an die Anstalt zu entrichten.

#### **Ausbildungsbeihilfe – (§ 44 StVollzG)**

Wer an Ausbildungsmaßnahmen oder Unterricht teilnimmt, erhält von der Anstalt eine so genannte Ausbildungsbeihilfe, sofern er nicht anderweitig Gelder zur Ausbildungsförderung erhält. Die Höhe der Ausbildungsbeihilfe richtet sich nach der Höhe des dadurch entgangenen Arbeitsentgeltes. Normalerweise ist dies die Lohnstufe III.

---

<sup>1</sup> Teile dieses Textes wurden mit freundlicher Genehmigung der Site: [www.knast.net](http://www.knast.net) entnommen und überarbeitet.

### **Taschengeld – (§ 46 StVollzG)**

Wer ohne eigenes Verschulden weder Arbeitsentgelt noch Ausbildungsbeihilfe bekommt und bedürftig ist, erhält ein Taschengeld, das von der Anstalt ausgezahlt wird. Die Höhe des Taschengeldes ergibt sich aus der Verwaltungsvorschrift zu § 46 StVollzG und beträgt 14 Prozent der aktuellen so genannten Eckvergütung, was einem Betrag von 35,72 Euro monatlich entspricht (Stand 2015, alte Bundesländer). Eine abweichende Regelung gibt es bei Untersuchungshäftlingen (siehe S. 13).

### **Aus diesen Zahlungen werden gebildet:**

#### **Hausgeld – (§ 47 StVollzG)**

Das so genannte Hausgeld wird aus drei Siebteln des Arbeitsentgelts oder der Ausbildungsbeihilfe bzw. 100 Prozent des Taschengeldes gebildet. Es steht zum Einkauf innerhalb der Anstalt oder sonstigen Ausgaben zur Verfügung (§ 199 Abs. 2 StVollzG). Wer draußen einem freien Beschäftigungsverhältnis nachgeht, bekommt einen entsprechend hohen Anteil seines Lohnes als Hausgeld zugewiesen.

Das Hausgeld ist unpfändbar. Es ist auch dem Zugriff der Anstalt entzogen.

Ausnahmen:

Der Teil des Hausgeldes, der 15,30 Euro monatlich übersteigt, kann zur Deckung von Verfahrenskosten nach § 109 ff. StVollzG herangezogen werden (§ 121 Abs. 5 StVollzG).

Verursacht ein Gefangener der Anstalt Kosten durch vorsätzliche oder grob fahrlässige Selbstverletzung bzw. Verletzung anderer Gefangener, kann sie diese aus dem 15,30 Euro übersteigenden Teil des Hausgeldes decken (§ 199 Abs. 2 Nr. 4 StVollzG).

#### **Überbrückungsgeld – (§ 51 StVollzG)**

Wie oben dargestellt, wurde das bundeseinheitliche Strafvollzugsgesetz zunehmend durch Landesstrafvollzugsgesetze ersetzt. Hieraus ergaben sich auch weitreichende Änderungen für das Überbrückungsgeld.

Im Strafvollzugsgesetz war geregelt, dass aus dem Teil des Arbeitsentgelts bzw. der Ausbildungsbeihilfe, das nicht als Hausgeld verbraucht wird, das Überbrückungsgeld gebildet wird. Dieses soll nach der Entlassung zur Deckung des Lebensunterhaltes des Gefangenen und seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen für vier Wochen reichen. Einige Bundesländer (Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Rheinland-Pfalz) verzichten in ihren Landesstrafvollzugsgesetzen ganz auf das Überbrückungsgeld. Andere haben es vollkommen neu definiert, wie etwa Brandenburg oder Sachsen.

Bayern, Baden-Württemberg, Bremen, Hessen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen sehen in ihren Landesstrafvollzugsgesetzen weiterhin ein Überbrückungsgeld vor. Darüber hinaus gibt es das Überbrückungsgeld in der bisherigen Form in den Ländern, die noch kein eigenes Landesstrafvollzugsgesetz verabschiedet haben, also in Berlin, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.

Wie hoch das Überbrückungsgeld höchstens sein kann, ist je nach Einzelfall unterschiedlich. Wenn der Gefangene während der Haft nicht arbeiten kann, er aber Geld bei Haftantritt mitgebracht hat oder ihm Geld von anderen während der Haft überwiesen wurde, so kann das Überbrückungsgeld aus diesen Mitteln gebildet werden. Übrigens: Es besteht ein Recht auf Verzinsung, man muss dies allerdings bei der Zahlstelle beantragen.

Das Überbrückungsgeld ist vor Pfändung geschützt. Es wird bei der Entlassung normalerweise in bar ausbezahlt, man kann es aber auch an den Bewährungshelfer oder eine andere Stelle zur Betreuung Straftentlassener überweisen. Das Überbrückungsgeld ist nach der Entlassung nur dann pfändbar, wenn Unterhaltsansprüche, wie sie in § 850 d Abs. 1 Satz 1 ZPO bezeichnet werden, vorliegen. Allerdings ist dem Haftentlassenen so viel zu belassen, wie er für seinen eigenen Unterhalt und zur Erfüllung seiner sonstigen gesetzlichen Unterhaltspflichten bis zum Ablauf von vier Wochen nach der Entlassung braucht.

### **Eigengeld – (§ 52 StVollzG)**

Das Eigengeld umfasst alles, was nicht als Hausgeld, Haftkostenbeitrag, Unterhaltsbeitrag oder Überbrückungsgeld dient. Sobald ein ausreichendes Überbrückungsgeld angespart ist, kann das (restliche) Eigengeld zu finanziellen Transaktionen außerhalb des Vollzugs völlig frei verwendet werden. Zum Einkauf in der Anstalt kann ein angemessener Betrag aus dem Eigengeld nur dann verwendet werden, wenn ohne eigenes Verschulden weder Hausgeld noch Taschengeld zur Verfügung stehen (§ 22 Abs. 3 StVollzG).

Eigengeld, das nicht zur Aufstockung des Überbrückungsgeldes gebraucht wird, ist grundsätzlich pfändbar.

## **2. Leistungen nach dem SGB II und SGB XII**

### **Untersuchungshaft und Strafhaft**

Erwerbsfähige Hilfebedürftige, die vollstationär untergebracht sind, haben keinen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II (so genanntes Hartz IV). Als stationär untergebracht gelten auch alle Personen, die sich aufgrund richterlicher Anordnung in einer Vollzugsanstalt befinden (U-Haft, Strafhaft, Maßregelvollzug). Von dieser Regelung ausgenommen sind nur Personen, die mindestens 15 Stunden wöchentlich erwerbstätig sind (Freigänger im offenen Vollzug) oder weniger als sechs Monate in einem Krankenhaus untergebracht sind, etwa wenn der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt wurde (§ 7 Abs. 4 SGB II). Dies ist etwa der Fall, wenn die Strafvollstreckung wegen der Behandlung einer Suchterkrankung im Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt zurückgestellt wird. Ein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II besteht, wenn die stationäre Behandlung voraussichtlich nicht länger als sechs Monate dauert und entweder in eine ambulante Therapie mündet oder die Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt wird.

Freigänger haben nur einen Leistungsanspruch nach SGB II, wenn sie tatsächlich mindestens 15 Stunden in der Woche unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes arbeiten (sozialversicherungspflichtige, auch geringfügige Beschäftigung oder selbstständige Tätigkeit). Dann haben Sie auch Anspruch auf weitere Leistungen nach dem SGB II wie etwa die Mietschuldenübernahme (§ 22 Abs. 5 SGB II). Verfügt der Freigänger über eine eigene Wohnung, so sind auch die angemessenen Unterkunftskosten zu gewähren. Ist der Freigänger Partner in einer Bedarfsgemeinschaft und besteht die Absicht, die Ehe oder die eheähnliche Gemeinschaft trotz der Haft weiter bestehen zu lassen, ist davon auszugehen, dass die Haushaltsgemeinschaft fortgeführt wird. In diesem Fall haben beide Partner einen Anspruch auf 90 Prozent der Regelleistung.

Anträge auf Leistungen nach dem SGB II können Sie bei den örtlichen Jobcentern stellen. So werden die gemeinsamen SGB-II-Behörden der Agentur für Arbeit und der Kommune bzw. dem Landkreis genannt. Es gibt allerdings auch kreisfreie Städte und Landkreise, die allein für die Leistungen nach dem SGB II zuständig sind (so genannte zugelassene kommunale Träger). In diesen Fällen müssen Sie den Antrag beim dort zuständigen Jobcenter stellen. Welches Jobcenter für Sie zuständig ist, können Sie mit Hilfe des Sozialen Dienstes in der JVA feststellen lassen.

### **Taschengeld**

Das so genannte Taschengeld ist eine Leistung, auf die erwachsene Untersuchungshäftlinge im Falle von Bedürftigkeit einen Anspruch haben können, um damit persönliche Bedürfnisse wie z. B. Tabak oder Zeitungen bezahlen zu können. Auch der Untersuchungshaftvollzug ist im Zuge der Föderalismusreform in die Gesetzgebungskompetenz der Bundesländer übergegangen. In allen Bundesländern sind mittlerweile eigene Untersuchungshaftvollzugsgesetze in Kraft. Die meisten Bundesländer (Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen) sehen eine Taschengeldzahlung durch die JVA auf Antrag vor. Die Höhe ist gekoppelt an die des Arbeitsentgelts und beträgt in der Regel 14 Prozent der Eckvergütung, was einem monatlichen Betrag von 35,72 Euro entspricht (Stand 2015, alte Bundesländer). In der Regel wird ein Taschengeld jedoch nur gewährt, wenn den Betroffenen weder Arbeit noch die Teilnahme an einer Beschäftigungsmaßnahme angeboten werden kann.

Hiervon abweichende Regelungen sind in den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen zu finden. Mittellose Untersuchungshäftlinge in diesen Bundesländern können beim zuständigen Sozialhilfeträger (in der Regel das Sozialamt des letzten Wohnortes) einen Antrag auf Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII für die Erfüllung von persönlichen Bedürfnissen des täglichen Lebens stellen.

Die Höhe dieses Geldbetrages kann Ihnen das für Sie zuständige Sozialamt nennen. Sie orientiert sich regelmäßig an dem Taschengeldbetrag nach § 46 StVollzG (siehe

oben). Sollte Ihr Antrag abgelehnt werden, haben Sie die Möglichkeit, Widerspruch gegen die Entscheidung einzulegen. Diesen Schritt sollten Sie jedoch mit dem Sozialen Dienst in der JVA bzw. Ansprechpersonen einer Straffälligenhilfeeinrichtung besprechen. Jugendliche U-Häftlinge können bei Bedürftigkeit ebenfalls ein Taschengeld bei der JVA beantragen.

### **Während des Hafturlaubs**

Während des Hafturlaubs haben Sie keinen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II, weder in Form von Tagessätzen noch in Form von Leistungen zur Unterkunft.

Die JVA muss die Absicherung von Verpflegungs- und Unterkunftskosten sicherstellen. Sei es durch vorhandenes Eigengeld des Gefangenen, Zusagen von „Dritten“ oder eben Leistungen der Justiz. In der Regel ist es so, dass Sie die Kosten, die mit ihrem Hafturlaub verbunden sind, von Ihrem eigenen Geld bezahlen müssen.

## **3. Sozialversicherung der Gefangenen**

Inhaftierte sind für den Fall, dass sie in Haft arbeiten können, gegen Arbeitslosigkeit versichert. Sie haben – wenn sie lange genug gearbeitet haben – nach der Entlassung einen Anspruch auf Arbeitslosengeld (siehe S. 27). Es werden jedoch keine Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt, auch wenn man gearbeitet hat. Die Haftjahre fehlen später für den Rentenanspruch.

Während der Haftzeit ist man nicht krankenversichert. Die ärztliche Versorgung wird entweder in der JVA sicher gestellt oder es werden die Kosten für eine erforderliche externe Behandlung übernommen.

Im offenen Vollzug ist das freie Beschäftigungsverhältnis dem freier Arbeitnehmer/-innen – mit allen sozialversicherungspflichtigen Konsequenzen – gleichgestellt.

## 4. Altersvorsorge und Rente für Gefangene

Es ist eine alte Forderung, den Strafgefangenen auch das Recht zuzugestehen, durch Arbeit in der Haft Rentenansprüche zu erwerben. Doch das 2001 in Kraft getretene Gesetz zur Neuregelung der Gefangenenentlohnung hat die Rentenversicherung wieder nicht aufgenommen.

Das bedeutet, dass die Haftzeit im Hinblick auf die Altersrente verlorene Zeit ist. Je länger die Haft dauert, desto geringer werden die Ansprüche auf ein angemessenes Altersruhegeld. Erschwerend kommt bei vielen Inhaftierten hinzu, dass sie auch schon vor der Inhaftierung selten in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis gestanden haben. Das kann zu einer sehr geringen Rente führen, die nicht für den Lebensunterhalt ausreicht.

In diesem Fall springt das Vierte Kapitel des SGB XII „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ ein. Die Leistung ist abhängig von der Bedürftigkeit. Eigenes Einkommen und Vermögen (über 2.600 Euro) werden berücksichtigt. Antragsberechtigt sind Personen, die das Regelrentenalter erreicht haben, oder volljährige Personen, die aus medizinischen Gründen dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, soweit sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Die Bewilligung der Leistung erfolgt in der Regel für ein Jahr und wird jeweils neu erteilt, wenn die Bedürftigkeitsvoraussetzungen erfüllt sind. Ob ein Anspruch auf Leistungen nach dem Vierten Kapitel des SGB XII besteht, kann man bei den Sozialämtern der Stadt- und Kreisverwaltungen überprüfen lassen. Stellen Sie bei Bedarf einen Antrag auf Leistungen.

Grundsätzlich gibt es drei Säulen, auf denen die Altersrente steht: Auf der gesetzlichen, der betrieblichen und privaten Rente. Die beiden letztgenannten können vom Staat unter bestimmten Voraussetzungen gefördert werden.

In diesem Wegweiser können wir Ihnen die Möglichkeiten nicht ausführlich darstellen, sondern Sie nur kurz darauf hinweisen.

### Die gesetzliche Rente

Für die gesetzliche Rente haben alle – Beamte ausgenommen –, die in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis stehen oder standen, in diese Rentenversicherung einbezahlt. Die Einzahlung erfolgt durch den Arbeitgeber, der die monatlichen Beiträge vom Lohn oder Gehalt abzieht und an die Deutsche Rentenversicherung (DRV) überweist.

Es steht jedem frei, freiwillig weitere Beiträge in die gesetzliche Rente einzuzahlen. Das lohnt sich allerdings nur für solche Arbeitnehmer/innen, die schon lange Jahre an eine Landesversicherungsanstalt (LVA) oder die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) gezahlt haben. Alle Inhaftierten, für die das zutrifft, sollten sich an die Deutsche Rentenversicherung wenden.

**Postanschrift:**

Deutsche Rentenversicherung Bund  
10704 Berlin

**Hausanschrift:**

Deutsche Rentenversicherung Bund  
Ruhrstraße 2  
10709 Berlin  
Telefon: 030 8650  
Fax: 030 86527240

[www.deutsche-rentenversicherung-bund.de](http://www.deutsche-rentenversicherung-bund.de)  
E-Mail: [drv@drv-bund.de](mailto:drv@drv-bund.de) oder [meinefrage@drv-bund.de](mailto:meinefrage@drv-bund.de).

Die DRV ist kostenfrei zu erreichen unter: 0800 10 00 480 70, Montag bis Donnerstag:  
7.30 bis 19.30 Uhr, Freitag: 7.30 bis 15.30 Uhr

**Staatlich geförderte zusätzliche Altersvorsorge**

Seit der Einführung der staatlich geförderten zusätzlichen Altersvorsorge (so genannte Riester-Rente) im Jahr 2002 können Arbeitnehmer/innen staatliche Zuschüsse für eine privat finanzierte Altersvorsorge erhalten. Eine Altersvorsorge in Höhe des nach Bundesrecht ausdrücklich als Altersvorsorge geförderten Vermögens einschließlich seiner Erträge und den laufenden Altersvorsorgebeiträgen – z. B. die Riester-Rente – wird übrigens bei ALG-II- und Sozialhilfeleistungen nicht als Vermögen berücksichtigt. Der Aufbau dieser Art von Altersvorsorge ist somit geschützt.

**Hinweis:** Um einen Überblick über Ihre augenblickliche Rentensituation zu bekommen, ist der erste Ansprechpartner die DRV. Hier bekommen Sie auch erste Informationen zur Riester-Rente. Wichtig: Informieren Sie sich auch, ob sich der Aufbau einer Riesterrente für Sie überhaupt lohnt.

## III. Schulden

### 1. Was tun?

Klar, es ist schwierig, Schulden aus dem Gefängnis heraus abzubauen. Es ist aber erstens nicht unmöglich und zweitens sinnvoll, auch im Hinblick auf Anträge auf eine vorzeitige Entlassung und den damit verbundenen Verhandlungen vor der zuständigen Vollstreckungskammer. Wer Schulden abbauen will, sollte sich an die Angebote zur Schuldnerberatung des JVA-Sozialdienstes oder der Straffälligen- und Bewährungshilfe wenden. Einige Schuldnerberatungsstellen bieten auch Sprechstunden in der JVA an. Seit dem Inkrafttreten des neuen Insolvenzrechts wird auch überschuldeten Personen und Privathaushalten die Chance für einen Neuanfang eingeräumt. Besonders wenn Sie mehrere Gläubiger haben, raten wir Ihnen von dem Versuch ab, eine „vergleichsweise“ Entschuldung auf eigene Faust, ohne fachkundige Unterstützung zu erreichen.

Das so genannte Verbraucherinsolvenzverfahren muss wegen der sehr umfangreichen Bestimmungen, die zu beachten sind, mit Hilfe einer anerkannten Schuldnerberatungsstelle beantragt werden. In vielen Justizvollzugsanstalten ist das bislang noch nicht möglich. Auch sind die Wartezeiten für einen Termin mit dem/r Schuldnerberater/in oft lang. Um die Wartezeit sinnvoll zu nutzen, informieren wir Sie an dieser Stelle über Ihre Möglichkeiten, während der Haft neue Schulden zu verhindern.

#### **Verminderung laufender Kosten**

Wichtig ist zunächst, dass sich die Schulden aufgrund Ihrer Inhaftierung nicht noch weiter erhöhen. Auf den Seiten 7 bis 9 haben wir Ratschläge zur Vermeidung weiterer Verbindlichkeiten aufgeführt.

Während der Haft übernehmen vielfach die Jugendämter Unterhaltsvorschussleistungen, die dann nach der Inhaftierung zurückgefordert werden. Unterhaltspflichtige können eine Herabsetzung der Höhe der bestehenden Unterhaltsverpflichtungen für die Dauer ihrer Haft bewirken. Der schriftliche Antrag auf Abänderung wegen Änderung der Rechtsgrundlage nach § 323 ZPO ist an den Unterhaltsberechtigten bzw. bei Minderjährigen an die gesetzlichen Vertreter, bzw. an das zuständige Familiengericht zu richten: Erfolgt die Zahlungen über das Jugendamt, sollte dieses informiert werden. Diese Herabsetzung ist nicht bei Verurteilung wegen Verletzung der Unterhaltspflicht möglich.

#### **Auflistung der Verbindlichkeiten**

Zunächst muss man sich natürlich einen Überblick über seine Schulden verschaffen. Gerade aus der Justizvollzugsanstalt heraus ist das nicht immer einfach. Bitten Sie

Angehörige oder Kontaktpersonen um Zusendung von vorhandenen Unterlagen. Falls Sie eine eidesstattliche Versicherung nach § 807 ZPO oder § 284 AO abgelegt haben, ist diese bei dem Amtsgericht erfasst, bei dem Sie dies getan haben. Bitten Sie Ihre Gläubiger um eine Aufstellung der ausstehenden Zahlungen und prüfen Sie, ob die Forderungen gerechtfertigt sind. Man kann auch eine Schufa-Bonitätsauskunft einholen. Wahlweise als Download im Internet (Gebühr zurzeit 18,50 Euro) oder als Postzusendung (Gebühr zurzeit 24,95 Euro). Eine unentgeltliche Auskunft der Schufa erhalten sie über den Antrag zur Datenübersicht nach § 34 BDSG. Diese Möglichkeit besteht einmal jährlich.

### **Kontakt zu Gläubigern aufnehmen**

Möglichst noch vor dem Haftantritt, spätestens aber bald nach der Inhaftierung sollten Sie mit den Gläubigern in Verbindung treten und sie über Ihre Haftsituation informieren. Mit Unterstützung eines/r Schuldnerberaters/in sollten Sie die Möglichkeit prüfen, ob einzelne Forderungen verjährt sind. Wenn Sie Ihre Zahlungsbereitschaft glaubwürdig darstellen, lässt sich in vielen Fällen eine Stundung der Schuld erreichen. Bei langer Inhaftierungszeit kann es sinnvoll sein, nach der Möglichkeit einer Ausbuchung der Forderung zu fragen. Den meisten Gläubigern ist klar, dass sie während der Haft und in der Regel auch direkt nach der Haft keine Zahlungen erwarten können. Daher sind einige bereit, auf eine (teure) Titulierung der Schuld (z. B. durch Mahn- und Vollstreckungsbescheid) zu verzichten.

### **Schulden aufgrund der Inhaftierung: Girokonto/Bankkredite**

Die häufigste Form der Bankkredite sind Überziehungskredite auf Girokonten. Wenn nach der Inhaftierung keine regelmäßigen Einzahlungen auf das Konto erfolgen, kündigen die Banken oft das Girokonto und die Gesamtschuld wird sofort fällig. Zinsen und Verzugszinsen können den ursprünglichen Betrag rasch in die Höhe treiben. Durch ein Schreiben an die Bank mit dem Hinweis auf die Inhaftierung lassen sich diese Schwierigkeiten meist verhindern.

### **Schulden aufgrund der Straftat:**

#### **Schadensersatz- und Schmerzensgeldforderungen**

Vielfach werden diese Forderungen von Versicherungsgesellschaften (Hausrat-, Feuer-, Krankenversicherung etc.) gestellt, die zunächst die Kosten übernommen haben. Zunächst sollte man hierbei überprüfen, ob die Forderungen berechtigt sind (Schmerzensgeldtabellen bzw. Schadensprotokolle der Polizei).

Auf jeden Fall ist es hilfreich, den Gläubigern für den unbestrittenen Teil der Schulden Zahlungsbereitschaft zu signalisieren. So lassen sich teure Mahnverfahren verhindern. Allerdings: Die Bekundung von Zahlungsbereitschaft bedeutet auch ein Anerkenntnis der Schuld. Manchmal zeigen sich Versicherungsgesellschaften bereit, einen Teil der Schuld nachzulassen, wenn zumindest der Restbetrag sicher bezahlt

werden kann. Sind die Schulden für den Gläubiger uneinbringlich, kann er den Betrag ausbuchen. Dazu muss er gegenüber dem Finanzamt allerdings eine erfolglose Zwangsvollstreckung oder sogar eine eidesstattliche Versicherung des Schuldners nachweisen.

### **Schulden aus der Gerichtsverhandlung: Gerichtskosten**

Die Kosten eines Strafverfahrens und die Auslagen der Prozessteilnehmer muss in der Regel der Verurteilte tragen (das muss aber ausdrücklich im Urteil stehen). Aufgabe der Gerichtskasse ist es, diese Beträge einzufordern. Bei hoher Verschuldung können Gefangene dort einen Antrag auf Niederschlagung der Schuld stellen. Einen Erlass der Schuld kann man nur dann erreichen, wenn man längerfristig hohe Unterhalts- oder Opferentschädigungsverpflichtungen hat.

### **Schulden aus der Gerichtsverhandlung: Geldstrafen**

Ist man nicht in der Lage, eine verhängte Geldstrafe zu bezahlen, muss man mit einer Verlängerung der Haftzeit um eine so genannte Ersatzfreiheitsstrafe rechnen. Die Dauer der Ersatzfreiheitsstrafe entspricht der Anzahl an Tagessätzen, auf die das Urteil lautet.

In einigen Bundesländern gibt es allerdings auch aus der Haft heraus die Möglichkeit, eine Geldstrafe durch gemeinnützige Arbeiten zu tilgen und so die Ersatzfreiheitsstrafe abzuwenden.

### **Entlassungsvorbereitung**

Wenn Sie während der Haft mit einer Entschuldung begonnen haben, sollten Sie schon vor Ihrer Entlassung Kontakt mit einer Schuldnerberatungsstelle oder Einrichtung der Straffälligenhilfe am voraussichtlichen Wohnort nach der Haft aufnehmen. Es ist wichtig, dass das, was Sie begonnen haben, möglichst ohne zeitliche Unterbrechung weitergeführt wird. Wenn Sie Anspruch auf ALG II haben, kann die Schuldenregulierung Bestandteil einer Eingliederungsvereinbarung mit dem Jobcenter sein (siehe S. 36). Dann können die Kosten einer Privatinsolvenz mit Hilfe der Schuldnerberatung als Leistung zur Eingliederung in Arbeit (§ 16 a SGB II) übernommen werden, denn Verschuldung gilt als so genanntes Vermittlungshemmnis.

## 2. Hilfen bei Überschuldung

### Schuldnerberatung

Telefonnummern von Schuldnerberatungsstellen finden sich in den jeweiligen Telefonbüchern. Adressen von Beratungsstellen finden Sie in der Broschüre

#### **Ratgeber: Schulden abbauen – Schulden vermeiden**

Herausgeber:

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Bestelladresse:

Publikationsversand der Bundesregierung

Postfach 481009, 18132 Rostock

Im Internet das Infomaterial bestellen oder im PDF-Format herunterladen:

[www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

Stand: Dezember 2012 (6. Auflage)

Schuldnerberatungsstellen bieten professionelle Hilfe zur Bewältigung der Schuldsituation an und haben den großen Vorteil, dass ihre Beratungen in der Regel kostenlos sind. Eine frühzeitige Terminvereinbarung ist zu empfehlen, da bei den Schuldnerberatungsstellen ein großer Andrang besteht.

### **Kontopfändungsschutz nur noch mittels P-Konto**

Ab 1. Januar 2012 entfallen der herkömmliche Kontopfändungsschutz und der automatische Verrechnungsschutz von Sozialleistungen nach Eingang auf dem Girokonto. Pfändungsschutz besteht fortan nur noch auf einem so genannten P-Konto. Ein Girokonto muss auf Antrag von der jeweiligen Bank in ein solches P-Konto umgewandelt werden. Was Sie beim Pfändungsschutz beachten müssen und wie das neue P-Konto funktioniert lesen Sie im Internet unter

[www.meine-schulden.de/ratgeber/pfaendungsschutzkonto](http://www.meine-schulden.de/ratgeber/pfaendungsschutzkonto)

oder im Ratgeber: Schulden abbauen – Schulden vermeiden (siehe oben).

### **Ratgeber**

Zusätzlich zur Schuldnerberatung des JVA-Sozialdienstes oder der Straffälligen- und Bewährungshilfevereine können Sie sich mit Hilfe einiger Ratgeber informieren:

#### **Onlineratgeber: [www.meine-schulden.de](http://www.meine-schulden.de)**

Eine Ratgeberseite der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung

**Pfändungsfreigrenzen für Arbeitseinkommen**

Tabelle der unpfändbaren Beträge bei Arbeitseinkommen.

Bestelladresse:

Publikationsversand der Bundesregierung

Postfach 481009, 18132 Rostock,

Fax: 030 18 10 580 8000

Internet: [www.bmj.de/publikationen](http://www.bmj.de/publikationen) (Broschüren)

Bestellung telefonisch beim Publikationsversand der Bundesregierung über die Nummer 01805 778090 (14 Cent/Minute, abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen möglich) oder unter: [publikationen@bundesregierung.de](mailto:publikationen@bundesregierung.de)

Stand: Mai 2011

**Restschuldbefreiung – eine Chance für redliche Schuldner**

Eine Broschüre über das private Insolvenzrecht, welches Privatmenschen aus der Schuldenfalle hilft, und die entsprechenden Formulare.

Herausgeber:

Bundesministerium der Justiz

Bestelladresse:

Publikationsversand der Bundesregierung

Postfach 481009, 18132 Rostock,

Fax: 030-18 10 580 8000

Internet: [www.bmj.de/publikationen](http://www.bmj.de/publikationen)

(Broschüre derzeit nur als Download verfügbar)

Bestellung telefonisch beim Publikationsversand der Bundesregierung über die Nummer 01805 778090 (14 Cent/Minute, abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen möglich) oder unter: [publikationen@bundesregierung.de](mailto:publikationen@bundesregierung.de)

Stand: 30. Juni 2014

**Schulden... was tun! – Leitfaden für Inhaftierte und Haftentlassene**

Herausgeber:

Chance e. V. – Projekte zur Integration Haftentlassener

Friedrich-Ebert-Str. 7/15 - 48153 Münster

Tel.: 0251 62088-0, Fax.: 0251 62088-49

[infochance-muenster.de](mailto:infochance-muenster.de)

[www.chance-muenster.de](http://www.chance-muenster.de)

Stand: 2007 (3. Auflage)

Sinn und Zweck des Leitfadens ist es, die häufig komplizierten Umstände und Folgen der Verschuldung zu verdeutlichen und die ersten möglichen Schritte zur Lösung anhand von konkreten Beispielen aufzuzeigen.

### **Resozialisierungsfonds**

Es gibt in einigen Bundesländern so genannte Resozialisierungsfonds bzw. Stiftungen, die auf Antrag finanzielle Unterstützung für straffällig gewordene Menschen leisten, damit diese ihre Schulden tilgen können.

Die Art und Höhe einer Unterstützung ist vom Einzelfall abhängig. Die Zahlung eines vereinbarten Betrages wird von einem Resozialisierungsfonds unter bestimmten Voraussetzungen (u.a. eine günstige Sozialprognose) übernommen. Der Schuldner zahlt in regelmäßigen Raten seine Schulden an den Resozialisierungsfonds zurück.

### **Kontakt und weitere Informationen:**

#### **Baden-Württemberg**

Stiftung „Resozialisierungsfonds Dr. Traugott Bender“  
Postfach 103461  
70173 Stuttgart  
Tel.: 0711 2792173  
reso@justiz.bwl.de  
www.resofonds-bw.de

#### **Bayern**

Bayerischer Landesverband für Gefangenenfürsorge und Bewährungshilfe e. V.  
Prielmayerstr. 7  
80335 München  
Tel.: 089 6903845  
info@baylgb.de  
www.baylgb.de

#### **Berlin**

Stiftung Gustav Radbruch  
Salzburger Str. 21-25  
10825 Berlin  
Tel.: 030 9013-3582-3656  
poststelle@sozsj.berlin.de

#### **Bremen**

Verein Bremische Straffälligenbetreuung  
Faulenstraße 48 – 52  
28195 Bremen  
Tel.: 0421 7929314  
vbs@straffaelligenhilfe-bremen.de  
www.straffaelligenhilfe-bremen.de

**Hamburg**

Stiftung Schuldenregulierungsfonds  
c/o Hamburger Fürsorgeverein  
Max-Brauer-Allee 138  
22765 Hamburg  
Tel.: 040 300337520  
[www.hamburger-fuersorgeverein.de](http://www.hamburger-fuersorgeverein.de)

**Hessen**

Stiftung Resozialisierungsfonds für Straffällige  
Luisenstr. 13  
65185 Wiesbaden  
Tel.: 0611 322611  
[info@resofonds-hessen.de](mailto:info@resofonds-hessen.de)  
[www.resofonds-hessen.de](http://www.resofonds-hessen.de)

**Rheinland-Pfalz**

Stiftung Entschuldungshilfe  
Ernst.-Ludwig-Str. 3  
55116 Mainz  
Tel.: 06131 164886 oder 164889  
[post@justiz.rlp.de](mailto:post@justiz.rlp.de)  
[www.justiz.rlp.de](http://www.justiz.rlp.de)

**Schleswig-Holstein**

Stiftung Straffälligenhilfe Schleswig-Holstein  
Ringstr. 76  
24103 Kiel  
Tel.: 0431 2005668  
[stiftung@straffaelligenhilfe-sh.de](mailto:stiftung@straffaelligenhilfe-sh.de)  
[www.stiftung-straffaelligenhilfe-sh.de](http://www.stiftung-straffaelligenhilfe-sh.de)

Informationen, ob es eventuell auch in Ihrer Stadt oder Ihrem Bundesland einen Resozialisierungsfonds gibt, erhalten Sie beim Sozialdienst der JVA, bei Schuldnerberatungsstellen und Vereinen der Straffälligenhilfe.

## IV. Vor der Entlassung

Eine gute Entlassungsvorbereitung ist sinnvoll und sollte so früh wie möglich beginnen. Durch vollzugsintern bedingte Verlegungen können sich Zuständigkeiten schnell verändern und dadurch kann für alles mehr Zeit benötigt werden als gewöhnlich. Nutzen Sie die Zeit in der Haft, wichtige Papiere zu besorgen und Kontakte zu Behörden, möglichen Vermietern oder Arbeitgebern zu knüpfen. Im § 15 des Strafvollzugsgesetzes (StVollzG) ist geregelt, dass zur Vorbereitung der Entlassung der Vollzug gelockert werden sollte. Bei Fragen und Problemen zur Entlassungsvorbereitung wenden Sie sich an den Sozialdienst in der JVA oder Mitarbeiter von externen Beratungsstellen und bitten Sie sie um Unterstützung. Die Umsetzung müssen Sie allerdings selbst in die Hand nehmen.

### **Wichtige Papiere<sup>1</sup>**

Sollte Ihr alter Personalausweis abgelaufen sein, so ist ein neuer Ausweis zu beantragen. Am 1. November 2010 hat der neue Personalausweis im Scheckkartenformat den bisherigen Personalausweis abgelöst. Durch die Regelungen des Gesetzes über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis vom 24. Juni 2009 ist eine Antragsstellung aus der Haft heraus nicht mehr möglich, da eine persönliche Antragsstellung vorgesehen ist. Klären Sie die Möglichkeiten der Beantragung mit den zuständigen Mitarbeitern des Sozialen Dienstes der JVA.

Wenn Sie Ihren neuen Personalausweis im Rahmen einer Beurlaubung bei der zuständigen Behörde beantragen, sind dort vorzulegen:

- Passbild (Frontalaufnahme, neutraler Gesichtsausdruck)
- gültiges Identitätsdokument, (z.B. Geburtsurkunde oder Ihr alter Personalausweis)

Eine Geburtsurkunde erhalten Sie vom Standesamt Ihres Geburtsorts. Sollte Ihr Geburtsort außerhalb der Bundesrepublik liegen, wenden Sie sich an Ihre für Sie zuständige Botschaft oder das entsprechende Konsulat.

Um nach Ihrer Entlassung eine Arbeit aufnehmen zu können, benötigen Sie in der Vergangenheit eine Lohnsteuerkarte. Zuständig war das Einwohnermeldeamt. Ab dem Jahr 2011 wechselte die Zuständigkeit für die Änderung der Lohnsteuerabzugsmerkmale von den Meldebehörden auf die Finanzämter. Zudem startet 2013 das elektronische Abrufverfahren (ELStAM). Der Arbeitnehmer muss seinem Arbeitgeber dann nur noch sein Geburtsdatum und die steuerliche Identifikationsnummer (IdNR) mitteilen sowie die Auskunft geben, ob es sich um das Haupt-oderumeinNebenarbeitsverhältnishandelt. Eine Lohnsteuerkarte ist nicht mehr

---

<sup>1</sup> Die folgende Auflistung wurde dem Ratgeber des Schleswig-Holsteinischen Verbandes für Straffälligen- und Bewährungshilfe entnommen und aktualisiert.

vorzulegen. Falls Sie Ihre Identifikationsnummer nicht wissen, können Sie sich an das Bundeszentralamt [info@identifikationsmerkmal.de](mailto:info@identifikationsmerkmal.de) wenden. Das Bundeszentralamt benötigt dazu Ihre persönlichen Daten, wie Name, Adresse, Geburtsdatum und Ort. Der Besitz eines Sozialversicherungsausweises ist gesetzlich vorgeschrieben. Grundsätzlich bekommt jeder Arbeitnehmer einen solchen Ausweis. Soweit Sie nicht im Besitz eines Sozialversicherungsausweises sind, können Sie einen formlosen Antrag bei der Deutschen Rentenversicherung Bund stellen (Anschrift siehe S. 16).

Folgende Angaben sind für die Ausstellung eines Sozialversicherungsausweises notwendig:

- Name,
- Vorname,
- Geburtsdatum,
- Geburtsort,
- Anschrift,
- Rentenversicherungsnummer.

Sie können den Sozialversicherungsausweis ebenfalls bei der für Sie zuständigen Krankenkasse beantragen.

**Krankenversicherung<sup>2</sup>:** Mit der Entlassung aus der Haft endet die Gesundheitsfürsorge durch die Justizvollzugsanstalt. Deshalb sollten Sie schon während der Haft für den Krankenversicherungsschutz nach der Entlassung sorgen. Seit der Gesundheitsreform 2007 besteht grundsätzlich eine Versicherungspflicht. D. h. alle Haftentlassenen, die keiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen und denen bisher wegen fehlender Voraussetzungen die Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung verweigert wurde, müssen auf Antrag von der gesetzlichen Krankenversicherung wieder aufgenommen werden. Sind Sie krankenversichert, werden Sie automatisch in die gesetzliche Pflegeversicherung aufgenommen.

Hinweis: Haftentlassene, die sich bei einer gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig weiterversichern wollen, werden dort häufig abgewiesen. Diese Praxis ist rechtswidrig. Die Kasse hat den Versicherungsschutz zu gewährleisten.

Personen, die vor der Haft nicht pflichtversichert in einer gesetzlichen Krankenkasse waren und nach der Haft Leistungen zum Lebensunterhalt vom Sozialamt erhalten, bleibt ein Versicherungsschutz als Mitglied der Krankenkasse verwehrt. Bei diesen Personen ist das Sozialamt auch weiterhin für die Krankenversorgung zuständig. In der Regel übernimmt in diesen Fällen eine gesetzliche Krankenkasse die Krankenbehandlung. Die Kosten werden der Krankenkasse vom Sozialamt erstattet (§ 264 SGB V). Pflichtversicherte Personen, die nahtlos aus dem gesetzlichen Krankenversicherungsschutz in die Haft und danach in den Sozialhilfebezug wechseln, erhalten oft die Möglichkeit in die Krankenkasse zurückzukehren. Das Sozialamt zahlt dann die Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung (§ 32 SGB XII).

---

<sup>2</sup> Ausführliche Informationen zum Thema Krankenversicherungsschutz finden Sie auch in der Caritas-Broschüre unter [www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/gesundheit/orientierung-in-sachen-krankenversicheru](http://www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/gesundheit/orientierung-in-sachen-krankenversicheru)

Bezieher/innen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II werden in der Regel in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen. Für sie werden dann die Krankenversicherungsbeiträge übernommen.

Privat Versicherte Leistungsbezieher/innen müssen nur den halbierten Basistarif der privaten Krankenversicherung entrichten. Sowohl Jobcenter als auch Sozialamt müssen diese Beiträge in voller Höhe übernehmen.

**Wohnberechtigungsschein:** Um möglichst preisgünstigen Wohnraum anmieten zu können, ist es sinnvoll, einen Antrag auf einen Wohnberechtigungsschein zu stellen. Dazu schreiben Sie das Wohnungsamt am Entlassungsort an. Sind Sie ohne festen Wohnsitz, stellen Sie den Antrag am Ort der Anstalt, in der Sie in Haft sind. Sie bekommen dann Formulare zugeschickt, die Sie ausfüllen müssen. Fügen Sie unbedingt eine Haft- und eine Verdienstbescheinigung bei. Beim Ausfüllen ist Ihnen der Abteilungsdienst oder die Abteilungsleitung behilflich. Sollte Ihr Antrag genehmigt werden, können Sie mit diesem Wohnberechtigungsschein eine Wohnung in der Bundesrepublik anmieten, für die ein solcher Schein notwendig ist. Der Schein hat eine Gültigkeitsdauer von einem Jahr.

**Arbeitsbescheinigung:** Falls Sie sich nach Ihrer Haftentlassung arbeitslos melden müssen, benötigen Sie hierfür eine Arbeitsbescheinigung Ihres letzten Arbeitgebers. Den entsprechenden Vordruck erhalten Sie bei der Agentur für Arbeit. Senden Sie ihn an Ihren früheren Arbeitgeber mit der Bitte, ihn ausgefüllt an Sie zurückzuschicken.

**Zeugnisse:** Sie sollten vor Ihrer Entlassung Ihre Zeugnisse über Schulbesuch, Ausbildung und Arbeitsstellen auf ihre Vollständigkeit hin überprüfen und sie eventuell vervollständigen. Möglichst lückenlose Bewerbungsunterlagen können bei der Stellensuche sehr hilfreich sein. Sollten in Ihren Unterlagen Zeugnisse über bereits vorhandene Schul- oder Berufsabschlüsse fehlen, können Sie sich Abschriften zusenden lassen. Fordern Sie diese an beim Sekretariat der zuletzt besuchten Schule bzw. bei der Handwerkskammer oder Industrie- und Handelskammer, in deren Bezirk Sie Ihre Berufsausbildung absolviert haben.

**Führerschein:** Sollte Ihr Führerschein beim Strafverfahren eingezogen worden sein, so können Sie diesen erst nach Ablauf der Führerscheinsperre und in der Regel erst nach Ihrer Entlassung neu erwerben. Befinden Sie sich im offenen Vollzug, ist eine Bewerbung auch aus der Haft heraus möglich. Dieses wird aber in der Regel mit einem kostenpflichtigen psychologischen Gutachten (MPU) verbunden sein, durch welches Ihre Eignung zum Führen eines Kraftfahrzeuges geprüft wird. Ob und wann ein solches Gutachten erstellt wird, erfahren Sie beim Straßenverkehrsamt Ihres letzten Wohnsitzes oder am Ort der Justizvollzugsanstalt.

---

## V. Nach der Entlassung

Wenn Sie aus der JVA entlassen werden und arbeitslos oder erwerbsunfähig sind, stehen Ihnen verschiedene finanzielle Unterstützungsleistungen zu. Auf welche Leistung und für welche Dauer ein Anspruch besteht, hängt ab von verschiedenen Bedingungen, die wir im Folgenden näher beschreiben. Die Reihenfolge der beschriebenen Leistungen orientiert sich an der jeweiligen „Vorrangigkeit“. D. h. zunächst wird geprüft, ob Sie einen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Ist dies nicht der Fall, besteht – wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind – ein Anspruch auf Arbeitslosengeld II. Sollten Sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben, z. B. weil Sie nicht erwerbsfähig sind, können Sie einen Anspruch auf Sozialhilfe geltend machen.

---

### 1. Arbeitslosengeld

Durch regelmäßiges Arbeiten während der Haft haben Sie sich möglicherweise einen Anspruch auf Arbeitslosengeld und auf eine Finanzierung durch die Agentur für Arbeit bei beruflicher Weiterbildung gesichert.

Zum frühestmöglichen Zeitpunkt, zu dem erkennbar ist, dass Sie mit einer Entlassung rechnen können, z. B. bei einer vorzeitigen Entlassung nach Ihrem Termin vor der Vollstreckungskammer, sollten Sie sich bei der Agentur für Arbeit arbeitsuchend melden. Die Meldung sollte möglichst drei Monate vorher erfolgen. Sie ist im Rahmen der Entlassungsvorbereitung nach § 15 StVollzG möglich.

Sollten Sie am Tage Ihrer Entlassung keinen Arbeitsplatz haben, sollten Sie sich unverzüglich – spätestens am nächsten Tag und persönlich bei Ihrer Agentur für Arbeit – arbeitslos melden. Die Agentur für Arbeit zahlt erst von dem Tag an, an dem Sie dort persönlich vorgesprochen haben und Ihren Antrag auf Arbeitslosengeld gestellt haben, keinesfalls jedoch rückwirkend. Es ist auch möglich, den Antrag auf Arbeitslosengeld bereits aus der Haft heraus zu stellen. Zuständig ist die Agentur für Arbeit an dem Ort, an dem Sie nach der Entlassung wohnen werden. Fragen Sie den Sozialen Dienst in der JVA nach dieser Möglichkeit.

Mit der Meldung und Antragstellung des Arbeitslosengeldes werden Sie kraft Gesetzes in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert. Für privat versicherte Personen vor allem nach Vollendung des 55. Lebensjahres gelten Ausnahmen, über die Sie sich beraten lassen sollten. Mit dem Bezug von Arbeitslosengeld sichern Sie sich zugleich Beitragszeiten bei der Pflege- und Rentenversicherung. Als Empfänger/in von Arbeitslosengeld sind Sie auch gegen „Arbeitsunfälle“ (z. B. bei einer Lehrgangsteilnahme) und bei „Wegeunfällen“ (z. B. zu einem Vorstellungsgespräch) unfallversichert.

Bei der Entlassung stellt die entlassende JVA eine Bescheinigung über alle Zeiten aus (auch die entsprechenden Zeiten aus anderen Justizvollzugsanstalten), in denen Sie gearbeitet haben.

### **Anspruchsgrundlage**

Einen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben Personen, die in den letzten zwei Jahren (Bemessungszeitraum) 360 Tage versicherungspflichtig gearbeitet haben. Arbeitslosengeld wird bei entsprechender Dauer der Vorbeschäftigung für maximal ein Jahr gezahlt. Für über 50-Jährige besteht eine längere Anspruchsdauer, die gestaffelt nach Alter bis zu 24 Monaten (bei über 58-Jährigen) betragen kann, wenn die dafür erforderlichen verlängerten Beschäftigungszeiten vorliegen.

Seit einigen Jahren vertritt die Bundesagentur für Arbeit eine neue Rechtsauffassung bezüglich der Anrechnung von Versicherungszeiten im Strafvollzug. Seither werden arbeitsfreie Samstage und Sonntage sowie Wochenfeiertage, die innerhalb eines zusammenhängenden Arbeitsabschnittes liegen, nicht mehr berücksichtigt. Als Folge der geänderten Auffassung zu § 26 Abs. 1 Nr. 4 SGB III können in der Arbeitsbescheinigung nach § 312 Abs. 4 SGB III nur noch Tage (einzeln oder zusammenhängend) bescheinigt werden, für die der Gefangene Arbeitsentgelt erhält. Tage, die nicht mit Arbeitsentgelt belegt sind (z.B. Sonn- oder Feiertage), sind nicht mehr zu bescheinigen. Bei Inhaftierten begründen derzeit dementsprechend nur tatsächlich gearbeitete Zeiten eine Anwartschaft<sup>3</sup>.

Diese Rechtsauffassung der Bundesagentur für Arbeit wird derzeit in Fachkreisen diskutiert, so dass eine Änderung der benachteiligenden Rechtspraxis künftig möglich erscheint. Auch das Sozialgericht Duisburg sah keinen sachlichen Grund gegeben, der die Ungleichbehandlung in der Anrechnung der Zeiten der Anwartschaft rechtfertigt. Die Entscheidung des Gerichts ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer abschließenden Klärung durch die obergerichtliche Rechtsprechung. Gegen das Urteil des Sozialgerichts Duisburg vom 29.01.2014 (S 33 AL 363/13) ist Berufung zum Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen eingelegt. Das Verfahren ist dort unter dem Aktenzeichen L 20 AL 135/14 anhängig.

### **Höhe des Arbeitslosengeldes**

Die Berechnung des zustehenden Arbeitslosengeldes erfolgt auf der Grundlage des Bruttoarbeitsentgelts aus versicherungspflichtiger Beschäftigung, das im so genannten Bemessungszeitraum erzielt wurde. Wenn in den letzten zwei Jahren vor Antragstellung kein typisches Entgelt vorlag, was bei Inhaftierung aufgrund der geringen Höhe des Gefangenenlohns regelmäßig der Fall ist, erfolgt eine fiktive Einstufung nach vier gesetzlich festgelegten Entgeltstufen. Die Höhe des Arbeitslosengeldes ist dann abhängig von der Qualifikation des Arbeitslosen und

---

<sup>3</sup> Solchen Tagen sind auch sog. Freistellungen nach § 42 Abs. 3 StrafvollzG gleichgestellt, weil an diesen Tagen die zuletzt gezahlten Bezüge weitergezahlt werden.

der für ihn bei der Arbeitsaufnahme in Betracht kommenden Arbeitsstellen. Waren Freigänger außerhalb der JVA beschäftigt, erhalten sie Arbeitslosengeld auf der Grundlage des dort erzielten Arbeitsentgelts.

### **Wichtige Papiere**

Bei der Antragstellung bei der Agentur für Arbeit sollten Sie folgende Papiere vorlegen: Haftentlassungsschein, Arbeitsbescheinigung der JVA, Personalausweis oder Reisepass, Lohnsteuerkarte, Sozialversicherungsausweis, sämtliche Arbeitsnachweise und eine Meldebescheinigung bzw. im Fall von Wohnungslosigkeit eine Bescheinigung einer Beratungsstelle, über die Sie erreichbar sind. Ausländische Haftentlassene brauchen darüber hinaus eine Niederlassungserlaubnis (früher: Aufenthaltserlaubnis) und falls vorhanden die letzte Arbeitserlaubnis.

### **Welche Leistungen können Sie bei der Agentur für Arbeit beantragen?**

Neben der Gewährung von Arbeitslosengeld und Vermittlung von Arbeit kann die Agentur für Arbeit weitere Leistungen anbieten. Unter bestimmten Voraussetzungen leistet die Agentur für Arbeit Berufsausbildungsbeihilfe für eine betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung. Informationen hierzu erhalten Sie von der zuständigen Agentur für Arbeit. Die Agentur für Arbeit kann zudem Leistungen aus dem so genannten Vermittlungsbudget erbringen. Anhaltspunkte für Art und Umfang dieser Leistungen enthält der alte Katalog der Unterstützungsleistungen zur Arbeitssuche und Arbeitsaufnahme, der bis Ende 2008 galt:

- Bewerbungskosten bis zu 260 Euro jährlich,
- Reisekosten für Fahrten zu Beratungs-, Vorstellungsgesprächen und zum Antritt einer auswärtigen Arbeits- oder Ausbildungsstelle,
- die Fahrtkosten für die tägliche Hin- und Rückfahrt zwischen Wohnung und Arbeitsstelle zeitweise,
- eine Umzugskostenbeihilfe, wenn die neue Wohnung außerhalb des Tagespendelbereiches liegt,
- für eine getrennte Haushaltsführung Trennungsbeihilfe (bis zu 260 Euro für die ersten sechs Monate der Beschäftigung),
- eine Arbeitsausrüstung für Kleidung und Arbeitsgerät (bis zu 260 Euro),
- und eine Übergangsbeihilfe in Form eines Darlehens von bis zu 1.000 Euro für die Zeit bis zur ersten vollen Lohnzahlung sowie Lohn- oder Eingliederungszuschuss (s. auch S. 42- 43).

Art und Umfang der Leistungen sind allerdings gesetzlich nicht mehr festgeschrieben und stehen im Ermessen des/r Arbeitsvermittlers/in. Bei Bedarf sollten Sie die Leistungen schriftlich bei der Agentur für Arbeit beantragen.

## Sperrzeiten

Bei pflichtwidrigem Verhalten verhängt die Agentur für Arbeit eine Sperrzeit. In dieser Zeit bekommt man kein Arbeitslosengeld. Neben den schon bestehenden Sperrzeiten wegen Arbeitsaufgabe, Arbeitsablehnung und Ablehnung/Abbruch einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme gibt es weitere Sperrzeiten:

1. Sperrzeit wegen unzureichender Eigenbemühungen und
2. Sperrzeit wegen zu spätem Erscheinen oder Nichterscheinen zu einem Meldetermin.

Die Dauer der Sperrzeit hängt von der Schwere und teilweise auch von der Häufigkeit der Pflichtverletzung ab. So beträgt sie bei einem Meldeversäumnis eine Woche, bei unzureichenden Eigenbemühungen zwei Wochen und bei Arbeitsaufgabe zwölf Wochen. Wenn ein wichtiger Grund für Ihr Verhalten vorliegt, ist eine Sperrzeit nicht gerechtfertigt. Dann sollten Sie sich von einer unabhängigen Stelle beraten lassen und Widerspruch gegen die Entscheidung einlegen.

## 2. Arbeitslosengeld II (ALG II)

Wenn Sie nach Ihrer Entlassung keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, weil Sie die im vorherigen Kapitel beschriebenen Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllen, haben Sie – wenn Sie erwerbsfähig und hilfebedürftig sind – einen Anspruch auf die Grundsicherung für Arbeitsuchende, verkürzt „Arbeitslosengeld II“ oder auch „Hartz IV“ genannt. Gesetzlich verankert ist der Anspruch auf Arbeitslosengeld II im Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II).

### Wann bekommt man die Grundsicherung für Arbeitsuchende?

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II erhalten Personen

- die das 15. Lebensjahr vollendet und das offizielle Rentenalter (65 plus) noch nicht erreicht haben,
- die erwerbsfähig sind,
- die hilfebedürftig sind und
- ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Als erwerbsfähig gilt man, wenn man gesundheitlich in der Lage ist, mindestens drei Stunden täglich unter den Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes zu arbeiten.

Als hilfebedürftig gilt man, wenn man den eigenen Unterhaltsbedarf, die Eingliederung in Arbeit und den Unterhaltsbedarf der Personen, mit denen man in einer Bedarfsgemeinschaft lebt, nicht aus eigenen Mitteln und Kräften sichern kann. D. h. bevor man Ansprüche auf Leistungen nach dem SGB II geltend machen kann, muss man jede zumutbare Arbeit annehmen und sein Einkommen und

Vermögen und das des/r Partners/in einsetzen (abzüglich von Freibeträgen). Wenn Sie innerhalb der letzten zwei Jahre weder Arbeitslosengeld noch ALG II bezogen haben, soll Ihnen das zuständige Jobcenter bzw. der zuständige kommunale Träger bei der Beantragung von ALG II das Sofortangebot einer Maßnahme machen. Dies dient vorrangig zur Überprüfung Ihrer Arbeitsbereitschaft.

Anspruchsberechtigt sind auch Personen, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, das nicht ausreicht, um deren Lebensunterhalt und den ihrer Familien zu bestreiten: z. B. erfolglose Selbstständige, Mini-Jobber/innen, Arbeitslosengeldbezieher/innen und Bezieher/innen von Erwerbsunfähigkeitsrenten, soweit sie nicht voll erwerbsunfähig sind. In diesen Fällen wird Arbeitslosengeld II aufstockend gewährt.

### **Anrechnung von Überbrückungsgeld auf ALG II**

Während der Haftzeit wird in der Regel ein Überbrückungsgeld gebildet (siehe S. 11), das am Tag der Entlassung ausgezahlt wird und den notwendigen Lebensunterhalt während der ersten vier Wochen nach Haftende sicherstellen soll.

Wie auf S. 11 dargestellt, haben sich einige Bundesländer ganz vom Überbrückungsgeld verabschiedet oder haben es vollkommen neu definiert. In Mecklenburg-Vorpommern, im Saarland und in Rheinland-Pfalz wurde das Überbrückungsgeld gänzlich abgeschafft, womit sich die Frage der Anrechnung erübrigt. Das Eingliederungsgeld in Brandenburg und das Übergangsgeld in Sachsen werfen neue Fragen auf, auf die wir hier leider nicht näher eingehen können. Folgende Ausführungen gelten für Länder, die weiterhin ein Überbrückungsgeld in der bisherigen Form vorsehen: Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Hamburg und Niedersachsen.

Nach Einführung des SGB II im Jahr 2005 war es vollkommen unklar, ob das Überbrückungsgeld als Einkommen oder als Vermögen zu betrachten ist. Unterschiedliche Auffassungen und Auslegungen prägten die Praxis der Anrechnung, die durch eine Gesetzesänderung im SGB II zum April 2011 noch komplexer wurde. Seitdem wirken Anträge auf SGB II Leistungen auf den Ersten des Monats zurück.

Das Bundessozialgericht (BSG) hat nun in einer aktuellen Entscheidung vom 28.10.2014 (Az.: B 14 AS 36/13 R) die Rechtslage folgendermaßen dargelegt:

- Überbrückungsgeld wird als Einkommen angerechnet, wenn noch im Monat der Haftentlassung ein Antrag auf ALG II gestellt wird. Das ist möglich, weil der Antrag auf SGB II-Leistungen fiktiv auf den Ersten des Monats zurückwirkt.
- Gilt Überbrückungsgeld als Einkommen, darf es aufgrund seiner gesetzlichen Zweckbestimmung nur für die ersten vier Wochen nach dem Zufluss, dem Tag der Haftentlassung, auf den ALG-II-Bedarf angerechnet werden.

Überbrückungsgeld wird allerdings als Vermögen gewertet, wenn der Antrag auf ALG II erst im Monat nach der Haftentlassung gestellt wird. Dann wird der bis zum Antragsmonat nicht verbrauchte Teil des Überbrückungsgeldes im Rahmen des Schonvermögens anrechnungsfrei gestellt. (BSG vom 06.10.2011 - B 14 AS 94/10 und von 22.08.2013 - B 14 AS 78/12 R). Wird der ALG-II-Antrag im Folgemonat gestellt, sollten Sie sich unverzüglich freiwillig krankenversichern!

Unter der Rubrik „Sozialleistungen“ auf [www.bag-s.de](http://www.bag-s.de) finden Sie neben anderen Artikeln eine Erläuterung der aktuellen Rechtsprechung durch den Sozialrechtsexperten Bernd Eckhardt. Gerne senden wir Ihnen die Fachbeiträge postalisch zu.

### **Antragstellung**

Um Arbeitslosengeld II zu erhalten, müssen Sie bei Ihrem örtlich zuständigen Jobcenter einen Antrag stellen, der auch formlos sein kann. Den Eingang des Antrages sollten Sie sich immer schriftlich bestätigen lassen.

ALG-II-Leistungen werden dann rückwirkend zum ersten Tag des Antragsmonats erbracht, frühestens jedoch bis nach dem Tag der Entlassung aus der JVA. Werden in einem Monat Leistungen erbracht, wird auch das in diesem Monat zugeflossene Einkommen auf den ALG-II-Anspruch angerechnet, allerdings auch erst nach dem Tag der Entlassung.

### **Bedarfsgemeinschaften**

Leben Sie mit einem (Ehe-)Partner und/oder mit Kindern zusammen, dann bilden Sie eine Bedarfsgemeinschaft. In diesem Fall werden bei beiden (Ehe-)Partnern jeweils 90 Prozent der Regelleistung bei der Bedarfsermittlung berücksichtigt.

Leben Sie mit Ihren Kindern oder den Kindern Ihres/r Partners/in zusammen, haben diese einen Anspruch auf Sozialgeld nach dem SGB II, sofern sie nicht selbst erwerbsfähig, d. h. 15 Jahre und älter sind und einen eigenen Anspruch auf ALG II haben. Auch nicht erwerbsfähige (Ehe-)Partner erhalten oft Sozialgeld vom Jobcenter (siehe auch „Informationen für Angehörige“ ab S. 46). Beachten Sie hier auch die Ansprüche aus dem Bildungs- und Teilhabepaket auf der nächsten Seite.

Bei der Berechnung des Anspruchs einer Bedarfsgemeinschaft auf ALG II/ Sozialgeld werden wie bei der Sozialhilfeberechnung die Bedarfe aller Mitglieder addiert, dann wird das gesamte anzurechnende Einkommen (z. B. Gehalt, Kindergeld, Unterhalt) davon abgezogen. Der verbleibende Betrag wird ausgezahlt.

Für die Anrechnung von Erwerbseinkommen wird das Nettoeinkommen zu Grunde gelegt. Hierbei bleibt eine Pauschale von mindestens 100 Euro anrechnungsfrei. Zusätzlich werden – in Abhängigkeit von Fahrt- und Werbungskosten sowie der Höhe des Einkommens – weitere Freibeträge vom Einkommen abgesetzt.

### **Vermögensanrechnung**

Auch Vermögen wird bei der Berechnung des ALG II unter Berücksichtigung verschiedener Freibeträge angerechnet. Diese Freibeträge liegen allerdings so hoch, dass die Anrechnung von Vermögen bei den meisten Haftentlassenen kaum von Bedeutung ist. Sie betragen 150 Euro pro Lebensjahr Grundfreibetrag, mindestens 3.100 Euro für Volljährige, 3.100 Euro für Minderjährige plus 750 Euro für notwendige Anschaffungen für jedes Mitglied der Bedarfsgemeinschaft.

Ein angemessenes Kraftfahrzeug für jede in der Bedarfsgemeinschaft lebende erwerbsfähige Person fällt unter das geschützte Vermögen. Angemessenes Wohneigentum ist ebenfalls als Vermögen geschützt, wenn es selbst bewohnt wird. Für Vermögen, das der Altersvorsorge dient, gelten zusätzlich gesonderte Freibeträge. Hierzu können Sie sich in einer Beratungsstelle für Arbeitslose informieren.

### **Auf welche Leistungen hat man einen Anspruch?**

- Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (hier spricht man auch von der Regelleistung oder von „Regelbedarf“)
- angemessene Kosten für Unterkunft und Heizung
- Mehrbedarfe für Schwangere, Alleinerziehende, behinderte Menschen, bei kostenaufwändiger Krankenkost und bei Warmwasserbereitung mit Strom
- einen Mehrbedarfszuschlag nach der Härtefallregelung für die Kosten einer dauerhaften, erheblichen und atypischen Bedarfslage (z. B. eine schwere Erkrankung)
- einmalige Leistungen (Erstausstattung für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte, Erstausstattung für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt, Leistungen für Anschaffung und Reparaturen von orthopädischen Schuhen, Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen sowie die Miete von therapeutischen Geräten). Die Leistungen für Erstausstattung der Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte sind bei entsprechendem Nachweis auch nach einer Haftentlassung zu erbringen, wenn der Erhalt der Wohnung oder die Einlagerung der Möbel während der Haft nicht möglich waren. Auch Erstausstattung für Bekleidung kommt bei Haftentlassenen in Betracht, wenn diese nicht über eine Grundausstattung an nutzbaren Bekleidungsstücken verfügen. Einmalige Leistungen müssen gesondert beantragt werden.
- Leistungen für Bildung und Teilhabe für (Schul-) Kinder, z. B. 100 Euro pro Schulkind im Jahr, Kostenübernahme für Klassenfahrten und Ausflüge, Schulmittagsessen, Nachhilfe sowie 10 Euro mtl. z. B. für Vereinsbeiträge plus ggf. Fahrtkosten.

Die Regelleistung beträgt für eine/n Alleinstehende/n ab Januar 2015 mtl. 399 Euro.

#### Beispielrechnung für eine/n Alleinstehende/n:

Regelleistung:	399 Euro
+ angemessene Miete inkl. Nebenkosten und Heizung:	<u>350 Euro</u>
= Bedarf:	749 Euro
Abzüglich bereinigtes Einkommen aus Minijob (bei 450,- Euro):	- 280 Euro
<hr/> Auszahlungsbetrag:	509 Euro

#### Was sind „angemessene Kosten“ für Miete?

Für Bezieher/innen von Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld II gelten dieselben Wohnraumgrößen als angemessen (diese variieren je nach Bundesland geringfügig):

1-Personen-Haushalt:	ca. 45 qm / 50 qm
2-Personen-Haushalt:	ca. 60 qm
3-Personen-Haushalt:	ca. 75 qm
für jede weitere Person:	+ ca. 15 qm

Seit 2011 haben Kommunen und Kreise unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, abweichende Wohnraumgrößen festzulegen. Sie bestimmen auch über die angemessenen Mietpreise: Als angemessene Miete gilt der ortsübliche Mietpreis einer Mietwohnung mit einfacher Ausstattung (in Dortmund werden bei Wohnungen bis zu 50 qm z. B. 5,24 Euro Nettokaltmiete pro Quadratmeter anerkannt).

Sind die Mietkosten zu hoch, wird im Normalfall für längstens sechs Monate die tatsächliche Miete übernommen; danach muss umgezogen oder untervermietet werden. Sollte allerdings nach sechs Monaten keine angemessene Wohnung zur Verfügung stehen oder ein Umzug aus anderen Gründen nicht zumutbar sein, können die höheren Kosten auch für eine längere Dauer übernommen werden.

**Wichtig:** Vor einem Umzug ist die Zusicherung der Übernahme der neuen Mietkosten einzuholen. Wer ohne Zustimmung des Jobcenters umzieht, bekommt auch nach dem Umzug nur die Kosten der alten Unterkunft erstattet. Nur mit ausdrücklicher Zustimmung zum Wohnungswechsel können die Umzugskosten (auch darlehensweise Kautions- und unter Umständen Maklergebühren) übernommen werden.

### **Mietschulden**

Wenn ein Anspruch auf Leistung nach SGB II besteht, können Miet- und Energieschulden darlehensweise übernommen werden, soweit dies zur Sicherung der Unterkunft oder zur Behebung einer vergleichbaren Notlage gerechtfertigt ist. Sie sollen übernommen werden, wenn sonst Wohnungslosigkeit droht. Mietschulden werden nur übernommen, wenn die Wohnung dauerhaft gesichert werden kann.

Für Personen, die keine SGB-II-Leistungen beziehen, kann auch ein Anspruch auf Übernahme von Mietschulden auf der Grundlage des SGB XII bestehen (§ 36 SGB XII), wenn Wohnungslosigkeit oder eine vergleichbare Notlage droht. Diese Leistung des Sozialamtes kann in Form einer Beihilfe oder eines Darlehens gewährt werden. Die Übernahme von Mietschulden durch das Sozialamt kommt bei Straffälligen auch im Rahmen der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§§ 67 ff. SGB XII) in Betracht.

### **Geldleistungen als Sachleistung**

Wenn die gezahlte Regelleistung wegen unwirtschaftlichen Verhaltens zu schnell verbraucht wird, was etwa dann der Fall ist, wenn Sie eine Woche nach Auszahlung kein Geld mehr haben, kann die Leistung in Zukunft auch teilweise als Sachleistung (z. B. Lebensmittelgutscheine) erbracht werden. Auch die einmaligen Leistungen können statt als Geld- als Sachleistung erbracht werden (z. B. Verweis auf Gebrauchtmöbellager, Kleiderkammern oder Ausgabe von Gutscheinen).

### **Weitere Leistungen**

Bei Beschäftigungsaufnahme kann außerdem ein Einstiegs geld als zeitlich befristeter (Lohn-) Zuschuss gewährt werden. Weitere Kann-Leistungen sind:

- Erstattung von Bewerbungskosten,
- Trainingsmaßnahmen,
- Weiterbildung,
- Ein-Euro-Jobs,
- Vermittlungsgutschein (für eine private Arbeitsvermittlung),
- Beschäftigungszuschuss (Lohnzuschuss für Arbeitgeber).

Neben den aufgeführten Geldleistungen können folgende weitere Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt gewährt werden:

- Kinderbetreuung,
- Betreuung von Pflegebedürftigen,
- Schuldnerberatung,
- psychosoziale Beratung,
- Suchtberatung.

Ob Ihnen diese Leistungen gewährt werden können, sollten Sie mit Ihrem Arbeitsvermittler / Fallmanager abklären. Sie haben aber keinen Rechtsanspruch darauf.

### **Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung**

Während des Bezugs von ALG II werden seit 2011 keine Beiträge für die Rentenversicherung mehr abgeführt. Es können also keine neuen Ansprüche auf Leistungen der Rentenversicherung erworben werden. Bereits bestehende Rentenansprüche können durch den ALG-II-Bezug jedoch aufrecht erhalten werden. Während des Bezugs von ALG II sind Sie grundsätzlich in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung pflichtversichert. Die pauschalierten Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge werden vom Jobcenter in voller Höhe übernommen. Waren Sie vor dem Bezug von ALG II nicht Mitglied in einer gesetzlichen Krankenversicherung, müssen Sie sich umgehend bei einer für Sie wählbaren Krankenkasse melden und dem Jobcenter die entsprechende Mitgliedbescheinigung vorlegen.

#### **Wählbar sind**

- die AOK Ihres Wohnortes,
- eine Ersatzkasse, die für Ihren Wohnort zuständig ist,
- die Krankenkasse des/r Ehegatten/in,
- eine Betriebs- oder Innungskasse.

Wenn Sie selbst keine Krankenkasse auswählen, werden Sie vom Leistungsträger einer Krankenkasse zugeordnet.

Wenn Sie zuvor bei einer privaten Krankenversicherung versichert waren und ein Wechsel in die gesetzliche Krankenversicherung nicht möglich ist, werden auch Beiträge für Privatversicherte durch das Jobcenter übernommen (siehe S. 27).

### **„Fördern und Fordern“**

Wenn Sie Arbeitslosengeld II erhalten, müssen Sie aktiv an allen Maßnahmen zu Ihrer Eingliederung in Arbeit mitwirken. Hierzu gehört insbesondere der Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung, in der festgelegt wird, welche Leistungen Sie erhalten und welche Bemühungen Sie selbst unternehmen müssen (Bewerbungen,

Aufnahme von „Ein-Euro-Jobs“, Entschuldung, Therapie usw.). Die Bestimmungen stellen klar, dass grundsätzlich jede Arbeit zumutbar ist. Ausnahmen bestehen nur bei Pflege von Angehörigen, Erziehung (Kinder unter drei Jahren), gesundheitlichen Einschränkungen und wenn die zukünftige Ausübung der bisherigen Tätigkeit gefährdet wäre.

## **Sanktionen**

Die Sanktionen nach dem SGB II fallen bei Hilfebedürftigen über 25 Jahren und bei 15- bis 24-Jährigen unterschiedlich aus. Zudem unterscheidet das Gesetz zwei Gruppen von Pflichtverletzungen, die Kürzungen oder den vollständigen Wegfall der Leistungen nach sich ziehen.

### **Sanktionen ab Vollendung des 25. Lebensjahres**

Eine schwere Pflichtverletzung, die in der ersten Stufe eine Kürzung der Regelleistung um 30 Prozent nach sich zieht, liegt vor, wenn

- Sie die in der Eingliederungsvereinbarung festgelegten Pflichten nicht erfüllen, etwa indem Sie sich nicht ausreichend selbst um Arbeit bemühen,
- Sie sich weigern, eine zumutbare Arbeit, Ausbildung, Arbeitsgelegenheit, ein Sofortangebot oder eine Eingliederungsmaßnahme aufzunehmen oder fortzuführen, oder die Anbahnung einer Beschäftigung durch Fehlverhalten verhindern,
- Sie Ihr Einkommen und Vermögen verringern (verschleudern), um ALG II zu erhalten oder Ihr unwirtschaftliches Verhalten trotz Belehrung über die Rechtsfolgen fortsetzen,
- Sie einer Sperrzeit nach dem SGB III unterliegen und deshalb kein Arbeitslosengeld erhalten.

Schon bei der ersten Pflichtverletzung können auch andere Leistungen (Unterkunftskosten oder Mehrbedarfzuschläge) gekürzt werden, wenn Sie über anrechenbares Einkommen verfügen und Ihnen weniger als 30 Prozent der Regelleistung ausgezahlt wird. Die zweite Pflichtverletzung innerhalb eines Jahres (zweite Stufe) führt zu einer Verdoppelung der Sanktion (Kürzung von 60 Prozent der Regelleistung). Bei einer zweiten Pflichtverletzung innerhalb von drei Monaten wird die Leistung bis zum Ende der ersten Sanktion um 90 Prozent (30 plus 60 Prozent) der Regelleistung gekürzt. Die dritte Pflichtverletzung binnen Jahresfrist (dritte Stufe) führt zur vollständigen Streichung der Leistungen, also auch der Miete, Heizkosten und des Krankenversicherungsschutzes für die Dauer von drei Monaten. Die Sanktion kann gemildert und in eine 60-prozentige Kürzung der Regelleistung umgewandelt werden, wenn sich der/die Hilfebedürftige bereit erklärt, seine Pflichten zu erfüllen.

Von den oben genannten schweren Pflichtverletzungen sind Meldeversäumnisse zu unterscheiden: Kommen Sie einer Meldeaufforderung (z. B. Teilnahme an einer Berufsberatung oder Informationsveranstaltung) nicht nach oder erscheinen nicht

bei einem angeordneten ärztlichen Untersuchungstermin, wird das ALG II für drei Monate um 10 Prozent gekürzt. Diese Kürzung erhöht zwar bereits bestehende Sanktionen (z. B. 30 plus 10 Prozent = 40-Prozent-Kürzung), bei wiederholten Meldeversäumnissen innerhalb eines Jahres bleibt es aber immer bei einer 10-Prozent-Kürzung.

Kommt es zu einer Leistungskürzung von mehr als 30 Prozent, können Sachleistungen und geldwerte Leistungen (z. B. Lebensmittelgutscheine) gewährt werden. Diese müssen gesondert beantragt werden. Sachleistungen sind vom Jobcenter zu erbringen, wenn im Haushalt minderjährige Kinder leben. Werden Ihnen zumindest Sachleistungen erbracht, sind Sie automatisch krankenversichert, auch wenn die Leistungen vollständig gestrichen wurden.

### **Sanktionen für unter 25-Jährige**

Hilfebedürftige zwischen 15 und 24 Jahren erhalten bereits ab der ersten schweren Pflichtverletzung keine Barleistungen mehr. Nur noch die Unterkunftskosten sollen direkt an den Vermieter gezahlt werden. Nach der zweiten schweren Pflichtverletzung innerhalb eines Jahres entfallen alle Leistungen. Miete und Heizkosten können übernommen werden, wenn Sie sich nachträglich bereit erklären, die verletzte(n) Pflicht(en) zu erfüllen. Bei unter 25-Jährigen kann die Kürzung unter Berücksichtigung des Einzelfalls auf sechs Wochen begrenzt werden.

**Achtung:** Neben dem Bezug von ALG II wird keine laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII gewährt, d. h. die Kürzungen werden nicht durch eine andere Leistung kompensiert. Bei Wegfall der Leistungen sollten Sie daher beim Jobcenter immer Sachleistungen beantragen, die im Regelfall zu erbringen sind, da Sie anderenfalls Ihre Existenz nicht sicherstellen können.

**Tipp:** Um nachzuweisen, dass man sich selber bemüht und damit die Pflicht zur Mitwirkung erfüllt, sollte man Belege sammeln (z. B. Kopien von Bewerbungsschreiben, Eingangsbestätigungen) und sich Notizen über Telefonate machen (z.B. über mündliche Stellenanfragen).

### **Widerspruch**

Gegen Entscheidungen des Jobcenters oder des Sozialamtes kann innerhalb eines Monats Widerspruch eingelegt werden. Dieser Widerspruch hat bei ALG-II-Leistungen jedoch keine aufschiebende Wirkung, d. h., dass etwa eine verhängte Sanktion trotz des Widerspruchs bestehen bleibt. Nur wenn durch eine Leistungskürzung ein nicht wieder gutzumachender Schaden entstehen könnte (der Strom abgestellt wird, der Lebensunterhalt nicht gesichert ist, der Erhalt der Wohnung gefährdet ist oder Ähnliches), können Sie beim Sozialgericht einen Antrag auf einstweilige Anordnung stellen. Das Sozialgericht entscheidet dann darüber, ob die Kürzung bis zur Entscheidung über den Widerspruch aufgehoben wird.

Widersprüche in SGB-XII-Verfahren haben dagegen grundsätzlich eine aufschiebende Wirkung.

### 3. Sozialhilfe

Der Anspruch auf Sozialhilfe (z. B. Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) ist im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) gesetzlich verankert.

Anspruch auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt haben nur Personen vor Erreichen des Rentenalters, die voraussichtlich nur vorübergehend nicht erwerbsfähig sind. Nicht erwerbsfähig ist jemand, der nicht in der Lage ist, mindestens drei Stunden am Tag unter den Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes zu arbeiten.

Personen hingegen, die das Rentenalter erreicht haben, und Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben **und** dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, erhalten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Die Entscheidung über die Erwerbsfähigkeit wird in der Regel durch den gesetzlichen Rententräger, aber auch durch den medizinischen Dienst der Agentur für Arbeit getroffen. Wenn Sie der Ansicht sind, dass Sie zu Unrecht als nicht erwerbsfähig eingestuft wurden, können Sie gegen einen Bescheid, der aufgrund der Einstufung erlassen wird, Widerspruch einlegen.

#### Höhe der Sozialhilfe

Die Regelsätze in der Sozialhilfe, die den notwendigen Lebensunterhalt sichern sollen, entsprechen den ALG-II-Regelleistungen. Man nennt sie auch „Regelbedarfe“ oder „Regelbedarfsstufen“.

Ab dem 1. Januar 2015 beträgt der Eckregelsatz (100 Prozent) für Alleinstehende und Alleinerziehende 399 Euro. Ehegatten, Lebenspartner oder eheähnliche Paare, die zusammen leben, erhalten monatlich jeweils 360 Euro (jeder 90 Prozent des Eckregelsatzes). Volljährige Kinder, die im Haushalt der Eltern leben, erhalten bis zur Vollendung des 25. Lebensjahrs 320 Euro (80 Prozent des Eckregelsatzes). Der Regelsatz für minderjährige Kinder ab Vollendung des 14. Lebensjahres beträgt 302 Euro, für Kinder von sechs bis 13 Jahren 267 Euro und für Kinder unter sechs Jahren 234 Euro.

#### Einmalige Leistungen

Folgende einmalige Leistungen können beantragt werden:

- Erstausrüstung für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte,
- Erstausrüstung für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt,
- Beträge für die Anschaffung und Reparaturen von orthopädischen Schuhen, Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen sowie die Miete von therapeutischen Geräten,
- Kosten für mehrtägige Klassenfahrten und Ausflüge (auch in Kindertagesstätten) im Rahmen der Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Diese einmaligen Beihilfen können gesondert beantragt werden. Es ist sehr wichtig, zuerst einen Antrag zu stellen, bevor Sie sich etwas anschaffen. Im Nachhinein werden vom Sozialamt keine Kosten mehr übernommen. Wenn Sie bei Ihrer Entlassung von der JVA nicht ausreichend mit Kleidung versorgt sind, sollten Sie darauf achten, dass dies auf dem Entlassungsschein vermerkt wird, um beim Sozialamt (oder je nach Zuständigkeit beim Jobcenter) Kleidung beantragen zu können.

Sollten Sie andere Anschaffungen benötigen, ohne etwas angespart haben zu können, kann Ihnen das Sozialamt ein Darlehen bewilligen, das in monatlichen Raten von fünf Prozent des Eckregelsatzes zurückgezahlt werden muss. Voraussetzung für die Gewährung eines Darlehens ist jedoch, dass die Anschaffung nötig ist. Der Bedarf kann auch durch Sachleistungen (z. B. Gebrauchtmöbellager, Kleiderkammer) gedeckt werden, Geldleistungen sind jedoch vorrangig.

### **Weitere Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt / Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII**

Neben den Regelsätzen können Ihnen folgende Leistungen gewährt werden, sofern die Voraussetzungen vorliegen:

- Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung,
- Unterkunft und Heizung (die Unterkunft muss sozialhilferechtlich angemessen sein; siehe hierzu S. 34),
- Mehrbedarfszuschläge
  - für Personen nach Erreichen des Rentenalters oder voll erwerbsgeminderten Personen vor Erreichen des Rentenalters, die einen Schwerbehindertenausweis mit Merkzeichen G nachweisen können
  - für Schwangere und Alleinerziehende
  - für behinderte Menschen, die bestimmte Eingliederungshilfen erhalten
  - bei kostenaufwändiger Krankenkost und
  - bei dezentraler Warmwasserbereitung mittels Strom
- Um die Voraussetzungen eines Anspruchs auf eine angemessene Alterssicherung oder auf ein angemessenes Sterbegeld zu erfüllen, können die erforderlichen Kosten vom Sozialamt übernommen werden.
- Droht der Verlust der Wohnung, kann das Sozialamt Mietschulden übernehmen, um die Unterkunft zu sichern. Diese Geldleistung kann aber auch als Darlehen gewährt werden und muss in diesem Fall zurückgezahlt werden (siehe S. 34/35).

### **Hilfe in besonderen Lebenslagen**

In besonderen persönlichen Notlagen gewährt das Sozialamt zusätzliche Hilfen. Als Haftentlassene/r können Ihnen Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Achstes Kapitel SGB XII) zustehen. So können Sie beispielsweise die Unterbringung in einer therapeutischen Wohngruppe finanziert bekommen oder in einer ambulanten Beratungsstelle Unterstützung und Hilfe bei der Wohnungs- und Arbeitssuche erhalten.

### **Integration in den Arbeitsmarkt**

Da nur noch nicht erwerbsfähige Personen Sozialhilfe bekommen, entfallen die bisherigen Vorschriften der Hilfe zur Arbeit. Trotzdem können auch Sozialhilfebezieher/innen zu bestimmten Tätigkeiten aktiviert werden, sofern diese nicht als unzumutbar für die betroffene Person gelten (§ 11 Abs. 4 SGB XII). Die Zumutbarkeit von solchen Tätigkeiten wird durch persönliche Einschränkungen (Krankheit, Behinderung, Kindererziehung) stark eingegrenzt.

## **4. Beruflicher Wiedereinstieg**

Einige Maßnahmen der beruflichen Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, die von der Agentur für Arbeit (Arbeitslosengeld) oder den Jobcentern (ALG II) angeboten werden haben wir schon genannt. Weitere geförderte Möglichkeiten bieten der Gründungszuschuss und Mini- & Midi-Jobs. Ihr Arbeitgeber kann einen Eingliederungszuschuss für Sie beantragen.

### **Gründungszuschuss**

Den Gründungszuschuss können Empfänger/innen von Arbeitslosengeld in Anspruch nehmen, die sich selbstständig machen wollen. Voraussetzung für die Gewährung eines Gründungszuschusses ist u. a., dass vor der Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit ein Anspruch auf Arbeitslosengeld noch für mindestens 150 Tage bestehen muss. Anträge werden **vor** der Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit von der zuständigen Arbeitsagentur auf ein tragfähiges Geschäftskonzept geprüft. Die Förderdauer beträgt bis zu 15 Monaten.

In den ersten sechs Monaten werden zusätzlich zum Zuschuss in Höhe des individuellen Arbeitslosengeldes monatlich pauschal 300 Euro gezahlt, damit sich die Existenzgründer/innen freiwillig sozialversichern können. In den folgenden neun Monaten entfällt der Zuschuss in Höhe des Arbeitslosengeldes und es wird nur noch die 300-Euro-Pauschale für die Sozialversicherung gezahlt.

Bezieher/innen von ALG II haben keinen Anspruch auf den Gründungszuschuss. Machen diese sich selbstständig, können sie beim Jobcenter ein Einstiegsgehalt beantragen (Förderdauer maximal 24 Monate) und/oder ein Darlehen/Zuschuss zur Beschaffung von Sachgütern.

### **Mini- und Midi-Job**

Mini-Jobs sind geringfügige Beschäftigungen mit einer Einkommensgrenze von 450 Euro. Der Verdienst Ihres Minijobs ist als Einkommen zu sehen und wird bei der Berechnung Ihres Arbeitslosengeldes II berücksichtigt. Die ersten 100 Euro sind anrechnungsfrei. Von jedem weiteren Euro werden bei einem Minijob zusätzlich 20% nicht angerechnet. Bei einem Einkommen von 450 Euro bleiben so 170 Euro anrechnungsfrei, 280 Euro werden vom Arbeitslosengeld II abgezogen. Als Arbeitnehmer/in zahlen Sie keine Steuern und Sozialversicherungsbeiträge; Ihr Arbeitgeber ist verpflichtet Sie ordnungsgemäß bei der Minijob-Zentrale der Knappschaft Bahn See anzumelden. Wenn Sie mehrere Minijobs ausüben, wird Ihr gesamtes Einkommen im SGB II abzüglich der Freibeträge angerechnet. Bitte beachten Sie, dass alle Beschäftigungen versicherungspflichtig werden, wenn mit dem Verdienst die monatliche Grenze von 450 Euro überschritten wird. Ab einem monatlichen Verdienst von 450,01 Euro wird die Beschäftigung sozialversicherungspflichtig. Damit erwerben Sie Ansprüche aus der Sozialversicherung, zum Beispiel aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Finanziell gesehen fängt der Midijob da an, wo der Minijob aufhört. Das heißt: Midijobber ist, wer pro Monat regelmäßig Einnahmen zwischen 450,01 € und 850 € (Gleitzone) zu verzeichnen hat. Der Anteil der Sozialversicherung steigt in der Gleitzone schrittweise an und erreicht erst bei 850 Euro die volle Beitragshöhe. Bei Mini- und Midi-Jobs werden keine bzw. nur geringfügige Rentenansprüche erworben.

### **Eingliederungszuschuss (für Arbeitgeber)**

Die Einstellung Haftentlassener kann durch die Agentur für Arbeit oder das Jobcenter finanziell gefördert werden. Arbeitgeber/innen können Eingliederungszuschüsse erhalten, wenn sie Arbeitslose mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen einstellen. Hierunter können auch Haftentlassene fallen, die z.B. über 50 Jahre alt sind oder zusätzlich gesundheitliche Einschränkungen haben. Die Förderung kann bis zu einer Höhe von 50 Prozent des regelmäßig gezahlten Arbeitsentgelts sowie des pauschalierten Arbeitgeberanteils am Gesamtsozialversicherungsbeitrag für die Dauer von längstens zwölf Monaten als monatlicher Zuschuss geleistet werden.

Für ältere, behinderte sowie schwerbehinderte Menschen kann der Leistungsumfang erweitert werden. Ein Eingliederungszuschuss muss vor Abschluss des Arbeitsvertrages bei der zuständigen Stelle vor Ort beantragt werden.

### **Maßnahmen der Eignungsfeststellung und Trainingsmaßnahmen**

Weitere Unterstützungsmöglichkeiten für einen beruflichen Wiedereinstieg Haftentlassener durch die Agentur für Arbeit oder das Jobcenter sind Maßnahmen der Eignungsfeststellung und Trainingsmaßnahmen. Diese Maßnahmen dienen dazu, Arbeitslosen und Arbeitgeber/innen die Möglichkeit zu geben, die persönliche

Eignung und die beruflichen Fertigkeiten zu erproben. Bewerbungstraining oder Computerkurse gehören z. B. zu diesen Maßnahmen. Ihre Dauer liegt zwischen zwei und maximal zwölf Wochen; während dieser Zeit erhalten die Teilnehmer/innen Arbeitslosengeld bzw. ALG II.

### **Ein-Euro-Jobs**

Wenn Sie geringe Chancen haben, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden, und Leistungen nach dem SGB II beziehen, müssen Sie so genannte „Ein-Euro-Jobs“ annehmen. Für diese Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung erhalten Sie keinen Arbeitslohn, sondern lediglich eine Mehraufwandsentschädigung, die 1 bis 1,50 Euro pro Stunde beträgt. Über den gleichzeitigen Bezug von ALG II sind Sie kranken- und pflegeversichert. Die Vorschriften für den Arbeitsschutz und das Bundesurlaubsgesetz gelten auch für „Ein-Euro-Jobs“.

Da das Ziel der Vermittlungsbemühungen des Jobcenters immer zuerst eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt sein soll, sollen Arbeitssuchende erst dann in „Ein-Euro-Jobs“ vermittelt werden, wenn andere Vermittlungsbemühungen nicht erfolgreich waren. Weil sie zur Eingliederung in Arbeit wenig beitragen, wurden „Ein-Euro-Jobs“ in den letzten Jahren stark eingeschränkt, in manchen Regionen bereits ganz abgeschafft. Auch die Mittel für ergänzende Qualifizierung von „Ein-Euro-Jobbern“, wurden gestrichen.

## **5. Informationsmöglichkeiten**

### **Beratung Minijob**

Mini-Job-Zentrale, 45115 Essen

Tel.: Service-Center: 0355 290270799 (Festnetztarif)

Mo.-Fr. 7.00 bis 17.00 Uhr

[minijob@minijob-zentrale.de](mailto:minijob@minijob-zentrale.de)

[www.minijob-zentrale.de](http://www.minijob-zentrale.de)

### **Internet**

[www.tacheles-sozialhilfe.de](http://www.tacheles-sozialhilfe.de)

Der Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles e. V. wurde von Menschen gegründet und aufgebaut, die selbst von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung betroffen sind oder waren. Ziel des Vereins ist es, Selbsthilfe zu initiieren, als Interessenvertretung und Lobby gegenüber der Stadt und Politik aufzutreten und in Not geratenen Menschen mit Rat und Tat weiterzuhelfen. Auf der Internetseite von Tacheles finden Sie aktuelle Informationen und ein

Adressverzeichnis von Erwerbsloseninitiativen, unabhängigen Beratungsstellen, Anwältinnen und Anwälten: [www.my-sozialberatung.de](http://www.my-sozialberatung.de). Der Verein bietet auch Telefonberatung an (donnerstags, 14.00 bis 17.00 Uhr, 0202 31 84 41).

### **[www.agtuwas.de](http://www.agtuwas.de)**

Hierbei handelt es sich um eine Arbeitsgruppe von Studierenden des Fachbereichs Sozialarbeit der Fachhochschule Frankfurt am Main. Im Rahmen ihrer Ausbildung beraten sie zu Fragen der Sozialhilfe und zum ALG II.

## **Ratgeber**

### **Broschüren der Bundesagentur für Arbeit**

Zu den Themen finanzielle Hilfen und Eingliederungsleistungen der Agentur für Arbeit beim Bezug von Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II finden Sie bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) eine Reihe von Broschüren.

Die Publikationen der BA können über einen Bestellservice per Telefon, Fax::, oder einen Internet-Shop angefordert werden. Für den Versand der Veröffentlichungen wird eine Pauschale in Höhe von 2,50 Euro in Rechnung gestellt. Darüber hinaus kann eine Schutzgebühr anfallen. Merkblätter, die Leistungsempfänger über Rechte und Pflichten informieren, sind von Versandkostenpauschale und Schutzgebühren ausgenommen. Sie können Broschüren wie folgt bestellen: Per Fax:: unter: 0180 1002699-55  
Telefonische Bestellungen: montags bis freitags in der Zeit von 8.00 bis 16.00 Uhr unter der Rufnummer 0180 1002699-01 (3,9 Cent/Min. Festnetz) Im Internet: Bestellservice der BA mit eigenem Online-Shop [www.ba-bestellservice.de](http://www.ba-bestellservice.de)

(>Startseite >Bestellservice >Bürgerinnen und Bürger)

Im Online-Shop befinden sich Inhaltsbeschreibungen zu den Publikationen, zur Zielgruppe sowie zu Schutzgebühren und Versandkosten. Viele Broschüren können kostenlos im PDF-Format heruntergeladen werden.

### **Leitfaden für Arbeitslose – Der Rechtsratgeber zum SGB III**

Herausgeber: Arbeitslosenprojekt TuWas

Die 30. Auflage des „Leitfaden für Arbeitslose. Der Rechtsratgeber zum SGB III“ (720 S., 19 Euro) ist das SGB III-Standartwerk für Berater/innen und Leistungsbezieher/innen. Sie ist im August 2014 erschienen. Bestellung über den Buchhandel.

**Leitfaden zum Arbeitslosengeld II – Der Rechtsratgeber zum SGB II**

Herausgeber: Arbeitslosenprojekt TuWas

Die 10. Auflage dieses umfassenden, systematisch aufgebauten Leitfadens zum Arbeitslosengeld II ist im Oktober 2014 erschienen (896 S., 19 Euro). Zielgruppe: Berater/innen und Personen mit Grundkenntnissen in sozialrechtlichen Angelegenheiten. Bestellung über den Buchhandel.

**Leitfaden ALG II/Sozialhilfe von A-Z**

Autoren: Frank Jäger/Harald Thomé, Mitarbeiter von Tacheles e.V.

Der nach 123 Stichworten geordnete Leitfaden für Leistungsbezieher/innen und Berater/innen ist im Juni 2013 in der 27. Auflage erschienen (528 S., 11 Euro inkl. Versand). Die nächste Aktualisierung erfolgt im Sommer 2015. Er ist auf dem neuen Stand der Hartz-IV-Gesetzgebung und der Rechtsprechung der Sozialgerichte.

Bestellung:

DVS, Schumannstr. 51, 60325 Frankfurt

Email: [info@dvs-buch.de](mailto:info@dvs-buch.de)

online: [www.dvs-buch.de](http://www.dvs-buch.de)

Fax: 069 74 01 69

## VI. Informationen für Angehörige

Mit der Inhaftierung fällt ein Einkommen weg und Sie sind eventuell nicht oder nur unzureichend in der Lage, selbst für Ihren materiellen Unterhalt und möglicherweise den Ihrer Kinder zu sorgen. Das bedeutet, dass durch die Inhaftierung Ihres Partners/Ihrer Partnerin eine Hilfebedürftigkeit entstehen kann.

Unabhängig davon, ob Sie aufgrund der Inhaftierung Ihres/r Ehe- oder Lebenspartners/in erstmals ALG II oder Sozialhilfe beantragen oder schon vor der Inhaftierung diese Leistungen bezogen haben, sollten Sie auf jeden Fall eine Haftbescheinigung Ihrer/s Partners/in bei der zuständigen Stelle vorlegen. Diese wird von der Vollzugsgeschäftsstelle der Justizvollzugsanstalt ausgestellt und kann von Ihnen oder von Ihrem inhaftierten Angehörigen dort beantragt werden.

Durch die Inhaftierung ändert sich die Personenzahl Ihrer Bedarfsgemeinschaft und auch die Höhe der Regelsätze.

---

### 1. Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe?

Über die Art der Sozialleistung entscheiden die persönlichen Voraussetzungen des/der Hilfebedürftigen. Pauschal kann man wie folgt unterscheiden:

1. Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige Personen,
2. Hilfe zum Lebensunterhalt/Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für nicht erwerbsfähige Personen.

#### **Arbeitslosengeld II (ALG II)**

Wenn Sie hilfebedürftig und erwerbsfähig sind, d. h. gesundheitlich dazu in Lage sind, mindestens drei Stunden am Tag zu arbeiten, erhalten Sie und ggf. Ihre Kinder Arbeitslosengeld II/Sozialgeld nach dem SGB II (siehe hierzu S. 30 ff.).

Genauere Auskünfte erhalten Sie bei dem für Sie zuständigen örtlichen Jobcenter. So nennt sich die ALG-II-Behörde, die entweder gemeinsam von Agentur für Arbeit und Kommune bzw. Landkreis gebildet wird oder unter alleiniger Verantwortung eines Landkreises bzw. einer kreisfreien Stadt steht.

#### **Sozialhilfe**

Sozialhilfe – in Form der Hilfe zum Lebensunterhalt – können Jugendliche über 15 Jahren und Erwachsenen unter 65 Jahren nur beantragen, wenn sie befristet (aber länger als sechs Monate) nicht erwerbsfähig sind. Eine volle Erwerbsminderung liegt dann vor, wenn man aus gesundheitlichen Gründen keine drei Stunden am Tag arbeiten kann. Der Umfang der gesundheitlichen Einschränkung wird durch

ärztliche Bescheinigung oder ärztliches Gutachten nachgewiesen. Die Feststellung einer evtl. vorliegenden Erwerbsminderung erfolgt regelmäßig durch den Träger der Rentenversicherung aber auch durch den medizinischen Dienst der Agentur für Arbeit.

Sozialhilfe – in Form der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung – erhalten Personen ab dem Rentenalter (65 plus) sowie auf Dauer (d. h. voraussichtlich mindestens neun Jahre) voll erwerbsgeminderte volljährige Personen.

Sozialhilfeleistungen beantragen Sie beim örtlichen Sozialamt. Informationen darüber erhalten Sie auch im Rathaus oder der Stadtverwaltung (siehe S. 39 ff.).

**Achtung:** Ein Antrag auf ALG II bzw. Sozialhilfeleistungen ist auch deswegen wichtig, damit die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung übernommen werden. Da die Familienversicherung unter Umständen mit der Inhaftierung des Partners wegfällt, müssen Sie sich und Ihre Kinder selbst versichern.

### **Kinderbetreuung**

Wenn Sie hilfebedürftig und erwerbsfähig sind und Kinder unter drei Jahren (oder pflegebedürftige Angehörige) betreuen müssen, ist Ihnen eine Erwerbstätigkeit nicht zuzumuten. Sobald Ihre Kinder allerdings über drei Jahre alt sind und eine Betreuungsmöglichkeit, zum Beispiel ein Hortplatz verfügbar ist, müssen Sie angebotene Stellen oder Maßnahmen annehmen, wenn die Kinderbetreuung während der Arbeitszeit sichergestellt werden kann. Ansonsten droht Ihnen eine Kürzung des ALG II. Wenn Ihr über dreijähriges Kind z. B. aufgrund einer Krankheit oder Behinderung nicht in einem Hort betreut werden kann, ist Ihnen die Aufnahme von Arbeit nicht zumutbar. Dann müssen Sie jedoch ein ärztliches Attest vorlegen.

Wenn Sie hilfebedürftig und erwerbsfähig sind und mit Ihren Kindern zusammenleben, bilden Sie eine Bedarfsgemeinschaft. Kinder gehören bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres zur Bedarfsgemeinschaft.

Kinder unter sechs Jahren erhalten 234 Euro Regelleistung, sechs bis 13-Jährige 267 Euro und Jugendliche/junge Erwachsene von 14 bis 17 Jahren 302 Euro. Erwachsene Kinder unter 25 Jahren, die im Haushalt der Eltern leben, erhalten 320 Euro (Stand 2015).

Erwerbsfähige Kinder, die über 25 Jahre alt sind, müssen einen eigenen Antrag auf ALG II stellen, unabhängig davon, ob sie zuhause oder in einer eigenen Wohnung leben.

**Achtung:** Bei unter 25-Jährigen, die bei ihren Eltern ausziehen wollen, werden die Kosten für Unterkunft und Heizung nur dann berücksichtigt, wenn das Jobcenter zuvor dem Auszug zugestimmt hat. Die Zustimmung soll erteilt werden, wenn Betroffene aus schwerwiegenden sozialen oder sonstigen wichtigen Gründen nicht auf die Wohnung der Eltern verwiesen werden können oder der Umzug zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt notwendig ist.

Wenn Sie selber arbeiten, Ihr Einkommen allerdings nicht sehr hoch ist, sollten Sie überprüfen lassen, ob Sie einen Anspruch auf aufstockendes ALG II oder andere finanzielle Hilfen (wie z. B. Wohngeld, siehe S. 62) haben. Vor allem wenn Sie mit Kindern in einem Haushalt leben, kann ein Anspruch auf Kinderzuschlag (siehe S. 62) bestehen. Wenden Sie sich dafür an die für Ihren Wohnort zuständige Familienkasse bei der Agentur für Arbeit.

Wir können in diesem Wegweiser nicht auf alle Einzelheiten der Anspruchsberechnungen eingehen. Deshalb ist es sinnvoll, sich vor Ort bei Sozialhilfeinitiativen, Beratungsstellen und/oder – wenn man diese Möglichkeit hat – in einem der Internetforen zu informieren (z. B. [www.tacheles-sozialhilfe.de](http://www.tacheles-sozialhilfe.de), Tacheles e.V.; [www.elo-forum.org](http://www.elo-forum.org), Erwerbslosenforum Deutschland).

### Höhe von ALG II und von Sozialgeld in Bedarfsgemeinschaften

Bei Inhaftierung Ihrer/s Partners/in werden ab 2015 folgende Regelbedarfe für Sie und Ihre Kinder berücksichtigt:

	Erwerbsfähige Hilfebedürftige			Kinder in der Bedarfsgemeinschaft		
	(Ehe-) Paare Lebenspartnerschaften	Alleinstehende bzw. allein Erziehende	Weitere Volljährige (Kinder von 18 bis 24 Jahren)	Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres	Kinder ab Beginn des 7. und bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres	Kinder ab Beginn des 15. und bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres
<b>Regelleistung</b>	2 x 90 %	100 %	80 %			
<b>entspricht einem Betrag von</b>	2 x 360 Euro = 720 Euro	399 Euro	320 Euro	234 Euro	267 Euro	302 Euro

Wenn Ihr Partner in Haft ist, steht Ihnen in der Regel die Leistungshöhe von alleinstehenden bzw. alleinerziehenden Personen zu (100 Prozent).

Zu diesen Regelleistungen kommen Zahlungen für Miete und Heizkosten und eventueller Mehrbedarf hinzu (z. B. für Schwangere und Alleinerziehende). Bei der Berechnung der Höhe des ALG II und Sozialgeldes werden alle Einkommen (auch Kindergeld und Unterhaltszahlungen für Kinder) der Bedarfsgemeinschaft an den Bedarf angerechnet.

Ist Ihr Partner bzw. Ihre Partnerin nach der Entlassung ebenfalls hilfebedürftig, werden für Sie beide jeweils 90 Prozent der Regelleistung als Bedarf berücksichtigt.

## 2. Besondere Problemfälle

### Angemessener Wohnraum

Aus dem Gesetz ergibt sich nicht eindeutig, ob und ab wann inhaftierte (Ehe-) Partner nicht mehr Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft sind. Besteht die Ehe, Partnerschaft oder Familie fort, gehört der/die inhaftierte Partner/in auch weiterhin zur Bedarfsgemeinschaft. Notwendig zur Entscheidung dieser Frage ist eine Einzelfallprüfung, die verschiedene Faktoren berücksichtigt (Haftdauer, Besuchskontakte, Kinder).

Zählt der/die Ehe- oder Lebenspartner/in nicht mehr zur Bedarfsgemeinschaft, kann es sein, dass Ihre bisherige Wohnung nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr angemessen (d. h. zu groß oder zu teuer) ist. Sie werden vom zuständigen Leistungsträger möglicherweise aufgefordert, eine neue Wohnung zu beziehen oder die Kosten der Unterkunft durch Untervermietung zu senken. Der Teil der Miete, der über der angemessenen Miethöhe liegt, wird in der Regel längstens sechs Monate gezahlt. Die Bemühungen um eine angemessene kleinere und/oder preiswertere Wohnung sollten Sie dokumentieren. Falls Sie trotz Ihrer Bemühungen keine angemessene Wohnung finden, sollten Sie gegen Kürzungen bei den Unterkunftskosten vorgehen. Besonders auch in den Fällen, in denen die Inhaftierung des/der Ehe- oder Lebenspartners/in sich dem Ende zuneigen, sollten Sie sich vor Ort beraten lassen, welche Einspruchsmöglichkeiten Sie haben.

Zählen Ehe- oder Lebenspartner/innen wegen der Inhaftierung nicht mehr zur Bedarfsgemeinschaft, gelten Sie als alleinstehend bzw. mit Kindern als alleinerziehend. Dann besteht auch ein Anspruch auf Mehrbedarf für Alleinerziehende.

### Krankenversicherung

Mit der Inhaftierung des/der Partners/in fällt die Familienversicherung in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung weg. Sie müssen sich und ihre Kinder selbst versichern. Da seit der Gesundheitsreform 2007 grundsätzlich eine Versicherungspflicht besteht, können Sie verlangen, von der gesetzlichen Krankenversicherung wieder aufgenommen zu werden. Bei ALG-II-Bezug sind Sie regelmäßig krankenversichert.

Beziehen Sie laufende Leistungen nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung), besteht nur bei zuvor pflichtversicherten Personen Anspruch auf Übernahme der Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung. Waren Sie zuvor aber über Ihren (jetzt inhaftierten) Ehepartner familienversichert, übernimmt das Sozialamt entweder die Beiträge für die so genannte freiwillige Weiterversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung oder es wird selbst für Ihre Krankenversorgung zuständig. Ist Letzteres der Fall, übernehmen die gesetzlichen Krankenkassen zwar die Krankenbehandlung, die Kosten werden ihnen aber von den Sozialämtern erstattet.

### **Fahrgeld**

Fahrgeld zum Besuch inhaftierter Angehöriger wird Beziehender/innen von ALG II bisher vom Jobcenter meist verwehrt oder nur auf Darlehensbasis übernommen. Sind die Fahrtkosten jedoch erheblich und fallen sie – bei längerer Haft – auf Dauer an, können sie durchaus als Beihilfe nach der neuen Härtefallregelung (Mehrbedarfszuschlag nach § 21 Abs. 6 SGB II) gewährt werden. Sie müssen die Übernahme der Fahrtkosten beim Jobcenter beantragen und deren Höhe nachweisen.

Angehörige, die Leistungen der Sozialhilfe nach dem SGB XII beziehen, können die Kosten für Besuchsfahrten ebenfalls im Rahmen einer Einzelfallentscheidung als Beihilfe erstattet bekommen. Regelmäßige Fahrtkosten sollen übernommen werden, wenn erkennbar ist, dass sie eine Belastung darstellen, die den durchschnittlichen Bedarf erheblich übersteigt.

### **Mietschulden**

Unter bestimmten Voraussetzungen haben Sie einen Anspruch auf Übernahme von Mietschulden (siehe hierzu S. 34).

### **Überschuldung**

Wenn Sie Schulden haben oder sogar überschuldet sind und ALG-II beziehen können Sie im Rahmen der Eingliederungsvereinbarung eine Schuldnerberatung in Anspruch nehmen.

### **Was tun, wenn eine Kontopfändung droht oder besteht?**

Ab 1. Januar 2012 sind der herkömmliche Kontopfändungsschutz und der automatische Verrechnungsschutz von Sozialleistungen nach Eingang auf dem Girokonto weggefallen. Pfändungsschutz besteht nur noch auf einem so genannten P-Konto (Pfändungsschutzkonto). Jeder Kunde kann von seiner Bank oder Sparkasse verlangen, dass das Girokonto als P-Konto geführt wird und erhält automatischen Basispfändungsschutz in Höhe des Pfändungsfreibetrags (1.045,04 EUR Euro monatlich).

Wenn Sie jedoch von Ihren Einkünften mehrere Personen unterhalten müssen, reicht der Basispfändungsschutz nicht aus. In diesem Fall müssen Sie Ihrer Bank bzw. Sparkasse bescheinigen, dass Sie Unterhaltsverpflichtungen haben und z.B. Kindergeld auf Ihr Konto überwiesen wird. Als Nachweis dafür legen Sie z. B. Ihren ALG-II-Bescheid (dieser wird oft nicht akzeptiert) oder eine Bescheinigung über Ihre Unterhaltspflichten vor. Der Pfändungsschutz wird dann entsprechend angehoben.

Die Bescheinigung über Unterhaltspflichten können Sie sich kostenlos vom Arbeitgeber, Sozialleistungsträger (z.B. Jobcenter, Familienkasse) oder Schuldnerberatungsstellen ausstellen lassen. (Infos, Beratungsstellen siehe S. 20 f.)

### Kindergeld

Der Anspruch auf Kindergeld bleibt während der Inhaftierung bestehen. Die zuständige Behörde ist die Familienkasse bei der für Ihre Heimatgemeinde zuständigen Agentur für Arbeit. Die Familienkasse muss über Änderungen Ihrer Verhältnisse (z. B. dauerhafte Trennung vom Ehegatten, Änderung der Anschrift oder Bankverbindung) informiert werden.

### Unterhaltsvorschuss

Der Unterhaltsvorschuss ist eine Hilfe für Alleinerziehende. Dies gilt auch, wenn der/die Ehepartner/in aufgrund gerichtlicher Anordnung für voraussichtlich sechs Monate und länger in einer Vollzugsanstalt untergebracht ist.

Unterhaltsvorschussberechtigt ist ein Kind,

- welches das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet hat,
- bei einem alleinerziehenden Elternteil lebt,
- von dem anderen Elternteil keinen Unterhalt erhält
- und seinen Wohnsitz in Deutschland hat.

Der Unterhaltsvorschuss wird für längstens 72 Monate gewährt. Der Antrag auf Unterhaltsvorschuss muss beim zuständigen Jugendamt unter Vorlage einer Haftbescheinigung beantragt werden. Hier gelten folgende Monatsbeträge:

	Unterhaltsvorschuss
Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres	133 Euro
Kinder von 6 Jahren bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres	180 Euro

## 3. Beratungsmöglichkeiten

Durch die zwangsweise Trennung vom Lebenspartner ist auch häufig die Beziehung einer Belastungsprobe ausgesetzt. Betroffene brauchen Zeit, um sich über den „Zustand“ ihrer Beziehung klar zu werden und eine Entscheidung zu finden, ob und wie die (Ehe-) Partnerschaft fortgesetzt werden kann.

Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen bieten Hilfe und Unterstützung an. In vielen Justizvollzugsanstalten existieren Angebote von haupt- und ehrenamtlichen Berater/innen, oft auch der Gefängnisseelsorge, an die Sie sich zwecks einer Ehe- bzw. Familienberatung wenden können.

Kindererziehung kann, insbesondere während der Inhaftierung des Partners, zu einer schwierigen Aufgabe werden. Deshalb sollten sich Eltern Entlastung und Unterstützung bei einer Erziehungsberatungsstelle holen oder sich an das zuständige Jugendamt wenden. Dort versucht man gemeinsam mit der Familie ein geeignetes Hilfeangebot zu entwickeln.

### **Literaturhinweise**

#### **Alleinerziehend – Tipps und Informationen**

Herausgeber:

Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e. V.

Hasenheide 70, 10967 Berlin

Tel.: 030 6959786, Fax: 030 69597877

E-Mail: kontakt@vamv.de, www.vamv.de

#### **Was nun? Mein Mann, Sohn... ist im Knast**

##### **- Informationen für Angehörige**

Herausgeber:

Kath. Gefängnisverein Düsseldorf e. V.

Kaiserswerther Straße 286, 40474 Düsseldorf

Tel.: 0211 444200, Fax: 0211 5162491

gefaengnisverein@gmx.de

Im PDF-Format herunterladen unter: [www.gefaengnisverein.de](http://www.gefaengnisverein.de) (> Ratgeber)

4. Aufl. 2013

Die Broschüre enthält Anschriften der wichtigsten staatlichen, kommunalen und privaten Hilfsangebote insbesondere für den Raum Düsseldorf.

#### **Mann im Knast... was nun?**

Herausgeber: Chance e.V. Münster

Friedrich-Ebert-Str. 7/15 , 48153 Münster Tel.: 0251620880

Neuaufgabe 2011

Online bestellen unter: [www.chance-muenster.de](http://www.chance-muenster.de)

#### **Leitfaden für Angehörige von Inhaftierten**

Herausgeber:

i-PUNKT MAINZ

Turnerstraße 43, 55120 Mainz

Tel.: 06131 688828, Fax: 06131 680529

E-Mail: [i-punkt@outh.de](mailto:i-punkt@outh.de)

Im PDF-Format herunterladen unter [www.outh.de/downloads/leitfaden.pdf](http://www.outh.de/downloads/leitfaden.pdf)

Mit wichtigen Anschriften von Beratungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz, einer Liste der verschiedenen Justizvollzugsanstalten des Landes und den dort geltenden Besuchsregelungen.

#### **Ingrid Frank: Mitgefangen**

Ch. Links Verlag, Berlin 2004; ISBN 3-86153-338-3 (12,90 Euro)

### **Beratung im Internet**

Unter **www.knast.net** finden Sie unter dem Stichwort Foren ein Forum für Angehörige. Hier berichten Angehörige von ihren Erfahrungen im Umgang mit der Inhaftierung ihrer Partner oder ihrer Verwandten. Anderen Betroffenen sollen Wege aufgezeigt werden, mit der schwierigen Situation fertig zu werden.

Ebenso existieren **Möglichkeiten der Online-Beratung** durch die Freie Straffälligenhilfe. Wenn Sie Fragen oder Probleme haben, die sich aus der Inhaftierung eines Angehörigen oder Ihnen nahestehenden Menschen ergeben, können Sie anonym, schnell und unbürokratisch per Mail Kontakt aufnehmen.

- Deutscher Caritasverband  
[www.caritas.de/hilfeundberatung/onlineberatung/angehoerige\\_von\\_straffaelligen/](http://www.caritas.de/hilfeundberatung/onlineberatung/angehoerige_von_straffaelligen/)
- Evangelischer Beratungsdienst für Frauen/  
Evangelische Hilfswerk München gemeinnützige GmbH  
[www.frauenberatungsdienst-muenchen.de/?page\\_id=26](http://www.frauenberatungsdienst-muenchen.de/?page_id=26)
- Sozialberatung Stuttgart: U-Turn Onlineberatung  
[www.u-turn.info](http://www.u-turn.info)
- Treffpunkt e.V.  
[www.treffpunkt-nbg.de/bai/onlineberatung.html](http://www.treffpunkt-nbg.de/bai/onlineberatung.html)

### **Angebote im Internet für Kinder und Jugendliche, deren Mutter oder Vater eine Freiheitsstrafe verbüßen**

- **www.besuch-im-gefängnis.de**  
Das Webangebot der Caritas bietet in ansprechender Form hilfreiche Informationen rund ums Gefängnis.
- **www.juki-online.de**  
Aufbauend auf der bestehenden Onlineberatung von Treffpunkt e.V. wurde ein dauerhaftes kinder- und jugendgerechtes Onlineberatungs- und Informationsportal für betroffene Kinder im Schulalter installiert.

## Beratungseinrichtungen für Angehörige und Kinder von Inhaftierten

### Baden-Württemberg

Cocon e.V.  
Kaiser-Joseph-Straße 268  
79098 **Freiburg**  
Tel.: 01522 1042287  
E-Mail: [cocon.freiburg@gmx.de](mailto:cocon.freiburg@gmx.de)  
[www.cocon-freiburg.de](http://www.cocon-freiburg.de)

SKM - Katholischer Verein für soziale Dienste Freiburg e.V.  
Stefan-Meier-Str. 131  
79104 **Freiburg**  
Tel.: 0761 2859719  
E-Mail: [straffaelligenhilfe@t-online.de](mailto:straffaelligenhilfe@t-online.de)  
[www.skm-freiburg.de](http://www.skm-freiburg.de)

SKM Landkreis Karlsruhe  
Söternstr. 5  
76646 **Bruchsal**  
Tel.: 07251-5056816  
E-Mail: [info@skm-bruchsal.de](mailto:info@skm-bruchsal.de)  
[www.skm-bruchsal.de](http://www.skm-bruchsal.de)

### Bayern

Staatlich anerkannte Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen  
Schlossplatz 5  
86551 **Aichach**  
Tel.: 08251 92420 (-430)  
E-Mail: [schwangerenberatung@lra-aic-fdb.de](mailto:schwangerenberatung@lra-aic-fdb.de)  
[www.schwanger-in-aic.de](http://www.schwanger-in-aic.de)

Treffpunkt e.V. - BAI (Beratungsstelle für Angehörige von Inhaftierten)  
Fürther Str. 212  
90429 **Nürnberg**  
Tel.: 0911 2747694  
E-Mail: [bai@treffpunkt-nbg.de](mailto:bai@treffpunkt-nbg.de)  
[www.treffpunkt-nbg.de/bai.html](http://www.treffpunkt-nbg.de/bai.html)

Gemeindejugendwerk Bayern  
Lagerstr. 81  
82178 **Puchheim**  
Tel.: 089-89009833  
E-Mail: [info@gjw-bayern.de](mailto:info@gjw-bayern.de)  
[www.bayern.gjw.de](http://www.bayern.gjw.de)

Arbeitskreis Resozialisierung  
Kraußstr. 5  
90443 **Nürnberg**  
Tel.: 0911-376671-00  
E-Mail: ak-reso@stadtmission-nuernberg.de  
www.ak-reso.de

Beratungsstelle für Straffällige und Angehörige  
Johannes-Traber-Str. 7  
86609 **Donauwörth**  
Tel.: 0906-29994920

Caritasverband Weiden-Neustadt/WN e.V.  
Nikolaistr. 6  
92637 **Weiden i.d. OPF.**  
Tel.: 0961 389140  
Fax: 0961 3891448  
www.caritas-weiden.de

## Berlin

IN VIA Projekte Berlin gemeinnützige GmbH  
Grundelfingerstr. 11  
10318 **Berlin**  
Tel.: 030-50 10 26-0  
www.INoVIA-berlin.de

Beratungsstelle Tamar  
Nazarethkirchstr. 36  
13347 **Berlin**  
Tel.: 030-455 40 31  
E-Mail: tamar@skf-berlin.de  
www.skf-berlin.de

## Bremen

Sozialberatungsstelle für Straffällige und Angehörige  
Verein Bremische Straffälligenbetreuung  
Bahnhofsplatz 29 (Tivoli Hochhaus)  
28195 **Bremen**  
Tel.: 0421-361-6201/ 361-6190 / 361-6232 / 361-10845  
E-Mail: beratung@straffaelligenhilfe-bremen.de  
www.Straffaelligenhilfe-Bremen.de

## Hamburg

Hamburger Fürsorgeverein von 1948 e.V.  
Max-Brauer-Allee 138  
22765 **Hamburg**  
Tel.: 040 300337514  
Fax: 040 300337528  
E-Mail: [mail@hamburgerfuersorgeverein.de](mailto:mail@hamburgerfuersorgeverein.de)  
[www.hamburger-fuersorgeverein.de](http://www.hamburger-fuersorgeverein.de)

## Hessen

AFEK e.V. Frankfurt am Main  
Gründenseestraße 33  
60386 **Frankfurt a.M.**  
Tel.: 069-411 408  
E-Mail: [info@afek-ev.de](mailto:info@afek-ev.de)  
[www.afek-ev.de](http://www.afek-ev.de)

## Niedersachsen

RESOhelp  
Hagenstr. 36  
30161 **Hannover**  
Tel.: 0511 9904020  
Fax: 0511 9904024  
E-Mail: [beratungsstelle@resohelp.de](mailto:beratungsstelle@resohelp.de)  
[www.resohelp.de](http://www.resohelp.de)

Angehörigenarbeit der Evangelischen Gefängnisseelsorge  
Herrenhäuser Str. 12  
30419 **Hannover**  
Tel.: 0511 179033  
[www.gefaengnisseelsorge.org](http://www.gefaengnisseelsorge.org)

## Nordrhein-Westfalen

SKF e.V. Bielefeld  
Turnerstr. 4  
33602 **Bielefeld**  
Tel.: 0521 9619140  
E-Mail: [Geschaeftsstelle@skf-bielefeld.de](mailto:Geschaeftsstelle@skf-bielefeld.de)  
[www.skf-bielefeld.de](http://www.skf-bielefeld.de)

SKM-kath. Verein für Soziale Dienste in Bielefeld e. V.  
Kavalleriestraße 26  
33602 **Bielefeld**  
Tel.: 0521 55776120  
Fax: 0521 55776125  
E-Mail: info@skm-bielefeld.de

Diakonie für Bielefeld gGmbH Beratungsstelle Freiräume  
Schildescher Str. 101  
33611 **Bielefeld**  
Tel.: 0521-98 89 25 00  
www.diakonie-fuer-bielefeld.de

Caritasverband für Bochum und Wattenscheid e.V. SKM Betreuungsverein und  
Freie Straffälligenhilfe  
44789 Bochum  
Tel.: 0234 3070530  
Fax: 0234 3070577  
info@skm-bochum.de  
www.skm-bochum.de

SKM - Katholischer Verein für soziale Dienste in Krefeld e.V.  
Hubertusstr. 97  
47798 **Krefeld**  
Tel.: 02151-841220  
E-Mail: cocon.freiburg@gmx.de  
www.cocon-freiburg.de

Kreis 74  
Teutoburger Str. 106  
33607 **Bielefeld**  
Tel.: 0521 – 55 73 78 11  
Fax: 0521 – 55 73 78 20  
E-Mail: info@kreis74.de  
www.kreis74.de

AWO Düsseldorf  
Westfalenstr. 38a  
40472 **Düsseldorf**  
Tel.: 0211 60025500  
Fax: 0211 60025502  
E-Mail: straffaelligenhilfe@awo-duesseldorf.de  
www.awo-duesseldorf.de

Gefangenenfürsorge Düsseldorf Evangelische und katholische Beratungsstelle  
für Haftentlassene und Angehörige Inhaftierter oder Haftentlassener

Kaiserwerther Straße 286

40474 Düsseldorf

Tel.: 0211 - 44 42 00

Fax: 0211 - 51 62 491

E-Mail: [Gefangenenfuersorge@gmx.de](mailto:Gefangenenfuersorge@gmx.de)

Start 84

Sachsenring 46

45279 Essen

Tel.: 0201/43899-0

Fax: 0201/43899-25

E-Mail: [start84@cneweb.de](mailto:start84@cneweb.de)

AWO Gelsenkirchen - Die Chance

Grenzstr. 47

45881 Gelsenkirchen

Tel: 0209 4094-131

Fax: 0209 1778750

E-Mail: [info@awo-gelsenkirchen.de](mailto:info@awo-gelsenkirchen.de)

[www.awo-gelsenkirchen.de](http://www.awo-gelsenkirchen.de)

SKM Köln Straffälligenhilfe

Große Telegraphenstraße 31

50676 Köln

Tel.: 0221 2074-214

Fax: 0221 2074-224

E-Mail: [sh@skm-koeln.de](mailto:sh@skm-koeln.de)

[www.skm-koeln.de](http://www.skm-koeln.de)

Maßstab e.V.

Marsiliusstr. 35

50937 Köln

Tel.: 0221 41 70 92

E-Mail: [beratungsstelle@masstab-koeln.de](mailto:beratungsstelle@masstab-koeln.de)

[www.masstab-koeln.de](http://www.masstab-koeln.de)

Chane e.V. - Münster

Friedrich-Ebert-Str 7/15

48153 Münster

Tel.: 0251-62088-0

Fax: 0251-62088-49

E-Mail: [info@chance-muenster.de](mailto:info@chance-muenster.de)

[www.chance-muenster.de](http://www.chance-muenster.de)

AWO Hagen – Märkischer Kreis  
Haus Eckesey  
Eckeseyer Str. 85  
58089 **Hagen**  
Tel.: 02331/13787 Fax: 02331/181884  
E-Mail: haus-eckesey@awo-ha-mk.de  
www.awo-ha-mk.de

## Rheinland-Pfalz

Mission Menschen in Not e.V.  
Oberhombach 1  
57537 **Wissen**  
Tel.: 02747 911 752  
Fax: +49 2747 / 911 753  
E-Mail: office@kinderarmut-in-deutschland.de  
www.kinderarmut-in-deutschland.de

Rückenwind e.V.  
Hilfe für Angehörige Inhaftierter  
Trierer Landstr. 99  
54516 **Wittlich**  
Tel.: 06571 147 2528  
E-Mail: info@rueckenwind-wittlich.de  
www.rueckenwind-wittlich.de

## Sachsen

Stadtmission Zwickau e.V. Straffälligenhilfe  
Römerstraße 11  
08056 **Zwickau**  
Tel.: 0375-5019113  
Fax: 0375-5019112  
www.stadtmission-zwickau.de

AWO Kreisverband Chemnitz Beratungsstelle für Inhaftierte,  
Haftentlassene und deren Angehörige  
Wiesenstraße 10  
09111 **Chemnitz**  
Tel: 0371 67426-27  
Fax: 0371 67426-25  
E-Mail: fsh@awo-chemnitz.de  
www.awo-chemnitz.de

Pingu-Du  
 Börnichgasse 3  
 09111 **Chemnitz**  
 Tel.: 0371-49 59 595  
 E-Mail: info@pingu-du.de  
 www.pingu-du.de

Zwergenclub  
 Kaßbergstr. 36  
 09112 **Chemnitz**  
 Tel.: 0371-4 00 69 67  
 E-Mail: info@familienverein-chemnitz.de  
 www.familienverein-chemnitz.de

VSR Dresden  
 Karlsruher Str. 36  
 01189 **Dresden**  
 Tel.: 0351-4020828  
 E-Mail: hze@vsr-dresden.de  
 www.vsr-dresden.de

Verein für Straffälligenhilfe Görlitz e.V.  
 Hotherstr. 31  
 02826 **Görlitz**  
 Tel.: 03581-311 827  
 E-Mail: straffaelligenhilfe-goerlitz@t-online.de  
 www.straffaelligenhilfe-goerlitz.de

Gemeindejugendwerk Sachsen  
 Chemnitzer Str. 15  
 09366 **Stollberg**  
 Tel.: 037296-44 88 75  
 E-Mail: info@gjw-sachsen.de  
 www.gjw-sachsen.de

### **Angehörigenarbeit Gefängnisseelsorge:**

Unter der folgenden Adresse können Sie nach Ansprechpartnern in den einzelnen JVA's nachfragen. Die Seelsorgerinnen und Seelsorger verstehen sich auch als Ansprechpartner für Angehörige von inhaftierten Menschen:

Evangelische Konferenz für  
 Gefängnisseelsorge in Deutschland  
 Geschäftsstelle im Kirchenamt der EKD  
 Herrenhäuser Str. 12  
 30419 **Hannover**  
 Tel.: 0511 27960  
 www.gefaengnisseelsorge.de

Katholische Gefängnisseelsorge in Deutschland  
 c/o Jugendbildungsstätte Marstall Clemenswerth  
 Clemenswert 1  
 49751 **Sögel**  
 Tel.: 05952 207-201  
 Fax: 05952 207-207  
 www.kath-gefaengnisseelsorge.de

## VII. Weitere Hilfen – auch bei geringem Einkommen

Zusätzlich zu den Leistungen des ALG II oder der Sozialhilfe haben Sie Anspruch auf weitere Hilfen bzw. Gebührenbefreiungen. Dies ist dann der Fall, wenn Sie nur über ein geringes Einkommen verfügen. Welches Einkommen als gering gilt, ist je nach Einkommensart unterschiedlich geregelt. Auch an dieser Stelle können wir Sie nur auf die generellen Möglichkeiten informieren, aber nicht auf alle Besonderheiten und Einzelfallregelungen eingehen.

### **Zuzahlungen zu Gesundheitsleistungen**

Auch Haushalte mit niedrigen Einkommen (u. a. Bezieher/innen von Arbeitslosengeld, ALG II und Sozialhilfe) sind von Zuzahlungen zu Gesundheitsleistungen betroffen. Die Zuzahlungen bestehen zu erhöhten Rezeptgebühren, Zuzahlungen bei Verordnungen (wie Krankengymnastik) sowie bei den Kosten für nicht verschreibungspflichtige Medikamente.

Es gilt jedoch eine Zuzahlungsobergrenze von zwei Prozent des jährlichen Bruttoerwerbseinkommens bzw. von einem Prozent bei Menschen mit chronischen Erkrankungen. Bei Personen, die Sozialhilfe oder ALG II beziehen, liegt diese Obergrenze bei zwei bzw. einem Prozent der auf ein Jahr addierten Regelleistung eines Alleinstehenden. Das heißt, gemessen an einer Regelleistung in Höhe von 399 Euro ergibt sich im Jahr ein Grenzbetrag von 95,76 Euro und für Menschen mit chronischen Erkrankungen von 47,88 Euro. (Stand 2015)

**Wichtig:** Alle geleisteten Zuzahlungen müssen durch Quittungen dokumentiert werden. Bei den Krankenkassen können Nachweishefte für die Zuzahlungen angefordert werden. Nur nachgewiesene Zuzahlungen werden berücksichtigt. Hat man die Zuzahlungsobergrenze erreicht, fallen für den Rest des Jahres keine weiteren Zuzahlungen mehr an. Weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrer Krankenkasse.

### **Befreiung von der Rundfunk- und Fernsehbeitragspflicht / Telefongebührenermäßigung**

Wenn Sie ALG II, Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter erhalten, können Sie sich mit einem Antrag bei der Beitragsservice von ARD, ZDF, Deutschlandradio von den Rundbeiträgen befreien lassen. Als Bestätigung ist eine Bescheinigung, die Sie zusammen mit dem ALG-II-Leistungsbescheid erhalten, einzureichen. Beim Bezug von Sozialhilfe benötigen Sie eine beglaubigte Kopie des Bescheides oder die Bestätigung direkt auf dem Befreiungsantrag. Wenn Sie von der Rundfunkgebührenpflicht befreit sind, können Sie auch den Sozialtarif der Telekom AG in Anspruch nehmen.

Dazu müssen Sie den Befreiungsbescheid bei der Telekom AG vorlegen. Eventuell bieten dies auch andere Telefonanbieter an; bitte erkundigen Sie sich bei Ihrem Anbieter.

**Anschrift des Beitragsservices:**

ARD ZDF Deutschlandradio  
Beitragsservice  
50656 Köln  
[www.rundfunkbeitrag.de](http://www.rundfunkbeitrag.de)

Achtung: Die Befreiung ist für die Dauer der jeweiligen Bewilligung befristet. Sie müssen sie bei jeder Weiterbewilligung unmittelbar neu beantragen.

**Wohngeld**

Alle Personen, die Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII erhalten, bekommen im Rahmen dieses Leistungsbezugs auch die angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung erstattet und erhalten kein Wohngeld.

Einen Anspruch auf Wohngeld haben nur Personen, die keine Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII erhalten und über ein geringes Einkommen verfügen. Hierzu gehören auch die Bezieher/innen von Arbeitslosengeld. Ob ein Wohngeldanspruch besteht, hängt von der Höhe des Haushaltseinkommens, der Zahl der Familienmitglieder und der Höhe der Miete ab. Für die Höhe des Wohngeldes wird jedoch nur eine bestimmte Höchstmiete anerkannt, die abhängig ist vom Niveau des Mietpreises in der Kommune, in der Sie wohnen.

Wenn Ihre Kinder im Haushalt über eigenes Einkommen verfügen (z. B. Kindergeld, Unterhaltsvorschuss etc.) kann es sein, dass diese ihren Bedarf mit Hilfe von Wohngeld decken können, und aus dem ALG II/der Sozialhilfe herausfallen. Allein erziehende Personen können daher angehalten werden, für ihre Kinder Wohngeld zu beantragen, auch wenn sie selbst weiter Leistungen nach SGB II/SGB XII beziehen müssen.

**Kinderzuschlag**

Eltern mit geringem Einkommen sind zur Deckung des Lebensunterhalts der ganzen Familie oft auf ergänzendes ALG II angewiesen. Eltern, die mit ihrem Einkommen zwar ihren eigenen Unterhalt sicherstellen können, nicht aber den Unterhalt ihrer Kinder, erhalten unter bestimmten Voraussetzungen den so genannten Kinderzuschlag.

Der Kinderzuschlag verhindert, dass Eltern allein wegen des Unterhalts ihrer Kinder Arbeitslosengeld-II-Leistungen beantragen müssen. Voraussetzung ist – neben der Bedürftigkeit –, dass die Eltern einen Anspruch auf Kindergeld haben.

Der Höchstbetrag des Kinderzuschlags beträgt 140 Euro für jedes zu berücksichtigende Kind und wird, soweit die Anspruchsvoraussetzungen vorliegen, längstens bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres gezahlt. Bis zu welchem Einkommen Familien

den Kinderzuschlag erhalten, hängt von der Höhe der Miete und den Ansprüchen auf so genannte Mehrbedarfe ab. Höhere angemessene Mieten oder besondere Mehrbedarfe verschieben den Einkommensbereich, in dem Kinderzuschlag gezahlt wird, nach oben, niedrigere Mieten verschieben ihn nach unten. Zusätzlich können Bezieher von Kinderzuschlag für ihre Kinder auch Leistungen für Bildung und Teilhabe erhalten.

Im Einzelnen kommen hierbei folgende Leistungen in Betracht:

- eintägige Ausflüge von Schule oder Kindertagesstätte
- mehrtägige Klassenfahrten von Schule oder Kindertagesstätte
- Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf
- Beförderung von Schülerinnen und Schülern zur Schule
- angemessene Lernförderung,
- gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in der Schule, Kindertagesstätte oder Hort sowie
- Leistungen für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft und Übernahme der dazu erforderlichen Fahrtkosten.

Die Bildungs- und Teilhabeleistungen sind bei der zuständigen kommunalen Stelle zu beantragen. Kinderzuschlag ist ausschließlich bei der Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit zu beantragen. Der Kinderzuschlag kann nur ab dem Zeitpunkt der Antragstellung gewährt werden. Antragsformulare finden Sie auch im Internet unter: [www.kinderzuschlag.de](http://www.kinderzuschlag.de).

### **Zuschuss zu Aufwendungen zur Kranken- und Pflegeversicherungen**

Personen, die kein Arbeitslosengeld II erhalten, z. B. weil sie gerade über ein bedarfsdeckendes Einkommen verfügen, können einen Zuschuss zum Beitrag einer angemessenen Kranken- und Pflegeversicherung beantragen, wenn sie nicht pflichtversichert in der gesetzlichen Krankenversicherung sind und allein durch die Zahlungen der Beiträge für die freiwillige Weiterversicherung hilfebedürftig werden würden. Das gilt vor allem für die Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft, für die keine Familienversicherung besteht oder für Ehepartner, die zuvor über ihren (jetzt inhaftierten) Partner familienversichert waren. Hier werden die Kosten einer angemessenen gesetzlichen oder privaten Kranken- und Pflegeversicherung übernommen, wenn dadurch die Hilfebedürftigkeit vermieden wird. Der Zuschuss muss beim Jobcenter beantragt werden.

## VIII. Beratungs- und Prozesskostenhilfe, Pflichtverteidigung

### **Beratungshilfe**

Wenn Sie über ein geringes Einkommen verfügen und eine Rechtsberatung benötigen, können Sie nach dem Beratungshilfegesetz bei einem Anwalt eine einmalige Rechtsberatung in Anspruch nehmen. Beratungshilfe steht Ihnen auch bei strafrechtlichen Angelegenheiten zu.

Sie müssen sich vor der Rechtsberatung bei Ihrem zuständigen Amtsgericht einen Bezugsschein ausstellen lassen. Hierzu müssen Sie entweder eine Verdienstbescheinigung oder Ihren ALG II-/Sozialhilfebescheid vorlegen. Sie zahlen dem Anwalt lediglich noch zehn Euro als Selbstkostenanteil.

Eine andere Möglichkeit ist die einmalige kostenlose Rechtsberatung durch einen Rechtspfleger direkt bei Ihrem Amtsgericht. Außerdem kann das Amtsgericht Sie auf ein vorrangiges qualifiziertes Angebot einer örtlichen Beratungsstelle verweisen. Wenn keine entsprechende Beratungsstelle verfügbar ist oder man Ihnen dort nicht weiterhelfen kann, muss das Amtsgericht den Bezugsschein für die Beratungshilfe ausstellen.

Die Sprechzeiten erfahren Sie über die Telefonzentrale Ihres jeweiligen Amtsgerichtes.

### **Prozesskostenhilfe**

Kommt es zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung und verfügen Sie nur über ein geringes Einkommen, steht Ihnen unter Umständen Prozesskostenhilfe zu.

Die Prozesskostenhilfe erstattet Ihnen die Gerichts- und die eigenen Anwaltskosten, wenn Ihr Einkommen bestimmte Grenzen nicht überschreitet. Darüber hinaus können Prozess- und Anwaltskosten in bestimmten Fällen über Ratenzahlungen getilgt werden.

Ihren Antrag können Sie direkt beim zuständigen Amtsgericht oder über Ihren Anwalt stellen. Sie müssen auch hier ihr Einkommen nachweisen.

Prozesskostenhilfe wird nur dann gewährt, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung bzw. Verteidigung hinreichende Aussicht auf Erfolg hat.

Die Prozesskostenhilfe gilt in Angelegenheiten des Zivilrechts (z. B. Mietstreitigkeiten, Schadensersatzansprüche etc.). Im Strafrecht hat sie keine Gültigkeit, in Strafvollstreckungsfragen dagegen bestehen Möglichkeiten für Prozesskostenhilfe zur angemessenen Wahrnehmung von Rechten.

Weitere Informationen können Sie zum Beispiel dieser Broschüre des Bundesministeriums der Justiz entnehmen:

**Beratungshilfe und Prozesskostenhilfe**

Eine Broschüre über das Beratungshilfegesetz und das Gesetz über die Prozesskostenhilfe. Die Broschüre gibt auch Hilfestellung, wenn es sich um einen Rechtsstreit handelt, bei dem eine der Parteien in einem anderen EU-Mitgliedstaat wohnt.

Herausgeber:

Bundesministerium der Justiz

Bestelladresse (zurzeit nur im PDF-Format im Internet erhältlich):

Internet: [www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/DE/Beratungshilfe\\_Prozesskostenhilfe.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/DE/Beratungshilfe_Prozesskostenhilfe.pdf?__blob=publicationFile)

Bestellung telefonisch beim Publikationsversand der Bundesregierung über die Nummer 01805 778090 (14 Cent/Minute, abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen möglich) oder unter: [publikationen@bundesregierung.de](mailto:publikationen@bundesregierung.de)

Stand: Januar 2014

**Was Sie über Beratungs- und Prozesskostenhilfe wissen sollten**

Herausgeber:

Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen,

Referat für Veröffentlichungen

40190 Düsseldorf

[www.justiz.nrw.de](http://www.justiz.nrw.de) (Infomaterial/Hilfen) Bestellungen telefonisch werktags zwischen 8.00-18.00 Uhr unter 01803 100110 (0,09 €/Min.)

Info 15/Stand: März 2014

**Pflichtverteidigung**

Basierend auf Art. 20 Abs. 1 des Grundgesetzes (Sozialstaatlichkeit als Strukturprinzip) steht Beschuldigten im Strafverfahren die Mitwirkung eines/r Verteidigers/in zu. Pflichtverteidiger/innen sind zunächst kostenlos, eine spätere Entscheidung über eine etwaige Zahlungspflicht hat keinen Einfluss auf die Bestellung eines/r Pflichtverteidigers/in. Der § 140 der Strafprozessordnung regelt in den Absätzen 1 bis 8 weitere Voraussetzungen für die Notwendigkeit einer Verteidigung.

Die Mitwirkung eines/r Verteidigers/in ist unter anderem dann notwendig, wenn

- die Hauptverhandlung im ersten Rechtszug vor dem Oberlandesgericht oder dem Landgericht stattfindet (§ 140 Abs. I StPO),
- dem/der Beschuldigten ein Verbrechen zur Last gelegt wird (§140 Abs. II StPO),
- der/die Beschuldigte sich mindestens drei Monate auf Grund richterlicher Anordnung oder mit richterlicher Genehmigung in einer Anstalt befunden hat und nicht mindestens zwei Wochen vor Beginn der Hauptverhandlung entlassen wird (§140 Abs. V StPO).

## IX. Weiterführende Literatur

### **Wegweiser für Inhaftierte und Haftentlassene**

In diesem Wegweiser konnten wir Sie oft nur auf Unterstützungsmöglichkeiten und Rechte hinweisen, die Sie haben. Es gibt eine Reihe von Ratgebern, die diese Informationen vertiefen oder Ansprechpartner/innen vor Ort nennen. Sie finden Angaben dazu in den folgenden Publikationen:

#### **Ratgeber für Inhaftierte in Schleswig-Holstein**

Herausgeber:

Schleswig-Holsteinischer Verband für Straffälligen- und Bewährungshilfe e. V.

Ringstraße 76

24103 Kiel

Tel.: 0431 2005668, Fax.: 0431 72984933

landesverband@soziale-strafrechtspflege.de, [www.soziale-strafrechtspflege.de](http://www.soziale-strafrechtspflege.de)

Ein Leitfaden mit praktischen Anregungen und Musterbriefen für den notwendigen Schriftverkehr. Er enthält einen ausführlichen Teil mit Anschriften von Ämtern, Behörden und Hilfsvereinen in Schleswig-Holstein. Die Verteilung an Straffällige erfolgt in Schleswig-Holstein kostenlos.

(Stand 2007, im PDF-Format auch im Internet erhältlich)

#### **Wegweiser für Haftentlassene**

Herausgeber: rückenwind-ASPB e. V.

Waldhornweg 17

14480 Potsdam

Tel 0331 60035010, Fax.: 0331 600350119

[info@aspb-potsdam.de](mailto:info@aspb-potsdam.de), [www.aspb-potsdam.de](http://www.aspb-potsdam.de)

Ein Ratgeber für die Vorbereitung der Haftentlassung und den Neubeginn nach der Entlassung mit einer Zusammenstellung der wichtigsten Informationen zu den drei Bereichen „Wohnen“, „Arbeit“ und „Sozialhilfe“. Ein Beilage enthält die Adressen sowie die Öffnungszeiten der Institutionen, Vereine und Einrichtungen in Potsdam.

#### **Sozialatlas Straffälligenhilfe Sachsen-Anhalt**

Landesverband für Straffälligen- und Bewährungshilfe Sachsen-Anhalt e.V.

Keplerstr. 9 / 9a

39104 Magdeburg

Tel.: 0391 5414588, Fax.: 0391 5693646

[LVSBSA@t-online.de](mailto:LVSBSA@t-online.de), [www.LVSBSA.de](http://www.LVSBSA.de)

(Stand 2010, im PDF-Format auch im Internet erhältlich)

**Wohin? Was tun?**

Herausgeber:  
Straffälligen- und Bewährungshilfe Berlin e. V.  
Bundesallee 42  
10715 Berlin  
Tel.: 030 8647130, Fax.: 030 86471349  
info@sbh-berlin.de, www.sbh-berlin.de

Zusammenstellung der wichtigsten staatlichen, kommunalen und privaten Hilfsangebote mit den entsprechenden Anschriften in Berlin. Vorstellung von Projekten für Haftentlassene, Schwerpunktthemen sind „Schuldenregulierung“ und „Rechtliche Fragen“.

(Stand 2008, im PDF-Format auch im Internet erhältlich)

**Positiv in Haft – Ein Ratgeber für Menschen in Haft mit HIV/AIDS**

Herausgeber:  
Deutsche AIDS-Hilfe e. V.  
Wilhelmstraße 138  
10963 Berlin  
Tel.: 030 6900870, Fax.: 030 69008742  
dah@aidshilfe.de, www.aidshilfe.de

Ein ausführlicher Ratgeber mit Informationen zu medizinischen, rechtlichen und Ernährungsfragen. Im Anhang finden sich Beispiele für Musteranträge.

(Stand 2012, im PDF-Format auch im Internet erhältlich)

**Wegweiser für Haftentlassene**

Herausgeber:  
Kath. Gefängnisverein Düsseldorf e. V.  
Kaiserswerther Straße 286  
40474 Düsseldorf  
Tel.: 0211 444200, Fax.: 0211 5162491  
gefaengnisverein@gmx.de, www.gefaengnisverein.de

Eine Zusammenstellung der wichtigsten staatlichen, kommunalen und privaten Hilfsangebote mit den entsprechenden Anschriften aus dem Raum Düsseldorf.

(Stand 2013, im PDF-Format auch im Internet erhältlich)

### **Ratgeber zum Strafvollzug**

In diesem Ratgeber haben wir uns auf die Sozialleistungen konzentriert. Es gibt darüber hinaus viele Fragen von Inhaftierten und deren Angehörigen, die den Strafvollzug betreffen. Diesen können wir folgende Informationsquellen empfehlen:

#### **Betreuung im Strafvollzug – Ein Handbuch**

Herausgeber:

Deutsche AIDS-Hilfe e. V.

Wilhelmstraße 138

10963 Berlin

Tel.: 030 6900870, Fax.: 030 69008742

dah@aidshilfe.de, www.aidshilfe.de

Ein ausführlicher Ratgeber für Menschen in Sozialberufen, Multiplikatoren, Angehörige und Straffällige.

5. Auflage Stand 2014

Auf der Internetseite der Aidshilfe ([www.aidshilfe.de/de/shop/1577](http://www.aidshilfe.de/de/shop/1577)) finden Sie weitere Informationsbroschüren zum Thema Haft in verschiedenen Sprachen.

### **Auch im Internet finden sich viele hilfreiche Seiten über den Strafvollzug:**

#### **www.knast.net**

Die umfangreichste Sammlung von Adressen und Internetseiten mit vielen Informationen zum Strafvollzug. Möglichkeit zum Austausch im Rahmen von so genannten „newsgroups“ unter anderem für Angehörige von Inhaftierten.

#### **www.jura-lotse.de**

Ein juristischer Web-Katalog, der Informationen zu Gesetzen und Rechtsprechung enthält.

#### **www.strafvollzugsarchiv.de**

Das Strafvollzugsarchiv wurde an der Universität Bremen im Zusammenhang mit den Vorarbeiten am Kommentar zum Strafvollzugsgesetz (**AK StVollzG**) gegründet, der 2011 in 6. Auflage erschienen ist. Seit dem 1.1.2012 wird die Arbeit des Strafvollzugsarchivs in Dortmund von Prof. Dr. jur. Christine Graebisch und Rechtsanwalt Dr. jur. Sven-U. Burkhardt fortgeführt. Neben der Dokumentation des Gefängniswesens und der Rechtsituation von Inhaftierten werden auch Anfragen Gefangener und ihrer Angehörigen beantwortet.

Adresse:

Prof. Dr. Christine Graebisch,

Fachhochschule Dortmund, Fachbereich 8

Emil-Figge-Strasse 44

44227 Dortmund

**Vertiefende Informationen für die Beratungspraxis:****Gesetze für die Soziale Arbeit**

4. Auflage 2014, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 22,- Euro

**Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht (info also)**

Sechsmal jährlich erscheinende Zeitschrift der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden  
[www.info-also.nomos.de](http://www.info-also.nomos.de)

Calliess, Rolf-Peter / Müller-Dietz, Heinz: **Strafvollzugsgesetz: StVollzG**, (Kommentar)  
11., neu bearbeitete Auflage, München 2008, ISBN 978-3-406-57619-5, 78,- Euro

Kamann, Ulrich: **Handbuch für die Strafvollstreckung und den Strafvollzug**

2. aktualisierte u. erweiterte Auflage, Münster 2008

ISBN 978-3-89655-309-6, 78,- Euro

**StVollzG. Kommentar zum Strafvollzugsgesetz**, hrsg. von Johannes Feest

6. Auflage 2012, ISBN 3-472-06499-4, 129,- Euro

**Strafvollzugsgesetze: Bund, Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen** (Kommentar), hrsg. von Frank Arloth

3. Auflage, München 2011, ISBN 978-3406616402, 78,- Euro

**Vermittlung von Briefkontakten und Zeitungen für Inhaftierte:****Briefkontakte und Zeitungen:**

Freiabonnements für Gefangene e.V.  
Köpenicker Str. 175  
10997 Berlin  
Tel.: 030 6112189  
Fax: 030 61629899  
E-Mail: [info@freiabos.de](mailto:info@freiabos.de) [www.freiabos.de](http://www.freiabos.de)

**Briefkontakte:**

Jailmail – Kontakte von Drinnen nach Draußen  
Postfach 12  
24785 Fockbek  
Tel.: 01520 1864966  
[www.jail-mail.net](http://www.jail-mail.net)

Nothilfe Birgitta Wolf e.V.  
Auweg 18  
82441 Ohlstadt  
Tel.: 08841 7533  
E-Mail: [info@nothilfe-birgitta-wolf.de](mailto:info@nothilfe-birgitta-wolf.de)  
[www.nothilfe-birgitta-wolf.de](http://www.nothilfe-birgitta-wolf.de)

Schwule Hilfe (SHG Briefpartner und Betreuung)  
Rathausplatz 2  
37120 Göttingen  
Tel.:/Fax.: 0551 83355

## X. Gefangenenzeitungen

Wichtige Anregungen und Hinweise wurden unter anderem folgenden Gefangenenzeitungen entnommen:

### **AACHENER printe**

JVA Aachen  
Krefelder Str. 251  
52070 Aachen

### **Abfahrt**

JSA Ichtershausen  
Alexander-Puschkin-Str. 7  
99334 Ichtershausen

### **ACHTUNG**

JVA Wriezen  
Schulzendorfer Str. 1  
16269 Wriezen

### **ALCATRAZ**

JVA Wolfenbüttel  
Ziegenmarkt 10  
38300 Wolfenbüttel

### **Aufschluss**

JVA Köln  
Rochusstr. 350  
50827 Köln

### **Aufschluss**

JVA Torgau  
Wiebelstr. 2  
04315 Leipzig

### **Auszeit**

JVA Goldlauter  
Postfach 300 352  
98503 Suhl - Heidersbach

### **AUS-Zeit**

JVA Hamm  
Bismarckstr. 5  
59065 Hamm

### **blickpunkt**

JVA Fuhlsbüttel  
Suhrenkamp 92  
22335 Hamburg

### **das Schloss**

JVA Schwalmstadt  
Paradeplatz 5  
34613 Schwalmstadt

### **Das SIEB**

JVA Detmold  
Bielefelder Str. 78  
32756 Detmold

### **Das Sprachrohr**

JVA Dortmund  
Lübeckerstr. 21  
44135 Dortmund

### **der lichtblick**

JVA Tegel  
Seidelstr. 39  
13507 Berlin

### **Der Riegel**

JVA Dresden  
Hammerweg 30  
01127 Dresden

### **Der Weg**

JVA Diez  
Limburger Straße 122  
65582 Diez

### **Die Bremse**

JVA Neubrandenburg  
Neustrelitzer Str. 120  
17033 Neubrandenburg

### **Die Klette**

JVA Mannheim  
Herzogenriedstr. 111  
68169 Mannheim

### **Die Krümmede**

JVA Bochum  
Krümmede 3  
44791 Bochum

### **Die weis(s)e Frau**

JVA Schwäbisch Gmünd  
Herlikofer Str. 19  
73527 Schwäbisch Gmünd

### **Die Zeitlos**

JVA Fulda  
Am Rosengarten 6  
36037 Fulda

### **EINBLICK**

JVA Hünfeld  
Molzbacher Str. 37  
36088 Hünfeld

### **Einzeller**

JVA Waldheim  
Dresdener Str. 1a  
04736 Waldheim

### **FIDELIO**

JVA Bützow  
Kühlungsborner Str. 29a  
18246 Bützow

### **FUCHSBAU**

JVA Waldeck  
Zum Fuchsbau 1  
18196 Waldeck

### **Haftleben**

JVA Chemnitz  
Reichenhainer Str. 236  
09125 Chemnitz

### **HAUSPOST**

JVA Werl  
Langenwiedenweg 46  
59457 Werl

**Horizonte**

JVA Kaisheim  
 Abteistraße 10  
 86687 Kaisheim

**INFO Blatt**

JVA Lingen - Damaschke  
 Grenzweg 39  
 49811 Lingen (Ems)

**JAILY NEWS**

JVA Kleve  
 Krohnestr. 11  
 47533 Kleve

**JANUS**

JVA Freiburg  
 Hermann-Herder-Str. 8  
 79104 Freiburg

**Kassiber**

JVA Remscheid  
 Masurenstr. 28  
 42899 Remscheid

**KENNZEICHEN**

JVA Gießen  
 Gutfleischstr. 2a  
 35390 Gießen

**Kuckucksei**

JVA Schwerte  
 Gillstr. 1  
 58239 Schwerte

**Lauenhof Kurier**

JVA Lübeck  
 Marliring 41  
 23566 Lübeck

**Mit Sicherheit**

JVA Wuppertal  
 Simonshöfchen 26  
 42327 Wuppertal

**OFFEN!**

JVA Frankfurt  
 Obere Kreuzäckerstr. 8  
 60435 Frankfurt/Main

**PLACEBO**

Berliner Maßregelvollzug  
 Lindenberger Weg 69  
 13125 Berlin

**Podium**

JVA Iserlohn  
 Heidestr. 41  
 58640 Iserlohn

**Posaune**

JVA Geldern  
 Möhlendyck 50  
 47608 Geldern

**PRO-Reo**

JVA Saarbrücken  
 Lerchesflurweg 37  
 66119 Saarbrücken

**Rififi**

JVA Uelzen  
 Breidenbeck 15  
 29525 Uelzen

**Schließfach 34**

JVA Ravensburg  
 Hinzistobel 34  
 88212 Ravensburg

**Sprachrohr**

JVA Hohenleuben  
 Gartenstr. 4  
 07958 Hohenleuben

**SPRUNGBRETT**

JVA Euskirchen  
 Kölner Str. 250  
 53879 Euskirchen

**Tr&sztdem**

JVA Oldenburg  
 Cloppenburger Str. 400  
 26133 Oldenburg

**TRALLENKIEKER**

JVA Neumünster  
 Boostedter Str. 30  
 245321 Neumünster

**unsere zeitung**

JVA Brandenburg  
 Anton-Saefkow-Allee 22  
 14772 Brandenburg

**POSTFACH 71**

JVA Kassel I  
 Theodor-Fliedner-Str. 12  
 34121 Kassel

**Ulmer Echo**

JVA Düsseldorf  
 Ulmenstr. 95  
 40476 Düsseldorf

## XI. Adressen der Straffälligenhilfe

Auf den folgenden Seiten finden Sie in erster Linie Adressen von Vereinen der Freien Straffälligenhilfe und der Bewährungshilfe. Ebenfalls haben wir Kontaktadressen zu wichtigen weiteren Organisationen und Einrichtungen aufgeführt, die Ihnen nützlich sein können. Die Adressen sind zunächst nach Bundesländern sortiert. An erster Stelle stehen Anschriften von Landesverbänden – soweit es diese gibt und daran anschließend die Adressen nach Städtenamen alphabetisch sortiert. Wir übernehmen keine Gewähr für Vollständigkeit. Falls Sie für bestimmte Städte/Regionen eine Adresse benötigen, die sich nicht in diesem Wegweiser befindet, können Sie sich an eine/n der hier genannte/n bundesweit tätigen Verbände und Institutionen wenden und/oder einen Blick auf die Datenbank auf unserer Webseite werfen, die regelmäßig aktualisiert wird. Dabei ist Ihre Mithilfe gefragt. Bitte geben Sie uns einen Hinweis, wenn Sie auf fehlerhafte oder veraltete Adressen stoßen.

### Bundesweit

Bundesarbeitsgemeinschaft für  
Straffälligenhilfe e. V. (BAG-S)  
Oppelner Straße 130  
53119 Bonn  
Tel.: 0228 9663593  
Fax: 0228 9663585  
[www.bag-s.de](http://www.bag-s.de)

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.  
Heinrich-Albertz-Haus  
Blücherstr. 62/63  
10961 Berlin  
Tel.: 030 263090  
Fax: 030 26309-32599  
[www.awo.org](http://www.awo.org)

DBH e. V. Fachverband für Soziale Arbeit,  
Strafrecht und Kriminalpolitik  
Aachener Str. 1064  
50858 Köln  
Tel.: 0221 94865120  
Fax: 0221 94865121  
[www.dbh-online.de](http://www.dbh-online.de)

Deutscher Caritasverband e. V.  
Referat Sozialraum, Engagement, Besondere  
Lebenslagen  
Karlstr. 40  
79104 Freiburg  
Tel.: 0761 2000  
Fax: 0761 200350  
[www.caritas.de](http://www.caritas.de), [www.kags.de](http://www.kags.de)

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband  
Referat Gefährdetenhilfe  
Oranienburger Str. 13-14  
10178 Berlin  
Tel.: 030 24636317  
Fax: 030 24636110  
[www.paritaet.org](http://www.paritaet.org)

Deutsches Rotes Kreuz e.V. (DRK)  
Carstennstr. 58  
12205 Berlin  
Tel.: 030 854040  
Fax: 030 85404451  
[www.drk.de](http://www.drk.de)

Diakonie Deutschland – Evangelischer  
Bundesverband- Evangelisches Werk für  
Diakonie und Entwicklung e.V.  
Caroline-Michaelis-Str. 1  
10115 Berlin  
[www.diakonie.de](http://www.diakonie.de)

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in  
Deutschland e. V.  
Hebelstr. 6  
60318 Frankfurt am Main  
Tel.: 069 9443710  
Fax: 069 494817  
www.zwst.org

Arbeitskreis Kritischer Strafvollzug e. V. (AKS)  
Postfach 1268  
48002 Münster  
Tel.: 0251 4902835  
Fax: 0251 8339325  
www.aks-ev.net

Evangelische Konferenz für  
Gefängnisseelsorge in Deutschland  
Herrenhäuser Str. 12  
30419 Hannover  
Tel.: 0511 2796406  
Fax: 0511 2796707  
www.gefängnisseelsorge.de

Konferenz für katholische Seelsorge bei den  
Justizvollzugsanstalten der Bunderepublik  
Deutschland  
Clemenswerth 1  
49751 Sögel  
Tel.: 05952 207201  
Fax: 05952 207207  
www.kath-gefaengnisseelsorge.de

Zentralrat der Muslime in Deutschland  
Steinfelder Gasse 32  
50670 Köln  
Tel.: 0221 1394450  
Fax: 0221 1394681  
www.zentralrat.de  
sekretariat@zentralrat.de

Die Heilsarmee in Deutschland  
Salierring 23-27  
50677 Köln  
Tel.: 0221 208190  
www.heilsarmee.de

Humanistische Union – Landesverband Berlin  
Greifswalder Straße 4  
10405 Berlin  
Tel.: 030 2042504  
Fax: 030 20450257  
www.hu-bb.de

Schwule Hilfe (SHG Briefpartner und  
Betreuung)  
Rathausplatz 2  
37120 Göttingen  
Tel./Fax: 0551 83355

Schwarzes Kreuz – Christliche Straffälligenhilfe  
Jägerstr. 25 a  
29221 Celle  
Tel.: 05141 946160  
Fax: 05141 9461626  
www.schwarzes-kreuz.de

## Europaweit

Bureau Buitenland, Reclassering Nederland  
Auslandsbüro der niederländischen  
Straffälligen- und Bewährungshilfe  
Postbus 136, Besucheranschrift  
Vivaldiplantsoen 100, NL- 3533 Utrecht  
3500 AC Utrecht, Niederlande  
Tel.: 0031 302879900  
Fax: 0031 302879998  
secr.bbb@srn.minjus.nl  
www.reclassering.nl

Europäische Anlaufstelle für Straffällige  
ACCORD  
11, Rue-Louis-Apfel  
67000 **Strasbourg, Frankreich**  
Tel.: 0033 388249080  
Fax: 0033 388249088  
accord67-europa.anlaufstelle@wanadoo.fr  
www.association-accord.org/index.html

German YMCA London  
„Lancaster Hall Hotel“  
35 Craven Terrace, W2 3EL **London**  
Tel.: 020 72622463  
u.bauer@german-ymca.org.uk  
www.german-ymca.org.uk

## Baden-Württemberg

Bezirksverein für soziale Rechtspflege  
Mannheim  
U 40, 30  
68161 **Mannheim**  
Tel.: 0621 2091718  
Fax: 0621 15699322  
info@bezirksverein-mannheim.de  
www.bezirksverein-mannheim.de

Arbeitskreis Strafvollzug Mannheim e. V.  
Schwetziger Str. 7  
68165 **Mannheim**  
Tel.: 0621 22795  
Fax: 0621 101992

Stiftung „Resozialisierungsfonds Dr. Traugott  
Bender“  
Postfach 103461  
70029 **Stuttgart**  
Tel.: 0711 2792180  
Fax: 0711 2792264  
reso@justiz.bwl.de  
www.resofonds-bw.de

Caritasverbandverband für Stuttgart e.V.  
Don-Bosco-Haus  
Reinsburgstraße 63  
70178 **Stuttgart**  
Tel.: 0711 61555130  
Fax: 0711 61555138  
dbh@caritas-stuttgart.de  
www.caritas-stuttgart.de

Sozialberatung Stuttgart e.V.  
Römerstrasse 78  
70180 **Stuttgart**  
Tel.: 0711 169200  
Fax: 0711 1692022  
info@sozialberatung-stuttgart.de  
www.sozialberatung-stuttgart.de

Bewährungshilfe Stuttgart e.V.  
PräventSozial gGmbH  
Uhlandstraße 16  
70182 **Stuttgart**  
Tel.: 0711 239883  
Fax: 0711 2398850  
info@sd-stgt.de  
www.sd-stgt.de

Diakonisches Werk der Evangelischen  
Kirche in Deutschland (EKD) e. V.  
Referat Straffälligenhilfe  
Stafflenbergstraße 76  
70184 **Stuttgart**  
Tel.: 0711 21590  
Fax: 0711 2159288  
diakonie@diakonie.de  
www.diakonie.de

PräventSozial gGmbH  
Wohngruppe Stgt.-Mitte  
Hohenheimer Str. 25  
70184 **Stuttgart**  
schwarz@praeventsozial.de  
www.praeventsozial.de

Sozialberatung Stuttgart e.V.  
Wagenburgstraße 132  
70186 **Stuttgart**  
Tel.: 0711 32067581  
info@sozialberatung-stuttgart.de  
www.sozialberatung-stuttgart.de

Verband Bewährungs- und Straffälligenhilfe  
Württemberg e. V.  
Hausmannstrasse 6  
70188 **Stuttgart**  
Tel.: 0711 2366458  
Fax: 0711 2155214  
verband-bsw@arcor.de  
www.verband-bsw.de

Caritasverband für Stuttgart e.V.  
Strombergstraße 11  
70188 **Stuttgart**  
Tel.: 0711 28090  
www.caritas-stuttgart.de

PräventSozial Justiznahe Soziale Einrichtungen  
gemeinnützige GmbH  
Neckartstr.121  
70199 **Stuttgart**  
Tel.: 0711 23988450  
mail@praeventsozial.de  
www.praeventsozial.de

Fortis e. V. - Helmut Lang Haus  
Straffälligenhilfe  
Friedrich-List-Straße 62  
71032 **Böblingen**  
Tel.: 07031 204250  
Fax: 07031 2042525  
sfh-verwaltung@fortis-ev.org  
www.fortis-ev.org

Fortis e. V. - Kleiderkammer  
Friedrich-List-Straße 62  
71032 **Böblingen**  
Tel.: 07031 226649  
Fax: 07031 222690  
tagesstaette-wlh@fortis-ev.org  
www.fortis-ev.org

Fortis e. V. - Geschäftsstelle  
Diezenhaldenweg 6/1  
71034 **Böblingen**  
Tel.: 07031 4160160  
Fax: 07031 4160166  
geschaefsstelle@fortis-ev.org  
www.fortis-ev.org

Fortis e. V. - Wohnungslosenhilfe  
Diezenhaldenweg 6/1  
71034 **Böblingen**  
Tel.: 07031 4160110  
Fax: 07031 4160111  
wlh-verwaltung@fortis-ev.org  
www.fortis-ev.org

PräventSozial gGmbH  
Betreutes Wohnen Waiblingen  
Neustadter Hauptstr. 125  
71336 **Waiblingen**  
Tel.: 07151 81553  
goebel@praeventsozial.de  
www.praeventsozial.de

Sozialberatung Ludwigsburg e. V.  
Straffälligenhilfe  
Ruhrstraße 10/1  
71636 **Ludwigsburg**  
Tel.: 07141 921972  
Fax: 07141 901072  
info@sozialberatung-ludwigsburg.de  
www.sozialberatung-ludwigsburg.de

Deutsches Rotes Kreuz  
Kreisverband Ludwigsburg e. V.  
Hindenburgstraße 28  
71638 **Ludwigsburg**  
Tel.: 07141 1210  
Fax: 07141 121222  
info@drk-ludwigsburg.de  
www.drk-ludwigsburg.de

Straffälligenhilfe Hohenasperg e. V.  
Schubartstr. 20  
71679 **Asperg**  
Tel.: 07141 669125  
Fax: 07141 669129  
dietmar.jung@jvkhasperg.jva.bwl.de

Verein für Jugend- und Bewährungshilfe im  
Landgerichtsbezirk Tübingen e. V.  
Pfleghofstr. 2  
72070 **Tübingen**  
Tel.: 07071 8895147  
Fax: 07071 8895148  
bewaehrungshilfeverein-tuebingen@arcor.de

Verein Arche und Straffälligenhilfe  
Südwestfalen - Hochsauerland  
Keltergasse 1  
72116 **Mörsingen**  
Tel.: 07473 1505

Straffälligenhilfe und Sozialberatung  
Südwestfalen-Hochsauerland e.V.  
Eberhardstrasse 53  
72720 **Tübingen**  
Tel.: 07071 938780  
Fax: 07071 9387879  
straffaelligenhilfe-tuebingen@gmx.de

Hilfe zur Selbsthilfe e.V.  
Rommelsbacher Str. 1  
72760 **Reutlingen**  
Tel.: 07121 3878950  
Fax: 07121 3878948  
info@hilfezurselbsthilfe.org  
www.hilfezurselbsthilfe.org

DRK-Kreisverband Göppingen e. V.  
Eichertstraße 1  
73035 **Göppingen**  
Tel.: 07161 67390  
Fax: 07161 673950  
info@drk-goepingen.de  
www.drk-goepingen.de

Sozialberatung Schwäbisch Gmünd e.V.,  
Psychosoziale Beratungsstelle & Kontakt- und  
Anlaufstelle „LIM!T“  
Milchgässle 11  
73525 **Schwäbisch Gmünd**  
Tel.: 07171 605560  
Fax: 07171 605565  
ds@sozialberatung-gmuend.de  
sozialberatung-gmuend.de

Sozialberatung Schwäbisch Gmünd e.V.  
Betreutes Wohnen  
Rechbergstraße 34/1  
73525 **Schwäbisch Gmünd**  
Tel.: 07171 69824  
pu@sozialberatung-gmuend.de

Jugendhilfe Unterland e.V.  
Weinsberger Str. 5/3  
74072 **Heilbronn**  
Tel.: 07131 2791113  
rudzik@jugendhilfe-unterland.de

Sozialberatung Heilbronn e. V.  
Weststr. 51  
74072 **Heilbronn**  
Tel.: 07131 68890  
Fax: 07131 85459  
info@sozialberatung-heilbronn.de

Verein für Betreuung und Hilfe im Vollzug  
Schwäbisch Hall e. V.  
Kolpingstr. 1  
74526 **Schwäbisch Hall**  
Tel.: 0791 9565461  
Fax: 0791 9565205

Bezirksverein für soziale Rechtspflege  
Mosbach  
Collekturgasse 20  
74821 **Mosbach**  
Tel.: 06261 14972  
anlaufstelle\_mosbach@web.de

Bezirksverein für soziale Rechtspflege  
Anlauf und Beratungsstelle  
Erbprinzenstr. 59/61  
75175 **Pforzheim**  
Tel.: 07231 155310  
Fax: 07231 1553124  
info@bezirksverein-pforzheim.de  
www.bezirksverein-pforzheim.de

Badischer Landesverband für soziale  
Rechtspflege  
Hoffstr.10  
76133 **Karlsruhe**  
Tel.: 07721 52060  
Fax: 07721 56020  
info@badlandverb.de  
www.badlandverb.de

Verein für Jugendhilfe Karlsruhe e. V.  
Christophorus-Haus  
Beratungsstelle für Haftentlassene  
Karlstr. 165  
76135 **Karlsruhe**  
Tel.: 0721 183660  
Fax: 0721 1836620  
hans.kowatsch@vfj-ka.de  
www.vfj-ka.de

Anlaufstelle für Straffällige  
Karlstr. 165  
76135 **Karlsruhe**  
Tel.: 0721 1836611  
hans.kowatsch@vfj-ka.de

Verein für Jugendhilfe Karlsruhe e. V. -  
Jugendhilfe  
Thomas-Mann-Str. 3  
76189 **Karlsruhe**  
Tel.: 0721 5090426  
Fax: 0721 5090460  
simone.wurth@vfj-ka.de  
www.vfj-ka.de

Caritasverband für den Landkreis Rastatt e. V.  
 Carl-Friedrich-Strasse 10  
 76437 **Rastatt**  
 Tel.: 07222 7750  
 Fax: 07222 77560  
 cv-info@caritas-rastatt.de  
 www.caritas-rastatt.de

Soziale Rechtspflege Ortenau e.V.  
 Goldgasse 17/19  
 77652 **Offenburg**  
 Tel.: 0781 74926  
 offenburg@rechtspflege-ortenau.de  
 www.rechtspflege-ortenau.de

DRK Kreisverband Kehl  
 Kamzmattstraße 4  
 77694 **Kehl**  
 Tel.: 07851 943315  
 info@kv-kehl.drk.de  
 www.drk-kehl.de

Bezirksverein für soziale Rechtspflege  
 Bühl / Achern  
 Im Häußlersfeld 14  
 77855 **Achern**  
 Tel.: 07841 6733786

Soziale Rechtspflege Ortenau e. V.  
 Anlauf- und Beratungsstelle für Straffällige  
 Stefanienstr. 54  
 77933 **Lahr**  
 Tel.: 07821 37992  
 Fax: 07821 989055  
 Lahr@rechtspflege-ortenau.de  
 www.rechtspflege-ortenau.de

Bezirksverein für soziale Rechtspflege  
 Villingen-Schwenningen  
 Friedrichstr. 8  
 78050 **Villingen-Schwenningen**  
 Tel.: 07721 52060  
 Fax: 07721 56020  
 horstbelz@web.de  
 www.badlandverb.de/vs.htm

Bezirksverein für soziale Rechtspflege  
 Straffälligenhilfe Konstanz  
 Hussenstraße 53  
 78462 **Konstanz**  
 Tel.: 07531 23163  
 Fax: 07531 22986  
 mail@anlaufstelle-konstanz.de  
 www.anlaufstelle-konstanz.de/

Verein zur Förderung der Bewährungshilfe  
 im Landgerichtsbezirk Rottweil  
 Brendstr. 22  
 78628 **Rottweil**  
 Tel.: 0741 14730  
 bewaehrungshilfeverein.rottweil@yahoo.de

Sozialdienst katholischer Frauen e. V. Freiburg  
 Kartäuserstr. 51  
 79102 **Freiburg**  
 Tel.: 0761 385080  
 info@skf-freiburg.de  
 www.skf-freiburg.de

Bezirksverein für soziale Rechtspflege  
 Vollrath-Hermisson-Haus - Anlaufstelle für  
 Inhaftierte und Haftentlassene  
 Brombergstraße 6  
 79102 **Freiburg**  
 Tel.: 0761 75587 und 73572  
 Fax: 0761 7073355  
 bezirksverein-freiburg@onlinehome.de  
 www.bezirksverein-freiburg.de

Sozialdienst katholischer Frauen  
 Diözesanverein für die Erzdiözese Freiburg  
 e. V.  
 Hildastraße 65  
 79102 **Freiburg**  
 Tel.: 0761 36480  
 Fax: 0761 289876  
 info@skf-dv-freiburg.de  
 www.skf-dv-freiburg.de

SKM Freiburg - Katholischer Verein für soziale  
 Dienste in der Stadt Freiburg e.V.  
 Stefan-Meier-Str. 131  
 79104 **Freiburg**  
 Tel.: 0761 272220  
 post@skm-freiburg.de  
 www.skm-freiburg.de

Bezirksverein für soziale Rechtspflege  
Straffälligenhilfe Lörrach  
Kirchstr.6  
79539 **Lörrach**  
Tel.: 07621 161170  
Fax: 07621 1611729  
info@bezirksverein-loerrach.de  
www.bezirksverein-loerrach.de

Verein zur Förderung der Bewährungshilfe  
im Landgerichtsbezirk Ravensburg e. V.  
Herrenstr. 42-44  
88212 **Ravensburg**  
Tel.: 0751 8062404  
Fax: 0751 8062477

Bewährungshilfeverein e.V.  
Gartenstraße 15  
88250 **Weingarten**  
Tel.: 0751 43788  
info@sozialpaed-wg.de  
www.sozialpaed-wg.de

Gemeinnütziger Verein zur Entschuldung  
Straffälliger e. V.  
Postfach 200221  
89040 **Ulm**  
Tel.: 0731 4933908  
Fax: 0731 9215274  
info@entschuldung-straffaelliger.de  
www.entschuldung-straffaelliger.de

DRK-Kreisverband Ulm e.V.  
Frauenstraße 125  
89073 **Ulm**  
Tel.: 0731 14440  
Fax: 0731 144450  
info@drk-ulm.de  
www.drk-ulm.de

Bewährungs und Straffälligenhilfe Ulm e.V.  
Zinglerstr. 71  
89077 **Ulm**  
Tel.: 0731 9359990  
Fax: 0731 93599918  
zingler71@bwhulm.de  
www.bwhulm

## Bayern

Bayern  
Sozialdienst katholischer Frauen e.V.  
Aschaffenburg  
Erbsengasse 9  
63739 **Aschaffenburg**  
Tel.: 06021 27806  
Fax: 06021 21470  
beratung@skf-aschaffenburg.de  
www.skf-aschaffenburg.de

Psychosoziale Beratungsstelle  
Treibgasse 26  
63739 **Aschaffenburg**  
Tel.: 06021 392280  
Fax: 06021 392259  
psb@caritas-aschaffenburg.de

Die Brücke e.V. Aschaffenburg - Wohnheim  
für Haftentlassene, Vermittlungsstelle für  
gemeinnützige Arbeit  
Glattbacher Straße 30  
63741 **Aschaffenburg**  
Tel.: 06021 480827  
Fax: 06021 411276  
info@bruecke-ev.de  
www.bruecke-ev.de

Bayerischer Landesverband für  
Gefangenenfürsorge und Bewährungshilfe  
e.V. - BayLGB -  
Prielmayerstraße 7  
80335 **München**  
Tel.: 089 6903845  
Fax: 089 6901563  
info@baylgb.de  
www.baylgb.de

Sozialdienst katholischer Frauen e.V. München  
Dachauer Straße 48  
80335 **München**  
Tel.: 089 559810  
Fax: 089 55981266  
info@skf-muenchen.de  
www.skf-muenchen.de

Deutscher Caritasverband  
Landesverband Bayern e. V.  
Lessingstraße 1  
80336 **München**  
Tel.: 089 544970  
info@caritas-bayern.de  
www.caritas-bayern.de

Sozialdienst katholischer Frauen,  
Landesverband Bayern e.V.  
Bavariaring 48  
80336 **München**  
Lydia Halbhuber-Gassner  
Tel.: 089 538860-16  
Fax: 089 53886020  
halbhuber-gassner@skfbayern.de  
www.skfbayern.caritas.de

Evangelische Straffälligenhilfe  
Schillerstraße 25 (Bodelschwingh-Haus)  
80336 **München**  
Tel.: 089 54594130  
Fax: 08102 774921  
straffaelligenhilfe@hilfswerk-muenchen.de

Katholische Jugendfürsorge  
Jugendhilfen Region München  
Adlzreiterstraße 22  
80337 **München**  
Tel.: 089 74647234  
Fax: 089 74647127  
region7@kjf-muenchen.de  
www.jugendhilfen-muenchen.de

Evangelisches Hilfswerk München e. V.  
Straffälligenhilfe  
Magdalenenstraße 7  
80638 **München**  
Tel.: 089 15913590  
Fax: 089 15913599  
info@hilfswerk-muenchen.de  
www.hilfswerk-muenchen.de

Condrobs e. V.  
Heßstr. 134  
80797 **München**  
Tel.: 089 3840820  
online@condrobs.de  
www.condrobs.de

Evangelischer Beratungsdienst für  
Frauen - Ambulante Beratung und Freie  
Straffälligenhilfe  
Schellingstraße 65  
80799 **München**  
Tel.: 089 2877830  
Fax: 089 28778326  
ev-beratungsdienst@hilfswerk-muenchen.de  
www.hilfswerk-muenchen.de

Evangelischer Beratungsdienst für Frauen  
Schellingstr. 65  
80799 **München**  
Tel.: 089 2877830  
ev-beratungsdienst@hilfswerk-muenchen.de

Münchner Zentralstelle für Straffälligenhilfe  
(MZS)  
Haimhauser Straße 13  
80802 **München**  
Tel.: 089 3801560  
Fax: 089 38015620  
mzs@kmfv.de  
www.kmfv.de

Condrobs e.V.  
Externe Suchtberatung in den JVA's  
Bäckerstr.4  
81241 **München**  
Tel.: 089 820756852  
externe.suchtberatung@condrobs.de  
www.condrobs.de

Bayerisches Rotes Kreuz  
Kreisverband Weilheim-Schongau  
Johannes-Damrich-Str. 5  
82362 **Weilheim**  
Tel.: 0881 92900  
Fax: 0881 929080  
info@kvweilheim-schongau.brk.de  
www.kvweilheim-schongau.brk.de

Nothilfe Birgitta Wolf e.V. - Fachstelle für  
Täter-Opfer-Ausgleich  
Postfach 1241  
82412 **Murnau**  
Tel.: 08841 6769919  
Fax: 08841 6769920  
toa@nothilfe-birgitta-wolf.de  
www.nothilfe-birgitta-wolf.de

Nothilfe Birgitta Wolf e.V. - Briefe ins  
Gefängnis - Briefkontakte  
Auweg 18  
82441 **Ohlstadt**  
Tel.: 08841 7533  
info@nothilfe-birgitta-wolf.de  
www.nothilfe-birgitta-wolf.de

Sozialdienst katholischer Frauen e.V.  
Parkstr. 9  
82467 **Garmisch-Partenkirchen**  
Tel.: 08821 966720  
Fax: 08821 9667250  
info@skf-garmisch.de  
www.skf-garmisch.de

Diakonisches Werk Rosenheim e. V.  
Ambulante Beratungsstelle  
Innstraße 72  
83022 **Rosenheim**  
Tel.: 08031 30090  
Fax: 08025 300969  
www.diakonie-rosenheim.de

Diakonisches Werk  
Kirchliche Allgemeine Sozialarbeit  
Crailsheimstraße 8a  
83278 **Traunstein**  
Tel.: 0861 9898216  
Fax: 0861 9898240  
kasa.neumann@diakonie-traunstein.de  
www.diakonie-traunstein.de

DRK - Kreisverband Berchtesgardener Land  
Riedelstr.18  
83435 **Bad Reichenhall**  
Tel.: 08651 95900  
Fax: 08651 959050  
Schreiter@kvbgl.brk.de  
www.brk-bgl.de

Bewährungshilfe Südostbayern e. V.  
Marschallstraße 3 a  
84028 **Landshut**  
Tel.: 0871 21462  
Fax: 0871 2764324  
bwh-sob@web.de  
www.bewaehrungshilfe-suedostbayern.de

Caritasverband Landshut e. V.  
Gestütstraße 4a  
84028 **Landshut**  
Tel.: 0871 805100  
Fax: 0871 805199  
info@caritas-landshut.de  
www.caritas-landshut.de

Brücke - Landshuter Netzwerk e. V.  
Herzog-Wilhelm-Straße 20  
84034 **Landshut**  
Tel.: 0871 96367135 und -144  
Fax: 0871 96367118  
hannelore.honold@landshuter-netzwerk.de  
www.bzga-rat.de

AWO Projekthaus Mühldorf e.V. - JAGUS  
Emil-Lode-Straße 2,  
84478 **Waldkraiburg**  
Tel.: 08638 88880  
Fax: 08638 888817  
jagus@awo-muehldorf.de  
www.awo-muehldorf.de

Condrobs e.V. StayIn - Kontaktladen & BEW  
Beckerstr. 10  
85049 **Ingolstadt**  
Tel.: 0841 88539595  
stay-in@condrobs.de  
www.condrobs.de

SkF Ingolstadt e.V.  
Schrannenstr. 1a  
85049 **Ingolstadt**  
Tel.: 0841 937550  
Fax: 0841 9375530  
info@skf-ingolstadt.de  
www.skf-ingolstadt.de

Caritas - Wohnheime und Werkstätten -  
Straffälligenhilfe  
Hugo-Wolf-Straße 20  
85057 **Ingolstadt**  
Tel.: 0841 49018810  
Fax: 0841 49018816  
wohnheime.werkstaetten@caritas-ingolstadt.de  
caritas-wohnheime-werkstaetten.de

Landesarbeitsgemeinschaft ehrenamtlicher  
Mitarbeiter im Strafvollzug Bayern e.V. (LAG e.V.)  
Herdweg 2a  
85652 **Pliening**  
information@lag-strafvollzug-bayern.de  
www.ehrenamt-im-strafvollzug.de

AWO Beratungsstelle für Eltern, Kinder und  
Jugendliche, Unterschleißheim  
Carl-von-Linde-Straße 40  
85716 **Unterschleißheim**  
Tel.: 089 3106645  
Fax: 089 32180888  
eb.ush@kijuhi.awo-obb.de  
www.awo-obb-familie.de

Sozialdienst katholischer Frauen e. V.  
Beratungsstelle für Frauen - Straffälligenhilfe  
Auf dem Kreuz 27  
86152 **Augsburg**  
Tel.: 0821 4503610  
Fax: 0821 45036116  
beratungsstelle.f.frauen@skf-augsburg.de  
www.skf-augsburg.de

SKM Augsburg  
Katholischer Verband für soziale Dienste  
Klinkertorstrasse 12  
86152 **Augsburg**  
Tel.: 0821 516569  
Fax: 0821 57087389  
info@skm-augsburg.de  
www.skm-augsburg.de

Drogenhilfe Schwaben gGmbH  
Jesuitengasse 9  
86152 **Augsburg**  
Tel.: 0821 3439010  
jva@drogenhilfeschwaben.de  
www.drogenhilfeschwaben.de

SKM Donau-Ries  
Katholischer Verband für soziale Dienste e.V.  
Johannes-Traber-Str. 7  
86609 **Donauwörth**  
Tel.: 0906 29994920  
Fax: 0906 29994921  
stephanie.sedelmeier@skm-donau-ries.de  
www.skm-donau-ries.de

SKM Neuburg e. V. - Straffälligenhilfe  
Spitalplatz C 193  
86633 **Neuburg a. d. Donau**  
Tel.: 08431 6488110  
Fax: 08431 6488100  
skm.neuburg@gmx.de  
www.caritas-neuburg.de

Herzogsägmühle- Fachbereich Menschen in  
besonderen Lebenslagen  
Kapellenfeld 5  
86971 **Peiting-Herzogsägmühle**  
Tel.: 08861 219265  
frank.schmidt@herzogsaegmuehle.de  
www.herzogsaegmuehle.de

Straffälligenhilfe Allgäu e.V.  
Postfach 25 02  
87415 **Kempten**  
Tel.: 0831 12811  
Fax: 0831 12811  
info@straffaelligenhilfe.org  
www.straffaelligenhilfe.org

Bayerisches Rotes Kreuz  
Kreisverband Oberallgäu  
Haubenschloßstraße 12  
87435 **Kempten**  
Tel.: 0831 522920  
Fax: 0831 5229216  
info@kvoberallgaeu.brk.de  
www.brk-oberallgaeu.drk.de

SKM Katholischer Verein für soziale Dienste  
Memmingen und Unterallgäu e.V.  
Hintere Gerbergasse 8  
87700 **Memmingen**  
Tel.: 08331 961360  
Fax: 08331 9613629  
skm-memmingen@t-online.de  
www.skmev.de

Zentralstelle für Straftlassenenhilfe  
Marienstraße 23  
90402 **Nürnberg**  
Tel.: 0911 222855  
kontakt@zfs-n.de  
www.straftlassenenhilfe.de

Caritasverband Nürnberg e. V.  
Allegemeine Soziale Beratung  
Obstmarkt 28  
90403 **Nürnberg**  
Tel.: 0911 23540  
Fax: 0911 2354149  
geschaeftsstelle@caritas-nuernberg.de  
www.caritas-nuernberg.de

Stadtmission Nürnberg e. V.  
Sozialtherapeutisches Wohnheim  
Pirckheimer Str. 16a,  
90408 **Nürnberg**  
Tel.: 0911 35050  
Fax: 0911 3505100  
info@stadtmission-nuernberg.de  
www.stadtmission-nuernberg.de

TREFFPUNKT e.V. - Beratungsstelle für  
Angehörige von Inhaftierten  
Fürther Str. 212  
90429 **Nürnberg**  
Tel.: 0911 2747694  
Fax: 0911 2747693  
bai@treffpunkt-nbg.de  
www.treffpunkt-nbg.de

SKF Nürnberg e. V.  
Leyher Straße 31/33  
90431 **Nürnberg**  
Tel.: 0911 310780  
Fax: 0911 3107820  
info@skf-nuernberg.de  
www.skf-nuernberg.de

Arbeitskreis Resozialisierung  
Stadtmission Nürnberg e. V.  
Kraußstraße 5  
90443 **Nürnberg**  
Tel.: 0911 37667100  
Fax: 0911 37667107  
ak-reso@stadtmission-nuernberg.de  
www.ak-reso.de

Stadtmission Nürnberg e. V.  
Sozialtherapeutisches Wohnen  
Berliner Platz 8  
90489 **Nürnberg**  
Tel.: 0911 815250  
Fax: 0911 8152530  
BeWo@stadtmission-nuernberg.de  
www.bewo-stadtmission-nuernberg.de

Caritasverband für die Stadt und den  
Landkreis Fürth e.V.  
Allgemeine soziale Beratung  
Königstraße 112 – 114  
90762 **Fürth**  
Telefon 0911 74050-40  
zentrale@caritas-fuerth.de

Bayerisches Rotes Kreuz - Kreisverband Fürth  
Henri-Dunant-Str. 11  
90762 **Fürth**  
Tel.: 0911 779810  
Fax: 0911 7798138  
info@brkfuerth.de  
www.brkfuerth.de

SkF Erlangen e. V.  
Luitpoldstr. 5  
91054 **Erlangen**  
Tel.: 09131 25870  
Fax: 09131 209970  
info@skf-erlangen.de  
www.skf-erlangen.de

Caritasverband im Landkreis Nürnberger Land  
Allgemeine soziale Beratung  
Altdorfer Str. 45  
91207 **Lauf a. d. Pegnitz**  
Tel.: 09123 962680  
info@caritas-nuernberger-land.de

Arbeiterwohlfahrt (AWO)  
Kreisverband Roth-Schwabach e. V.  
Wittelsbacherstraße 2  
91126 **Schwabach**  
Tel.: 09122 93410  
Fax: 09122 934180  
s.farnbacher@awokvrhsc.de

Caritasverband für den Landkreis  
Forchheim e. V.  
Allgemeine Soziale Beratung  
Birkenfelderstraße 15  
91301 **Forchheim**  
Tel.: 09191 7072-24  
soziale.beratung@caritas-forchheim.de

Caritasverband Scheinfeld und Landkreis  
Neustadt a. d. Aisch - Bad Windsheim e.V.  
Allgemeine Soziale Beratung  
Ansbacher Straße 6  
91413 **Neustadt/Aisch**  
Tel.: 09161 8889-15  
info@caritas-nea.de

Caritasverband für die Stadt und den  
Landkreis Ansbach e.V.  
Soziale Beratungsstelle  
Bahnhofsplatz 11  
91522 **Ansbach**  
Telefon 0981 97168-23  
sozialeberatung@caritas-ansbach.de

Straffälligenhilfe - Netzwerk im  
Landgerichtsbezirk Ansbach e.V.  
Schernberg 28  
91567 **Herrieden**  
Tel.: 09825 2729729  
wolkepp@web.de  
www.straffaelligenhilfe-ansbach.de

Caritasverband Amberg-Sulzbach  
Dreifaltigkeitsstraße 3  
92224 **Amberg**  
Tel.: 09621 47550  
Fax: 09621 475519  
Verband@caritas-amberg.de  
www.caritas-amberg.de/

Caritasverband für den Landkreis Schwandorf  
e. V.  
Ettmamsdorfer Str. 19 - 21  
92421 **Schwandorf**  
Tel.: 09431 38160  
Fax: 09431 381615  
www.caritas-schwandorf.de  
info@caritas-schwandorf.de

Caritas Weiden-Neustadt / Waldnaab e. V  
Nikolaistraße 6  
92637 **Weiden i. d. Oberpfalz**  
Tel.: 0961 389140  
Fax: 0961 3891448  
geschaeftsstelle@caritas-weiden.de  
www.caritas-weiden.de

RBS - Regensburger Beratungsstelle für  
Straffällige und Gefährdete  
Geschäftsführung Kontakt Regensburg e. V.  
Hemauerstr. 6  
93047 **Regensburg**  
Tel.: 0941 5674580  
Fax: 0941 5674582  
info@kontakt-regensburg.de  
www.kontakt-regensburg.de

Caritasverband für die Diözese Regensburg e. V.  
Von-der-Tann-Str. 7  
93047 **Regensburg**  
Tel.: 0941 50210  
Fax: 0941 5021125  
info@caritas-regensburg.de  
www.caritas-regensburg.de

Caritas Haus St. Rita - Einrichtung für Frauen  
in besonderen Lebenslagen - Regensburg  
Bahnhofstraße 15  
93047 **Regensburg**  
Tel.: 0941 5851000  
Fax: 0941 58510020  
info@haus-sankt-rita.de  
www.haus-sankt-rita.de

Caritas Übergangshaus für alleinstehende  
Männer - Regensburg  
Thurmayerstr. 9  
93049 **Regensburg**  
Tel.: 0941 26841  
Fax: 0941 6411252  
info@uebergangshaus.de  
www.caritas-regensburg.de

Caritasverband für die Diözese Passau e.V.  
Steinweg 8  
94032 **Passau**  
Tel.: 0851 3920  
Fax: 0851 392177  
info@caritas-passau.de  
www.caritasverband-passau.de

Caritasverband für die Stadt Straubing und  
den Landkreis Straubing-Bogen e. V.  
Obere Bachstraße 12  
94315 **Straubing**  
Tel.: 09421 99120  
info@caritas-straubing.de  
www.caritas-straubing.de

Caritasverband für Stadt- und  
Landkreis Hof e.V.  
Marienstraße 56  
95028 **Hof**  
Tel.: 092 81140170  
Fax: 09281 1401750  
info@caritas-hof.de  
www.caritas-hof.de

Caritasverband für den Landkreis Kulmbach e.V.  
Bauergasse 3+5  
95326 **Kulmbach**  
Tel.: 09221 95726  
Fax: 09221 957444  
info@caritas-kulmbach.de  
www.caritas-kulmbach.de

Kontakt - Verein für psychosoziale Hilfen e.V.  
Friedrich-von-Schiller-Str. 22-24  
95444 **Bayreuth**  
Tel.: 0921 82442  
Fax: 0921 2305603  
alf.beer@web.de  
www.kontakt-bayreuth.de

Caritasverband für die Stadt und den  
Landkreis Bayreuth e.V.  
Allgemeine Soziale Beratung  
Bürgerreuther Straße 9  
95444 **Bayreuth**  
Telefon 0921 78902-0  
info@caritas-bayreuth.de

Caritasverband für den Landkreis  
Tirschenreuth e.V.  
Kirchplatz 6  
95643 **Tirschenreuth**  
Tel.: 09631 798920  
Fax: 09631 7989220

Sozialdienst katholischer Frauen  
Ortsverein Kronach e.V.  
Andreas-Limmer-Str. 5  
96317 **Kronach**  
Tel.: 09261 20621  
Fax: 09261 506436  
skf-kronach@t-online.de  
www.skf-kronach.de

Caritasverband für den Landkreis Lichtenfels  
e.V.  
Allgemeine Sozialberatung  
Schloßberg 2  
96215 **Lichtenfels**  
Telefon 09571 939160  
sb@caritas-lif.de

Caritasverband für die Stadt und  
den Landkreis Coburg e.V.  
Ernst-Faber-Straße 12  
96450 **Coburg**  
Tel.: 09561 81440  
Fax: 09561 24608  
sozialeberatung@caritas-coburg.de  
www.caritas-coburg.de

Kurzzeitübernachtung für Wohnungslose und  
Strafentlassene - Christophorus Gesellschaft  
Wallgasse 3  
97070 **Würzburg**  
Tel.: 0931 3210213  
Fax: 0931 3210259  
kzue@christophorus-wuerzburg.de  
www.christophorus-wuerzburg.de

Zentrale Beratungsstelle für Strafentlassene  
Christophorus Gesellschaft  
Wallgasse 3  
97070 **Würzburg**  
Tel.: 0931 3210218  
Fax: 0931 3210259  
info.zbs@christophorus-wuerzburg.de  
www.christophorus-wuerzburg.de

Zentrale Beratungsstelle für Wohnunglose  
Christophorus Gesellschaft  
Wallgasse 3  
97070 **Würzburg**  
Tel.: 0931 3210217  
Fax: 0931 3210259  
info.zbs@christophorus-wuerzburg.de  
www.christophorus-wuerzburg.de

Johann-Weber-Haus (sozialtherapeutisches  
Wohnheim für Männer)  
Christophorus Gesellschaft  
Haugerring 4  
97070 **Würzburg**  
Tel.: 0931 321020  
Fax: 0931 3210250  
gerhard.jwh@christophorus-wuerzburg.de  
www.christophorus-wuerzburg.de

AGS - Aktionsgemeinschaft Sozialisation e.V. -  
Ambulante Jugend- und Straffälligenhilfe für  
Mainfranken  
Füchsleinstr. 1  
97080 **Würzburg**  
Tel.: 0931 56224  
Fax: 0931 57682  
mail@ags-jugendhilfe.de

Sozialdienst katholischer Frauen e.V.  
Würzburg - Geschäftsstelle -  
Wilhelm-Dahl-Straße 19  
97082 **Würzburg**  
Tel.: 0931 419040  
Fax: 0931 416435  
info@skf-wue.de  
www.skf-wue.de

SkF Schweinfurt  
Sozialdienst katholischer Frauen e. V.  
Friedrich-Stein-Straße 28  
97421 **Schweinfurt**  
Tel.: 09721 209583  
Fax: 09721 2095850  
info@skf-schweinfurt.de  
www.skf-schweinfurt.de

Heimathof Simonshof - Wohn- und  
Pflegeheim für Personen in besonderen  
Lebenslagen  
Simonshof 1  
97654 **Bastheim**  
Tel.: 09773 810  
Fax: 09773 5159  
info@caritas-simonshof.de  
www.caritas-simonshof.de

SET-FREE e. V.  
Das Netzwerk für Gefangene  
c/o Gruber  
Aubinger Str. 69  
81243 **München**  
Tel.: 089 80926895  
info@set-free-network.de  
http [//set-free-network.de/die-vision.php](http://set-free-network.de/die-vision.php)

Leonhard gemeinnützige GmbH  
Unternehmertum für Gefangene  
Postfach 14 05  
82156 **Gräfelfing**  
Tel.: 089 85670364  
info@leonhard.eu  
www.leonhard.eu

CiSS e.V.  
An den Rampen 29  
90443 **Nürnberg**  
Tel.: 0911 12032727  
Fax: 0922 12032729  
info@cissev.de  
www.cissev.de

## Berlin

FREIE HILFE BERLIN e.V.  
Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe  
Brunnenstr. 28  
10119 **Berlin**  
Tel.: 030 44362440  
Fax: 030 44362453  
kontakt@freihilfe.de  
www.freihilfe-berlin.de

Jugendgemeinschaftswerk beim  
Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.  
Buchberger Str. 4-12  
10365 **Berlin**  
Tel.: 030 55009246  
Fax: 030 55009246

ASH Alkoholiker-Strafgefangenen-Hilfe e.V.  
Beratungsstelle Filmriss  
Erasmusstr. 17  
10553 **Berlin**  
Tel.: 030 3452797  
Fax: 030 3445099  
ash.ev@freenet.de

Berliner Stadtmission  
Projekt Drinnen und Draußen  
Lehrter Str. 69  
10557 **Berlin**  
Tel.: 030 208863023  
drinnenunddraussen@berliner-stadtmission.de

www.berliner-stadtmission.de  
Wohnhilfe Lehrter Straße  
Lehrter Straße 69  
10557 **Berlin**  
Tel.: 030 2088630501  
wh-lehrterstr@berliner-stadtmission.de  
www.berliner-stadtmission.de

Straffälligen- und Bewährungshilfe Berlin e.V.  
Bundesallee 42  
10715 **Berlin**  
Tel.: 030 8647130  
Fax: 030 86471349  
info@sbh-berlin.de  
www.sbh-berlin.de

Neustart e.V.  
Christliche Lebenshilfe  
Kurfürstenstraße 133  
10785 **Berlin**  
Tel.: 030 26367458  
info@neustart-ev.de  
www.neustart-ev.de

Stiftung Gustav Radbruch  
Salzburger Straße 21-25  
10825 **Berlin**  
Tel.: 030 90133385

AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.  
Heinrich-Albertz-Haus, Blücherstraße 62/63  
10961 **Berlin**  
Tel.: 030 263090  
Fax: 030 2630932599  
info@awo.org  
www.awo.org

Deutsche AIDS-Hilfe e. V.  
Wilhelmstraße 138  
10963 **Berlin**  
Tel.: 030 6900870  
Fax: 030 69008742  
dah@aidshilfe.de  
www.aidshilfe.de

Verband alleinerziehender Mütter und  
Väter Bundesverband e. V.  
Hasenheide 70  
10967 **Berlin**  
Tel.: 030 6959786  
Fax: 030 69597877  
kontakt@vamv.de  
www.vamv.de

Carpe Diem e.V.  
Delbrückstrasse 27  
12051 **Berlin**  
Tel.: 030 61284777/864  
Fax: 030 61284866  
verwaltung@carpe-diem-berlin.de  
www.carpe-diem-berlin.de

Universal-Stiftung Helmut Ziegner  
 Jägerstraße 39a  
 12209 **Berlin**  
 Tel.: 030 7730030  
 Fax: 030 77300330  
 info@universal-stiftung.de  
 www.universal-stiftung.de

Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Berlin  
 Beratungsstelle Tamar  
 Nazarethkirchstraße 36  
 13347 **Berlin**  
 Tel.: 030 4554031  
 Fax: 030 437227-56  
 tamar@skf-berlin.de  
 www.skf-berlin.de

IsA-K Integration statt Ausgrenzung  
 Frauenprojekt zur Tilgung von Geldstrafen  
 und gerichtlichen Auflagen  
 AWO Kreisverband Mitte e.V.  
 Prinzenallee 74  
 13357 **Berlin**  
 Tel.: 030 49910547  
 Fax: 030 49910548  
 info@isa-k.de  
 www.isa-k.de

Arbeiterwohlfahrt  
 Kreisverband Berlin - Mitte e.V.  
 Integration statt Ausgrenzung  
 Kleiderwerkstatt  
 Prinzenallee 74  
 13357 **Berlin**  
 Tel.: 030 49910547  
 info@isa-k.de

Second Hemd - soziales Beschäftigungs- und  
 Betreuungsprojekt  
 Prinzenallee 75  
 13358 **Berlin**  
 Tel.: 030 49910547  
 Fax: 030 49910548  
 info@isa-k.de  
 www.isa-k.de

Frauen-Wohnprojekt der AWO KV Mitte e.V.  
 Prinzenallee 25/26  
 13359 **Berlin**  
 Tel.: 030 45798060  
 Fax: 030 457980622  
 schlemmer@awo-mitte.de

Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.  
 Residenzstraße 90  
 13409 **Berlin**  
 Tel.: 030 666330  
 Fax: 030 666331029  
 www.caritas-erzbistum-berlin.de

Schuldner- und Insolvenzberatung für den  
 Berliner Strafvollzug (SIB)  
 Berliner Stadtmission  
 Soziale Dienste gGmbH  
 Bernburger Str. 3-5  
 10963 **Berlin**  
 Tel.: 030 23004303  
 Fax: 030 23004310  
 sib-strafovollzug(at)berliner-stadtmission.de  
 www.berliner-stadtmission.de/sib

Sozialdenker  
 Otawistr. 21  
 13351 **Berlin**  
 Tel.: 030-57701428  
 beratung@die.sozialdenker.info  
 www.die-sozialdenker.de

## Brandenburg

HSI Netzwerkkoordination xit und  
 ERGOKONZEPT GbR  
 Adresse  
 Yorckstraße 4  
 14467 **Potsdam**  
 Tel.: 0331 2014890  
 moeller@ergokonzept.de

DRK Landesverband Brandenburg e.V.  
 Alleestr. 5  
 14469 **Potsdam**  
 Tel.: 0331 28640  
 Fax: 0331 293284  
 info@drk-lv-brandenburg.de  
 www.drk-brandenburg.de

## GFB

Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung  
Brandenburger Kinder und Jugendlicher mbH  
Behlertstr.27a  
14469 **Potsdam**  
Tel.: 0331 279090  
gs@gfb-potsdam.de  
www.gfb-potsdam.de

rückenwind - Arbeits- und Sozialprojekte  
Brandenburg e.V.  
Waldhornweg 17  
14480 **Potsdam**  
Tel.: 0331 705980  
Fax: 0331 705982  
info@aspb-potsdam.de  
www.aspb-potsdam.de

## Horizont e.V.

Arbeit statt Strafe  
Gebhard-Eckler-Straße 3  
14641 **Nauen**  
Tel.:03321 455341  
Fax: 03321 450259  
info@horizont-nauen.de  
www.horizont-nauen.de/html/  
ambulanteAngebote.htm

## HUMANITAS e. V.

Gefangenenhilfe- Brandenburg  
Geschwister - Scholl - Straße 20  
14776 **Brandenburg an der Havel**  
Tel.: 03381 796782  
Fax: 03381 2099488  
info@gefangenenhilfe-brandenburg.de  
www.gefangenenhilfe-brandenburg.de

Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung  
Brandenburger Kinder und Jugendlicher mbH  
-GFB-

Ambulante, soziale und berufsorientierende  
Angebote  
Käthe-Kollwitz-Straße 72a  
14943 **Luckenwalde**  
03371 402606  
info@gfb-potsdam.de  
www.gfb-potsdam.de

Caritasverband für Erzbistum Berlin, e.V.  
Straffälligenhilfe, HSI-Projekt, Ehrenamt im

## Strafvollzug (JVA Wriezen)

Leipziger Straße 39  
15232 **Frankfurt (Oder)**  
Tel.: 0335 5654161  
straffaelligenhilfe-frankfurt-oder@caritas-  
brandenburg.de

## Jugendwerkstatt Hönow e.V.

Ambulante, soziale berufsorientierende  
Angebote  
Am Annatal 58  
15344 **Strausberg**  
Tel.: 03341 445706  
Fax: 03341 356816  
mediationsbuero@jugendwerkstatt-hoenow.de  
www.jugendwerkstatt-hoenow.de

## DRK - Kreisverband Strausberg

Prötzeler Chaussee 4a  
15344 **Strausberg**  
Tel.: 03341 22926  
Fax: 03341 23234

Berufsbildungsverein Eberswalde e.V. Anlauf-  
und Beratungsstelle JVA Wriezen

Angermünder Chaussee 9  
16225 **Eberswalde**  
Tel.: 03334 20 22 530  
info@bbv-eberswalde.de  
www.bbv-eberswalde.de

## Uckermärkischer Bildungsverbund gGmbH

Arbeit statt Strafe  
Landgerichtsbezirk  
Frankfurt(Oder)  
Kunower Straße 3  
16303 **Schwedt**  
Tel.:03332 450910  
Fax: 03332 450979  
h.rosenthal@ubv-schwedt.de  
www.ubv-schwedt.de

## DRK Kreisverband Niederbarnim e.V.

Börnicker Chaussee 1  
16321 **Bernau bei Berlin**  
Tel.: 03338 75386  
Fax: 03338 753873  
drknb.gst@pnsr.de  
www.drk-niederbarnim.de

Jugendrechtshaus Neuruppin  
 Franz-Künstler-Str. 8  
 16816 **Neuruppin**  
 Tel.: 03391 404220 / 404222  
 Fax: 03391 404221  
 jugendrechtshaus-nr@aspb-potsdam.de  
 www.aspb-potsdam.de

Outlaw g GmbH  
 Ambulante, soziale und berufsorientierend  
 Angebote  
 Karl-Liebknecht-Straße 6  
 16816 **Neuruppin**  
 Tel.: 03391 60 68  
 Fax: 03391 397768  
 hsi@outlaw-jugendhilfe.de  
 www.outlaw-jugendhilfe.de

DRK Kreisverband  
 Uckermark West / Oberbarnim e.V.  
 Kreisgeschäftsstelle Stettiner Straße 5  
 17291 **Prenzlau**  
 Tel.: 03984 872021  
 Fax: 03984 872040  
 cdrath@kv-uckermark-west.drk.de  
 www.drk-umw-ob.de

DRK Kreisverband Prignitz e.V.  
 Kreisgeschäftsstelle  
 Friedensstraße 4b  
 19348 **Perleberg**  
 Tel.: 03876 791480  
 Fax: 03876 7914830  
 drkperleberg@t-online.de  
 www.drk-prignitz.de

Caritas-Sozialstation Perleberg  
 Wittenberger Straße 58  
 19348 **Perleberg**  
 Tel.: 03876 79730  
 Fax: 03876 797337  
 caritas-sozialstation@prignitz.de  
 www.dicvberlin.caritas.de

CJD Prignitz  
 Haftvermeidung durch soziale  
 Integration (HSI)  
 Reetzer Straße 73  
 19348 **Perleberg**  
 Tel.: 03876 783429  
 Fax: 03876 783430  
 hsi@cjdprignitz.de  
 www.cjd-prignitz.de

Cottbuser Jugendrechtshaus e.V.  
 Ambulante, soziale und berufsorientierende  
 Angebote  
 Straße der Jugend 33  
 03050 **Cottbus**  
 Tel.: 0355 4948565  
 Fax: 0355 4948566  
 jugendrechtshaus.crash@jrbb.de  
 www.cottbuser-jugendrechtshaus.de

Caritas-Regionalstelle Cottbus  
 Straffälligenhilfe  
 Straße der Jugend 23  
 03046 **Cottbus**  
 Tel.: 0355 23105  
 Fax: 0355 38003746  
 regionalstelle@caritas-cottbus.de  
 www.caritas-cottbus.de

## Bremen

GISBU mbH - Straffälligenhilfe  
 Schiffdorfer Chaussee 30  
 27574 **Bremerhaven**  
 Tel.: 0471 947580  
 Fax: 0471 9475820  
 gisbu@diakonie-bhv.de  
 www.gisbu.de

Verein Bremische Straffälligenbetreuung  
 Faulenstraße 48-52  
 28195 **Bremen**  
 Tel.: 0421 792930  
 Fax: 0421 75821  
 vbs@straffaelligenhilfe-bremen.de  
 www.straffaelligenhilfe-bremen.de

Zentralstelle für Straffälligenhilfe Bremen  
Bahnhofsplatz 29  
28195 **Bremen**  
Tel.: 0421 3614179  
Fax: 0421 3616219  
beratung@straffaelligenhilfe-bremen.de  
www.straffaelligenhilfe-bremen.de

Täter-Opfer-Ausgleich Bremen  
Sögestr. 62  
28195 **Bremen**  
Tel.: 0421 3365400  
Fax: 0421 7941120  
info@toa-bremen.de  
www.toa-bremen.de

Hoppenbank e.V.  
Förderung und Begleitung von  
haftentlassenen, inhaftierten und  
haftbedrohten Menschen im Prozess der  
sozialen und beruflichen Integration  
Buntentorsteinweg 501  
28201 **Bremen**  
Tel.: 0421 870725/8718171  
hoppenbank@onlinehome.de  
www.hoppenbank.info

Bremer Verein für Jugendhilfe &  
Soziale Arbeit e.V.  
Ludwig-Beck-Str. 2a  
28327 **Bremen**  
Tel.: 0421 4376721

Lüssumer Turnverein v. 1848  
Abteilung für Integrationshilfen  
Bockhorner Weg 10  
28779 **Bremen**  
Tel.: 0421 603790  
integration@luessumer-tv.de

Sozialberatungsstelle für Straffällige  
und Angehörige  
Verein Bremische Straffälligenbetreuung  
Bahnhofsplatz 29 (Tivoli Hochhaus, 1. Etage)  
28195 **Bremen**  
Tel.: 0421 361-6201, -6190, -6232, -16584  
beratung@straffaelligenhilfe-bremen.de  
www.straffaelligenhilfe-bremen.de

VBS Schuldner- und Insolvenzberatung  
Verein Bremische Straffälligenbetreuung  
Faulenstr. 48  
28195 **Bremen**  
Tel.: 0421 79293-0  
vbs@straffaelligenhilfe-bremen.de  
www.straffaelligenhilfe-Bremen.de

## Hamburg

Aktive Suchthilfe e.V. Hamburg  
Repsoldstraße 4  
20097 **Hamburg**  
Tel.: 040 2802170  
Fax: 040 2802171  
info@aktive-suchthilfe.de  
www.aktive-suchthilfe.de

SKM in Hamburg e. V.  
Danziger Straße 66  
20099 **Hamburg**  
Tel.: 040 2801400  
Fax: 040 28014095  
info@caritas-hamburg.de  
www.caritas-hamburg.de

Integrationshilfen e. V. - Verein zur Förderung  
sozial Benachteiligter, insbesondere  
Haftentlassener  
Steindamm 32  
20099 **Hamburg**  
Tel.: 040 3195705  
Fax: 040 76970415

Hamburger Fürsorgeverein, Anlaufstelle für  
Angehörige von Straffälligen Menschen  
Holstenglacis 4  
20355 **Hamburg**  
Tel.: 040 35017924  
anlaufstelle.holstenglacis@hamburger-  
fuersorgeverein.de

Kommunikationszentrum e.V.  
Fachkreis Gewaltprävention  
Alfredstr. 1  
22087 **Hamburg**  
Tel.: 040 417490  
E-Post@kommunikationszentrum-ev.de

Stiftung Schuldenregulierungsfonds  
Max-Brauer-Allee 138  
22765 **Hamburg**  
Tel.: 040 300337520  
Fax: 040 300337521  
mail@hamburger-fuersorgeverein.de  
www.hamburger-fuersorgeverein.de

Bezirksamt Eimsbüttel - Fachamt Straffälligen-  
und Gerichtshilfe - Abteilung Erwachsene -  
Haftentlassungshilfe  
Platz der Republik 6  
22765 **Hamburg**  
Tel.: 040 428112338  
Fax: 040 428112348

Hamburger Fürsorgeverein - Projekt „50  
Wohnungen für Haftentlassene“  
Max-Brauer-Allee 138  
22765 **Hamburg**  
Tel.: 040 38086964  
regina.mislinski-stadler@hamburger-  
fuersorgeverein.de  
www.hamburger-fuersorgeverein.de

Hamburger Fürsorgeverein  
Max-Brauer-Allee 138  
22765 **Hamburg**  
Tel.: 040 300337514  
mail@hamburger-fuersorgeverein.de  
www.hamburger-fuersorgeverein.de

## Hessen

Soziale Hilfe e.V.  
Kölnische Straße 35  
34117 **Kassel**  
Tel.: 0561 7073800  
Fax: 0561 7073820  
info@soziale-hilfe-kassel.de  
www.soziale-hilfe-kassel.de

Allgemeine Sozial- und Lebensberatung  
Caritasverband Nordhessen-Kassel e.V.  
Die Freiheit 2  
34117 **Kassel**  
Tel.: 0561 7004216  
Fax: 0561 7004250  
birgit.branss@caritas-kassel.de  
www.rcvkassel.caritas.de

Eingliederungshilfe Marburg e.V.  
Heusingerstr. 1  
35037 **Marburg**  
Tel.: 0642 124114  
Fax: 0642 15908682  
buero.egh@web.de  
egh-marburg.de

Diakonisches Werk in Hessen  
und Nassau e. V.  
Regionales Diakonisches Werk Gießen  
Beratungsstelle für Straffälligenhilfe  
Gartenstraße 11  
35390 **Gießen**  
Tel.: 0641 932280  
Fax: 0641 9322837  
kontakt@diakonie-giessen.de  
www.diakonie-giessen.de

Freie Straffälligenhilfe  
Dammstr.4  
35390 **Gießen**  
Tel.: 0641 30190250  
siegfried.kalinowski@diakonie-giessen.de  
www.diakonie-giessen.de

AKTION - Perspektiven für junge Menschen  
und Familien  
Frankfurter Str. 48  
35392 **Gießen**  
Tel.: 0641 71020  
gf@aktion-verein.org  
www.aktion-verein.org

Diakonisches Werk Wetterau  
Langgasse 22-24  
35510 **Butzbach**  
Tel.: 0603 3966690  
straffaelligenhilfe@diakonie-wetterau.de  
www.diakonie-wetterau.de

Fliedner - Verein Butzbach e.V.  
Gefangenenfürsorgeverein für die  
Justizvollzugsanstalten Gießen und Butzbach  
Kleeburger Straße 23  
35510 **Butzbach**  
Tel.: 0603 38933110  
Fax: 0603 8933909  
fliednerverein@gmx.de  
www.fliednerverein-butzbach.de

Caritasverband für das Bistum Fulda  
Referent Soziale Dienste - Straffälligenhilfe  
Wilhelmstraße 2  
36037 **Fulda**  
Tel.: 0661 2428130  
Fax: 0661 2428-112

Caritasverband für die Regionen Fulda  
und Geisa e.V., Straffälligen- und  
Haftentlassenenhilfe  
Kronhofstr. 1  
36037 **Fulda**  
Tel.: 0661 24277313  
haftentlassenenhilfe@caritas-fulda.de  
www.rcvfulda.caritas.de

Perspektivwechsel e.V.  
Bäckerweg 11  
60316 **Frankfurt**  
Tel.: 069 436766  
Fax: 069 449709  
info@perspektivwechsel.org  
www.perspektivwechsel.org

AG TuWas, ALG II / Sozialhilfeberatung  
Fachhochschule Frankfurt am Main,  
Fachbereich 4  
Gleimstraße 3  
60318 **Frankfurt**  
Tel.: 069 15332829 (nur Montags 17-19 Uhr;  
nicht in den Semesterferien)  
Fax: 069 15332633  
beratung@agtuwas.de  
www.agtuwas.de

Howard-Philipps-Haus  
Eschenheimer Anlage 24  
60318 **Frankfurt**  
Tel.: 069 558803  
info@fvfph.de  
www.fvfph.de

Haftentlassenenhilfe e.V.  
Arnsburger Str.58a  
60385 **Frankfurt**  
Tel.: 069 9450520  
info@heh-ev.de  
www.haftentlassenenhilfe-ev.de

Förderung der Bewährungshilfe  
in Hessen e.V.  
Neebstr. 3  
60385 **Frankfurt**  
Tel.: 069 97768106  
Fax: 069 451570  
office@fbh-ev.de  
www.fbh-ev.de

Anlaufstelle für straffällig gewordene Frauen  
AWO KV Frankfurt  
Mainkurstraße 35  
60385 **Frankfurt**  
Tel.: 069 448967  
Fax: 069 495779  
almuth.kummerow@awo-frankfurt.de  
www.awo-frankfurt.de

Diakonisches Werk Offenbach  
Straffälligenhilfe  
Gerberstraße 15  
63065 **Offenbach**  
Tel.: 069 82977027  
straffaelligenhilfe@diakonie-of.de  
www.diakonie-of.de/

Diakonisches Werk Offenbach  
Arthur-Zitscher-Str. 13  
63065 **Offenbach**  
Tel.: 069 8297700/18  
diakoniezentrum@diakonie-of.de  
www.diakonie-of.de/

Diakonisches Werk Darmstadt - Dieburg  
Kießstraße 14  
64283 **Darmstadt**  
Tel.: 06151 926123  
straffaelligenhilfe@dw-darmstadt.de  
www.dw-darmstadt.de

Gefangenen-Nichtsesshaftenhilfe  
Darmstadt e.V.  
Emil-Voltz-Str. 12  
64291 **Darmstadt**  
Tel.: 06151 376367  
gnd-darmstadt@gmx.de  
www.gnd-ev.de

Ausblick e.V.  
Förderverein der JVA Weiterstadt  
Vor den Löserbecken 4  
64331 **Weiterstadt**  
Tel.: 061 06666510  
vorsitzender@ausblickweiterstadt.de  
www.ausblickweiterstadt.de

Horizont e.V.  
Groß-Umstädter Str. 16  
64807 **Dieburg**  
Tel.: 06071 200902  
Fax: 006071 200910  
kontakt@horizont-dieburg.de  
www.horizont-ev-dieburg.de

Stiftung „Resozialisierungsfonds für  
Straffällige“ im Hessischen Ministerium  
der Justiz, für Integration und Europa  
Luisenstraße 13  
65185 **Wiesbaden**  
Tel.: 0611 322611  
Fax: 0611 322868  
info@resofonds-hessen.de  
www.resofonds-hessen.de

Diakonisches Werk in Hessen & Nassau e.V.  
Regionales Diakonisches Werk  
Groß-Gerau / Rüsselsheim  
Weserstraße 34  
65428 **Rüsselsheim**  
Tel.: 06142 68041  
Fax: 06142 14211  
info@diakonie-kreisgg.de  
www.diakonie-kreisgg.de

Verein für Straffälligenhilfe Wiesbaden  
Konrad-Adenauer-Ring 53  
65187 **Wiesbaden**  
Tel.: 0611 2679203  
Fax: 0611 2679213  
kontakt@straffaelligenhilfe-wiesbaden.de  
www.straffaelligenhilfe-wiesbaden.de

## Mecklenburg-Vorpommern

Sozialer Trainingskurs für Jugendliche/Täter-  
Opfer-Ausgleich AWO  
Landkreis Uecker - Randow e.V.  
Karslfelder Straße 1  
17358 **Torgelow**  
Tel.: 03973 210033  
spf-h-torgelow@awo-uer.de

Caritas Mecklenburg e.V.  
Kreisverband Mecklenburg - Strelitz  
Heidmühlenstraße 17  
17033 **Neubrandenburg**  
Tel.: 0395 581450  
www.caritas-mecklenburg.de

Sozialwerk der Evangelisch-Freikirchlichen  
Gemeinde Malchin Teterow e.V.  
Rudolf-Fritz-Straße 1a  
17139 **Malchin**  
Tel.: 03994 632584  
Fax: 03994 222103  
info@sozialwerk.net  
www.sozialwerk-online.de/

Täter-Opfer-Ausgleich  
AWO Kreisverband Müritz e.V.  
Richard-Wossidlo-Straße 5b  
17192 **Waren (Müritz)**  
Tel.: 03991 18220  
Fax: 03991 182220  
kv@awo-mueritz.de  
www.awo-mueritz.de

T. E. S. A.  
AWO Mecklenburg-Strelitz gGmbH  
Schlossstr. 10  
17235 **Neustrelitz**  
Tel.: 03981 206454  
Fax: 03981 239255  
wndh@awo-chemnitz.de  
www.awo-chemnitz.de

„Der Weg“ Stationäre Einrichtung für  
delinquente Jugendliche und junge  
Erwachsene AWO Uecker- Randow e.V.  
Stettiner Str. 24  
17367 **Eggesin**  
Tel.: 039779 21873  
der.weg@awo-uer.de  
www.awo-mv.de

DRK-KV Ostvorpommern e.V. - Allgemeine  
Sozialberatung - Geschäftsstelle Wolgast  
Kronwiekstraße 17  
17438 **Wolgast**  
Tel.: 03836 2371981  
Fax: 03836 237618  
utke@drk-ovp.de  
www.drk-ovp.de

Phönix e.V.  
Verein zur Resozialisierung Rostock  
Graf- Schack- Str.5  
18055 **Rostock**  
Tel.: 0381 4922806  
Fax: 0381 4583146

Caritas Mecklenburg e.V.  
Kreisverband Rostock  
Augustenstraße 85  
18055 **Rostock**  
Tel.: 0381 454720  
Fax: 0381 4547211  
kv-rostock@caritas-mecklenburg.de  
www.caritas-mecklenburg.de

DRK - Kreisverband Bad Doberan e.V.  
Seestraße 12  
18209 **Bad Doberan**  
Tel.: 0382 0375010  
Fax: 0382 0750120  
info@KV-Bad-Doberan.drk.de  
www.kv-bad-doberan.drk.de

DRK Kreisverband Güstrow e.V.  
Kinder- und Jugendhilfe  
Am Markt 26  
18273 **Güstrow**  
Tel.: 03843 4668698  
Fax: 03843 7737810  
jugendhilfe@drk-guestrow.de

Caritas Mecklenburg e. V.  
Kreisverband Güstrow-Müritz  
Schweriner Straße 97  
18273 **Güstrow**  
Tel.: 03843 72130  
Fax: 03843 721320  
KV-Gue-Mue@caritas-mecklenburg.de  
www.caritas-mecklenburg.de

AWO Soziale Dienste Vorpommern gGmbH  
Kinder- und Jugendstation  
Gänsestraße 1  
18311 **Ribnitz-Damgarten**  
Tel.: 03821 4100  
Fax: 03821 895891  
kjs@awo-r-d.de  
www.awo-vorpommern.de

DRK Kreisverband Rügen-Stralsund e.V.  
Herberge für obdachlose Menschen  
Mühlgrabenstr. 10  
18437 **Stralsund**  
Tel.: 03831 703690  
oluk@drk-ruegen-stralsund.de

Caritas Mecklenburg e.V.  
Fachdienst Besondere Lebenslagen  
Gr. Wasserstraße 35  
19053 **Schwerin**  
Tel.: 0385 590590  
Fax: 0385 5905914  
fbl@caritas-mecklenburg.de  
www.caritas-mecklenburg.de

AWO Kreisverband Parchim e.V.  
Jugendgerichtshilfe  
Bobziner Weg 12  
19386 **Lübz**  
Tel.: 038731 22773  
hze@awo-luebz.de

AWO Kreisverband Wismar e.V.  
Erwachsenenstrafrecht  
E.-Weinert-Promenade 2  
23966 **Wismar**  
Tel.: 03841 71000  
info@awo-wismar.de

AWO Kreisverband Wismar e.V.  
 Sozialer Trainingskurs  
 E.-Weinert-Promenade 2  
 23966 **Wismar**  
 Tel.: 03841 710016  
 bernitt.awo@freenet.de

## Niedersachsen

Lüneburger Straffälligen und Bewährungshilfe  
 (LSB) e.V. - Beratungsstelle und Wohnheim für  
 Haftentlassene  
 Auf dem Meere 3  
 21335 **Lüneburg**  
 Tel.: 04131 244470  
 info@lsbev.de  
 www.lsbev.de

Straffälligenhilfe Stade  
 Am Schwingedeich 4  
 21680 **Stade**  
 Tel.: 04141 3013  
 straffaelligenhilfe.stade@evlka.de  
 www.diakonieverband-buxtehude-stade.de

Cura Oldenburg e.V.  
 Verein für Resozialisierung und  
 Bewährungshilfe  
 Dobbenstr. 26  
 26121 **Oldenburg**  
 Tel.: 0441 970930  
 Fax: 0441 9709324  
 vertrieb@diakonie.de

Diakonisches Werk - der Ev.-Luth. Kirche in  
 Oldenburg - Straffälligenhilfe Oldenburg  
 Dobbenstr. 26  
 26122 **Oldenburg**  
 Tel.: 0441 9709314  
 Fax: 0441 9709322  
 straffaelligenhilfe@diakonie-ol.de

Diakonisches Werk Wilhelmshaven e. V.-  
 Straffälligenhilfe Wilhelmshaven  
 Weserstr. 192  
 26382 **Wilhelmshaven**  
 Tel.: 04421 926528  
 Fax: 04421 201281  
 ast.diakonie.whv@eweTel.:net  
 www.diakonie-oldenburger-land.de

Anlaufstelle für Straffällige in Ostfriesland  
 Kirchdorfer Str. 43a  
 26603 **Aurich**  
 Tel.: 04941 62828  
 Fax: 04941 974145  
 ast@diakonieaurich.de

Kirchenkreis Aurich  
 Lambertshof 10  
 26603 **Aurich**  
 Tel.: 04941 2628  
 Fax: 04941 68459  
 sup.aurich@evlka.de  
 www.kirchenkreis-aurich.de

Anlaufstelle für Straffällige in Ostfriesland  
 Kirchdorfer Str. 43a  
 26603 **Aurich**  
 Tel.: 04941 62828  
 ast@diakonieaurich.de  
 www.die-anlaufstellen.de

Diakonisches Werk  
 Ev. - luth. Kirchenkreis Cuxhaven  
 Marienstr. 50  
 27472 **Cuxhaven**  
 Tel.: 04721 38483  
 Fax: 04721 31619  
 dw.cuxhaven@gmx.de  
 www.diakonisches-werk-cuxhaven.de

Straffälligenhilfe Delmenhorst  
 Düsternortstr. 51  
 27755 **Delmenhorst**  
 Tel.: 04221 96200  
 Fax: 0441 2100199  
 lv@diakonie-ol.de  
 www.diakonie-oldenburger-land.de

Stiftung Resozialisierungsfonds beim  
 Niedersächsischen Justizministerium  
 Generalstaatsanwaltschaft Celle  
 Schlossplatz 2  
 29221 **Celle**  
 Tel.: 05141 206352

Schwarzes Kreuz  
Christliche Straffälligenhilfe e. V.  
Jägerstraße 25 a  
29221 **Celle**  
Tel.: 05141 946160  
Fax: 05141 9461626  
info@schwarzes-kreuz.de  
www.schwarzes-kreuz.de

Projekt Brückenbau - Celle e.V.  
Jägerstraße 25a  
29221 **Celle**  
Tel.: 05141 9461620  
Fax: 05141 9461626  
info@projekt-brueckenbau.de

AG Resohelp  
Hagenstr. 36  
30161 **Hannover**  
Tel.: 0511 9904020  
Beratungsstelle@Resohelp.de  
www.resohelp.de

Förderverein für die JVA Hannover e.V.  
Schulenburg Landstraße 145  
30165 **Hannover**  
Tel.: 0511 6796620  
Fax: 0511 6796810  
info@foerderverein-kontakte.de  
www.foerderverein-kontakte.de

Evangelische Konferenz für  
Gefängnisseelsorge in Deutschland  
Herrenhäuser Str.12  
30419 **Hannover**  
Tel.: 0511 2796406  
Fax: 0511 2796407  
kontakt@gefaengnisseelsorge.de  
www.gefaengnisseelsorge.de

KWABSOS  
Kommunikations-, Wohn-, Arbeits- und  
Beratungszentrum für gefährdete junge  
Menschen e. V.  
Immengarten 49  
31134 **Hildesheim**  
Tel.: 05121 31210  
Fax: 05121 32876  
post@kwabsos.de  
www.kwabsos.de

Straffälligenhilfe e.V.  
Roonstraße 11  
31141 **Hildesheim**  
Tel.: 05121 33348  
www.die-anlaufstellen.de

RESOHELP Hameln  
Anlaufstelle für Straffällige  
Ostertorwall 6  
31785 **Hameln**  
Tel.: 05151 43820  
Fax: 05151 45250  
resohelp.hameln@t-online.de  
www.caritashaus-hamelnde

Anlaufstelle - Kontakt in Krisen e.V.  
Rosmarinweg 24  
37081 **Göttingen**  
Tel.: 0551 632977  
straffaelligenhilfe@anlaufstelle.de  
oder sh@anlaufstelle.de

Neue Chance e. V.  
Betreutes Wohnen  
Gotteslager 12  
37081 **Göttingen**  
Tel.: 0551 97213  
Fax: 0551 95062  
neue-chance@gmx.de  
www.neue-chance-goettingen.de

SHG Schwule Hilfe Göttingen / Bovenden  
Rathausplatz 2  
37120 **Göttingen**  
Tel.: 0551 83355  
Fax: 0551 83355

CURA e. V. Braunschweig  
Münzstraße 5  
38100 **Braunschweig**  
Tel.: 0531 16166  
Fax: 0531 15023  
ast-cura@t-online.de  
www.cura-bs.de

Anlaufstelle für Straffällige  
Lohstraße 9  
49074 **Osnabrück**  
Tel.: 0541 94049300  
ast@dw-osl.de  
www.die-anlaufstellen.de

CURA e V.  
Verein für die Betreuung Straffälliger  
Schlosswall 6  
49088 **Osnabrück**  
Tel.: 0541 42233

Soziale Dienste SKM gGmbH  
Berghoffstr. 15  
49090 **Osnabrück**  
Tel.: 0541 962340  
Fax: 0541 9623434  
kontakt@soziale-dienste-skm.de  
www.soziale-dienste.skm-os.de

Gefangenenfürsorgeverein Vechta e.V.  
Blumenstr. 8  
49377 **Vechta**  
Tel.: 04441 4494  
Fax: 04441 2503  
SKM Vechta e.V.

Sozialdienst Katholischer Männer  
Dominikanerweg 8  
49377 **Vechta**  
Tel.: 04441 7322  
Fax: 04441 4993  
skm-vechta@eweTel.:net

Frauennotruf Cloppenburg e. V.  
Mühlenstr. 51  
49661 **Cloppenburg**  
Tel.: 04471 930830  
Fax: 04471 930831  
frauen-notruf-clp@eweTel.:net  
www.frauen-notruf-clp.de

Caritasverband für die Diözese Osnabrück  
e.V - Hilfe für Wohnungslose in Meppen -  
Caritasverband für den Landkreis Emsland  
Domhof 18  
49716 **Meppen**  
Tel.: 05931 98420 , 05931 984213  
Fax: 05931 89305  
WBerkenheger@caritas-os.de  
www.caritas-os.de

Caritasverband für den Landkreis Emsland  
Fachambulanz für Suchtprävention und  
Rehabilitation Meppen  
Markt 31-33  
49716 **Meppen**  
Tel.: 05931 886380  
Sucht.Mep@caritas-os.de  
www.caritas-el.de

Sozialdienst - Katholischer Männer  
Emsland-Mitte e.V.  
Margaretenstr. 23  
49716 **Meppen**  
Tel.: 05931 93110  
Fax: 05931 931118  
info@skm-meppen.de  
www.skm-meppen.de/

Konferenz für katholische Seelsorge bei  
den Justizvollzugsanstalten der  
Bundesrepublik Deutschland  
Clemenswerth 1  
49751 **Sögel**  
Tel.: 05952 207201  
Fax: 05952 207207  
b.terborg@marstall-clemenswerth.de  
www.kath-gefaengnisseelsorge.de

SKM - Katholischer Verein für  
soziale Dienste in Lingen (Ems) e.V.  
Lindenstraße 13  
49808 **Lingen**  
Tel.: 0591 912460  
Fax: 0591 9124623  
skm@skm-lingen.de  
www.skm-lingen.de

SKM - Katholischer Verein für soziale Dienste in Lingen e.V.  
Straffälligenhilfe  
Korczak-Haus  
Rheiner Straße 32  
49809 **Lingen**  
Tel.: 0591 912470  
Fax: 0591 9124710  
skm@skm-lingen.de  
www.skm-lingen.de

Cura Lingen e. V.  
Verein für Straffälligenhilfe  
JVA Lingen  
Kaiserstraße 5  
49809 **Lingen**  
Tel.: 0591 9161161

## Nordrhein-Westfalen

DRK Kreisverband Minden  
Elsa Brandstöm Jugendhilfe gGmbH  
Maulbeerkamp 34  
32425 Minden  
Tel.: 0571 40480  
info@ebh-minden.de  
www.ebh-minden.de

KIM - Soziale Arbeit e.V.  
Leostr. 29  
33098 **Paderborn**  
Tel.: 05251 25100  
Fax: 05251 282476  
verwaltung@kim-paderborn.de  
www.kim-paderborn.de

SKM - Katholischer Verein für soziale Dienste  
Paderborn e. V.  
Kapellenstraße 6  
33102 **Paderborn**  
Tel.: 05251 13160  
Fax: 05251 131620  
info@skm-relum.de  
www.skm-relum.de

Beratungsstelle für Inhaftierte, Haftentlassene  
und Angehörige  
Aktion Straffälligenhilfe e.V.  
Mercatorstraße 10  
33602 **Bielefeld**  
Tel.: 0521 179033  
asth@biTel.:net

Diakonie für Bielefeld - Straffälligenhilfe  
Kreuzstr. 19a  
33602 **Bielefeld**  
Tel.: 0521 98892420, 0521 98892742  
info@diakonie-fuer-bielefeld.de  
www.diakonie-fuer-bielefeld.de

Sozialdienst katholischer Frauen e.V.  
Turnerstr. 4  
33602 **Bielefeld**  
Tel.: 0521 9619140  
hettig@skf-bielefeld.de  
www.skf-bielefeld.de

Aktion Straffälligen Hilfe e. V.  
Karl-Eilers-Straße 13  
33602 **Bielefeld**  
Tel.: 0521 179033, Mobil 0162 7903807  
Fax: 0521 1365721  
asth@biTel.:net  
www.asth-bielefeld.de

SKM - Katholischer Verein für  
Soziale Dienste in Bielefeld e. V.  
Kavalleriestraße 26  
33602 **Bielefeld**  
Tel.: 0521 55776120  
Fax: 0521 55776125  
info@skm-bielefeld.de  
www.skm-bielefeld.de/

Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Bielefeld  
Turnerstraße 4  
33602 **Bielefeld**  
Tel.: 0521 9619140  
Fax: 0521 9619148  
geschaeftsstelle@skf-bielefeld.de  
www.skf-bielefeld.de/

Haus Nordpark im Ev. Johanneswerk e. V.  
Kreuzstr. 19a  
33602 **Bielefeld**  
Tel.: 0521 60371  
Fax: 0521 5214517  
Mara.Rohlfing@johanneswerk.de  
www.johanneswerk.de

Aktion Straffälligenhilfe e. V.  
Karl-Eilers Str. 13  
33602 **Bielefeld**  
Tel.: 0521 179033  
Fax: 0521 1365721  
asth@biTel.:net  
www.asth-bielefeld.de

Kreis 74  
Teutoburger Straße 106  
33607 **Bielefeld**  
Tel.: 0521 55737811  
Fax: 0521 55737820  
info @kreis74.de  
www.kreis74.de

Evangelischer Gemeindedienst Innere Mission  
Bielefeld e.V.  
Freie Straffälligenhilfe  
Schildescher Straße 101  
33611 **Bielefeld**  
Tel.: 0521 98892742  
thomas.wendland@johanneswerk.de  
www.johanneswerk.de

Diakonie für Bielefeld gGmbH  
Anlaufstelle Freiräume  
Schildescher Straße 101- 103  
33611 **Bielefeld**  
Tel.: 0521 98892727  
Fax: 0521 98892501  
www.diakonie-fuer-bielefeld.de

Haus Nordpark im Ev. Johanneswerk e. V.-  
Betreutes Wohnen  
Schildescher Str. 101-103  
33611 **Bielefeld**  
Tel.: 0521 9687639  
Fax: 0521 5214517  
Andrea.Techentin@johanneswerk.de  
www.johanneswerk.de

BAG Wohnungslosenhilfe e.V.  
Sudbrackstraße 17  
33611 **Bielefeld**  
Tel.: 0521 143960  
Fax: 0521 1439619  
info@bagw.de  
www.bagw.de

AWO Familienglobus gGmbH  
Beratungsstelle für Haftentlassene  
Westfalenstr. 38a  
40472 **Düsseldorf**  
Tel.: 0211 60025500  
Fax: 0211 60025502  
www.awo-duesseldorf.de/

Diakonie Düsseldorf e.V.  
Gefangenenfürsorge  
Oberhausener Str. 30  
40472 **Ratingen**  
Tel.: 0211 93882676  
info@diakonie-duesseldorf.de

Katholischer Gefängnisverein e.V.  
Beratungsstelle Gefangenenfürsorge  
Kaiserswerther Straße 286  
40474 **Düsseldorf**  
Tel.: 0211 444200  
Fax: 0211 5162491  
gefaengnisverein@gmx.de  
www.gefaengnisverein.de

Evangelischer Gefangenen-Fürsorge-Verein  
Düsseldorf e.V.  
Ulmenstr. 95 (JVA)  
40476 **Düsseldorf**  
Tel.: 0211 9486227  
Fax: 0211 9486227  
Gefangenenfuersorge@ekir.de  
www.gefangenenfuersorge.de

SKM - Katholischer Verein für  
soziale Dienste in der  
Region Kempen - Viersen e.V.  
Hildegardisweg 3  
41747 **Viersen**  
Tel.: 02162 29288  
Fax: 02162 16311  
info@skm-kempen-viersen.de  
www.skm-kempen-viersen.de

Katholische Beratungsstelle für Ehe-, Familien-  
und Lebensfragen  
Alte Freiheit 1  
42103 **Wuppertal**  
Tel.: 0202 456111  
Fax: 0202 456914  
www.efl-wuppertal.de

GHW Gefährdetenhilfe Wuppertal e.V.  
Hünefeldstr. 14a  
42285 **Wuppertal**  
Tel.: 0202 28110174  
charlotte.iben@gesaonline.de

Tacheles e. V.  
Rudolfstraße 125  
42285 **Wuppertal**  
Tel.: 0202 318441  
Fax: 0202 306604  
info@tacheles-sozialhilfe.de  
www.tacheles-sozialhilfe.de

Wichernhaus Wuppertal gemeinnützige  
GmbH  
Meckelstraße 32c  
42287 **Wuppertal**  
Tel.: 0202 98060  
Fax: 0202 9806110  
info@wichernhaus-wtal.de  
www.wichernhaus-wtal.de

Gefährdetenhilfe Scheideweg e.V.  
Unterscheideweg 1-3  
42499 **Hückeswagen**  
Tel.: 02192 2011  
Fax: 02192 2015  
info@gefaehrdetenhilfe.de  
www.gefaehrdetenhilfe.de/

SKM - Katholischer Verein für soziale Dienste  
Solingen e. V.  
Goerdelerstr. 72  
42651 **Solingen**  
Tel.: 0212 204988  
Fax: 0212 208191  
skmsolingen@t-online.de  
www.skm-solingen.de

Die Brücke Dortmund e.V.  
Adlerstraße 81  
44137 **Dortmund**  
Tel.: 0231 31731060  
Fax: 0231 31731011  
post@die-bruecke-dortmund.de  
www.die-bruecke-dortmund.de

Caritasverband für Bochum und Wattenscheid  
e.V. SKM Betreuungsverein und  
Freie Straffälligenhilfe  
44789 **Bochum**  
Tel.: 0234 3070530  
Fax: 0234 3070577  
info@skm-bochum.de  
www.skm-bochum.de  
ViA-Bochum e.V.

Verein für integrative Arbeit  
Harpener Feld 14  
44805 **Bochum**  
Tel.: 0234 955410  
Fax: 0234 9554199  
mail@via-bochum.de  
www.via-bochum.de  
Diakoniewerk Essen  
Gemeinnützige Gefährdetenhilfe GmbH

Straffälligenhilfe  
Maxstraße 71  
45127 **Essen**  
Tel.: 0201 8213024  
Fax: 0201 8213021  
www.diakoniewerk-essen.de

Diakoniewerk Essen  
Gemeinnützige Gefährdetenhilfe GmbH  
Fachstelle Ableistung gemeinnütziger Arbeit  
Bergerhauser Str. 17  
45147 **Essen**  
Tel.: 0201 8213024  
b.schoelermann@diakoniewerk-essen.de  
www.diakoniewerk-essen.de

Start 84  
Sachsenring 46  
45279 Essen  
Tel.: 0201 438990  
Fax: 0201 4389925  
start84@cneweb.de  
www.parisozial-essen.de

Caritasverband für die Stadt Recklinghausen  
e.V. - Geschäftsstelle - Haus der Caritas  
Mühlenstr. 27  
45659 **Recklinghausen**  
Tel.: 02361 58900  
Fax: 02361 5890991  
info@caritas-recklinghausen.de  
www.caritas-recklinghausen.de

Sozialdienst katholischer Frauen Dattel e. V.  
Tigg 3  
45711 **Datteln**  
Tel.: 02363 910090  
Fax: 02363 910098  
info@skf-datteln.de  
www.skf-datteln.de

AWO Gelsenkirchen - „Die Chance“  
Grenzstraße 47  
45881 **Gelsenkirchen**  
Tel.: 0209 4094130  
Fax: 0209 4094131

SKM-Katholischer Verein für soziale Dienste  
Bocholt e. V.  
Friesenstraße 5  
46395 **Bocholt**  
Tel.: 02871 8891  
Fax: 02871 14267  
skm.bocholt@t-online.de  
www.skm-bocholt.de

S.U.K.S. Strafgefangenen- und  
Krankenseelsorge e. V.  
Kaiser-Wilhelm-Straße 230  
47169 **Duisburg**  
Tel.: 0203 5192460  
Fax: 0203 5192461  
info@suks.de  
www.suks.de

Sozialdienst Katholischer Männer  
Moers-Xanten e.V.  
Ostring 1  
47441 **Moers**  
Tel.: 02841 9010800  
Fax: 02841 9010857  
info@skm-moers.ev.de  
www.dicvmuenster.caritas.de/

Caritasverband Kleve e.V.  
Hoffmannallee 66a - 68  
47533 **Kleve**  
Tel.: 02821 72090  
info@caritas-kleve.de  
www.caritas-kleve.de

SKM - Katholischer Verein für  
soziale Dienste in Krefeld e. V.  
Hubertusstr. 97  
47798 **Krefeld**  
Tel.: 02151 84120  
Fax: 02151 841249  
skm@skm-krefeld.de  
www.skm-krefeld.de

Arbeitskreis kritischer Strafvollzug e. V.  
(AKS)  
Postfach 12 68  
48002 **Münster**  
Tel.: 0251 4902835  
Fax: 0251 8339325  
info@aks.de  
www.aks-ev.net

SkF e.V. Münster  
St. Gertrudenhäus  
Katharinenstr. 10  
48145 **Münster**  
Tel.: 0251 899360  
Fax: 0251 8993666  
www.skf-muenster.de/

VIP  
Verein sozial-integrativer Projekte e.V.  
Wasserstr. 9  
48147 **Münster**  
Tel.: 0251 46468/47468  
Fax: 0251 40721  
toamuenster@aol.com  
www.vip-muenster.de

Chance e. V.  
Projekte zur Integration Haftentlassener  
Friedrich-Ebert-Str. 7/15  
48153 **Münster**  
Tel.: 0251 620880  
Fax: 0251 6208849  
info@chance-muenster.de  
www.chance-muenster.de

FAGA - Fachstelle zur Ableistung  
gemeinnütziger Arbeit Münster  
Friedrich-Ebert-Straße 23  
48153 **Münster**  
Tel.: 0251 1334870  
Fax: 0251 13348710  
info@faga-muenster.de  
www.faga-muenster.de/

SkF e.V. Köln  
Mauritiussteinweg 77-79  
50676 **Köln**  
Tel.: 0221 126950  
Fax: 0221 1269594  
geschaefsstelle@skf-koeln.de  
www.caritas.erzbistum-koeln.de

SkF e.V. Köln  
Beratungsstelle für Frauen  
Gereonstraße 13  
50670 **Köln**  
Tel.: 0221 1686737  
www.skf-koeln.de

AIDS-Hilfe NRW e. V.  
Lindenstraße 20  
50674 **Köln**  
Tel.: 0221 9259960  
Fax: 0221 9259969  
info@nrw.aidshilfe.de  
www.nrw.aidshilfe.de

Sozialdienst Katholischer Männer e. V. Köln  
Große Telegraphenstraße 31  
50676 **Köln**  
Tel.: 0221 20740  
Fax: 0221 2074303  
info@skm-koeln.de  
www.skm-koeln.de

Die Heilsarmee in Deutschland  
Salierring 23-27  
50677 **Köln**  
Tel.: 0221 208190  
Fax: 0221 2081951  
info@heilsarmee.de  
www.heilsarmee.de

DBH e.V. - Fachverband für Soziale Arbeit,  
Strafrecht und Kriminalpolitik  
Aachener Straße 1064  
50858 **Köln**  
Tel.: 0221 94865120  
Fax: 0221 94865121  
kontak@dbh-online.de  
www.dbh-online.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Täter-Opfer-  
Ausgleich e.V. - Servicebüro für Täter-Opfer-  
Ausgleich und Konfliktschlichtung  
Aachener Straße 1064  
50858 **Köln**  
Tel.: 0221 94865122  
Fax: 0221 94865123  
info@bag-toa.de  
www.toa-servicebuero.de

Maßstab  
Verein für eine soziale Zukunft e.V.  
Marsiliusstr. 35  
50937 **Köln**  
Tel.: 0221 417092  
Fax: 0221 4248845  
beratungsstelle@masstab-koeln.de  
www.masstab-koeln.de

Haus Rupprechtstraße gGmbH  
Rupprechtstraße 9  
50937 **Köln**  
Tel.: 0221 441026  
Fax: 0221 444992  
info@haus-rupprechtstrasse.de  
www.haus-rupprechtstrasse.de

Kreischaritas e. V. - Jugend- und Familienhilfe  
Cederwaldstraße 22  
51465 **Bergisch Gladbach**  
Tel.: 02202 1008701  
Fax: 02202 1008788  
jugend-familienhilfe@caritas-rheinberg.de

SKFM - Sozialdienst Katholischer Frauen  
und Männer Gummersbach  
Weststr. 59  
51643 **Gummersbach**  
Tel.: 02261 60020  
Fax: 02261 60027

Straffälligenhilfe Aachen gGmbH  
Vaalser Straße 108  
52074 **Aachen**  
Tel.: 0241 34343  
Fax: 0241 37058  
info@sha-aachen.de  
www.aks-aachen.de

SKM - Katholischer Verein für soziale Dienste  
in Stolberg e.V.  
Foxiusstr. 2  
52223 **Stolberg**  
Tel.: 02402 81007  
Fax: 02402 87827  
info@skm-stolberg.de  
www.skm-stolberg.de

Sprungbrett e. V.  
Kasernenstr. 7b und Wilhelmstraße 27  
53111 **Bonn**  
Tel.: 0228 608873  
Fax: 0228 6088740  
info@sprungbrett-bonn.de  
www.sprungbrett-bonn.de

VFG - Verein für Gefährdetenhilfe Bonn  
Am Dickobskreuz 6  
53121 **Bonn**  
Tel.: 0228 985760  
Fax: 0228 9857640  
verwaltung@vfg-bonn.de  
www.vfg-bonn.de

Gesellschaft für soziale Eingliederung  
KAB-Ring 33  
53359 **Rheinbach**  
Tel.: 02226 3332

Don-Bosco-Haus  
Luisenstraße 111a  
53721 **Siegburg**  
Tel.: 02241 590153  
Fax: 02241 1468545  
dbhsiegburg@skm-rhein-sieg.de

KSD  
Sozialdienst katholischer Männer Olpe e.V.  
Kolpingstraße 14  
57462 **Olpe**  
Tel.: 02761 83681611  
Fax: 02761 83681610  
info@ksd-olpe.de  
www.ksd-olpe.de

Brücke Altenkirchen e. V.  
Friedrichstraße 17  
57518 **Betzdorf**  
Tel.: 02741 933010  
info@bruecke-altenkirchen.de  
www.bruecke-altenkirchen.de

Teilstationäres Wohnen für Straffällige  
Ambulant betreutes Wohnen für Straffällige  
Eckeseyer Str. 85  
58089 **Hagen**  
Tel.: 02331 2043461  
Fax: 02331 2043469  
haus-eckesey@awo-ha-mk.de

Stadt Hagen, Zentrale Beratungsstelle für  
Haftentlassene, Inhaftierte und deren  
Angehörige  
Berliner Platz 22  
58089 **Hagen**  
Tel.: 02331 2072727  
schahin.farzamfar@stadt-hagen.de  
www.hagen.de

Übergangswohnen für Straffällige  
Eckeseyer Str. 85  
58089 **Hagen**  
Tel.: 02331 13787  
haus-eckesey@awo-ha-mk.de

Beratungsstelle für Inhaftierte, Haftentlassene  
und deren Angehörige, AWO UB Hagen-  
Märkischer Kreis  
Eckeseyer Str. 85  
58089 **Hagen**  
Tel.: 02331 13787  
Fax: 02331 181884  
haus-eckesey@awo-ha-mk.de

Stadt Hagen - Zentrale Beratungsstelle  
für Haftentlassene, Inhaftierte und deren  
Angehörige  
Fachbereich Jugend und Soziales  
Berliner Platz 22  
58089 **Hagen**  
Tel.: 02331 2072727  
Fax: 02331 2072083  
www.hagen.de

SKM Schwerte - Sozialdienst Katholischer Frauen  
Goethestr.22  
58239 **Schwerte**  
Tel.: 02304 16761  
Fax: 02304 16711  
skf@schwerterkirchen.de  
www.schwerterkirchen.de

Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW  
Iserlohner Straße 25  
58239 **Schwerte**  
Tel.: 02304 755332  
Fax: 02304 755318  
info@kircheundgesellschaft.de  
www.kircheundgesellschaft.de

Diakonie Mark-Ruhr gGmbH  
Wohnungslosenhilfe  
Trift 3  
58636 **Iserlohn**  
Tel.: 02371 22099  
ulf.wegmann@diakonie-mark-ruhr.de  
www.diakonie-mark-ruhr.de

SKM Katholischer Verein für  
soziale Dienste in Menden e.V.  
Pastoratstraße 20  
58706 **Menden**  
Tel.: 02373 1774610  
Fax: 02373 1774611  
skm@skm-menden.de

Haus Dellwig  
Oststr. 4  
59174 **Kamen**  
Tel.: 02307 75577  
bagemihl@haus-dellwig.de

pro cura  
Straffälligenhilfe an der  
Justizvollzugsanstalt Bochum e.V.  
Krümmede 3/ Postfach 10 12 09  
44712 **Bochum**  
Tel.: 0234 9558-415 oder 0234 30705-30  
wolfgang.frewer@skm-bochum.de  
www.jva-bochum.nrw.de/procura

Caritasverband für die Stadt Bonn e.V.  
Soforthilfe und Fachberatung bei  
Wohnungsnot  
Thomasstr. 36a  
53115 **Bonn**  
Tel.: 0228 985320  
Fax: 0228 98532250  
www.caritas-bonn.de

Herberge zur Heimat  
Mühlenstraße 9  
32756 **Detmold**  
Tel.: 05231 922428  
Fax: 05231 922420  
www.herberge-lippe.de

## Rheinland Pfalz

Caritasverband Trier e. V.  
 Fachambulanz für Suchtkranke und deren  
 Angehörige  
 Kutzbachstraße 15  
 54290 **Trier**  
 Tel.: 0651 1453950  
 Fax: 0651 1453959  
 suchtkrankenhilfe@caritas-region-trier.de  
 www.rcvtrier.caritas.de

Arbeitsgemeinschaft Starthilfe e. V.  
 Karl Marx Straße 29  
 54290 **Trier**  
 Tel.: 0651 75190  
 Fax: 0651 48103  
 info@starthilfe-trier.de  
 www.Starthilfe-trier.de

Caritasverband Trier e. V.  
 Haus der Beratung  
 Petrusstraße 28  
 54292 **Trier**  
 Tel.: 0651 2096202  
 schroeder.beate@caritas-region-trier.de  
 www.rcvtrier.caritas.de

Stiftung Entschuldungshilfe  
 beim Ministerium der Justiz und für  
 Verbraucherschutz des Landes  
 Rheinland-Pfalz  
 Ernst- Ludwig- Straße 3  
 55116 **Mainz**  
 Tel.: 06131 164886  
 Fax: 06131 164914  
 poststelle@min.jm.rlp.de  
 www.justiz.rlp.de

Opfer- und Täterhilfe e. V.  
 Erthalstraße 2  
 55118 **Mainz**  
 Tel.: 06131 287770  
 Fax: 06131 2877799  
 info@outh.de  
 www.outh.de

i-PUNKT, Beratung für Angehörige  
 von Inhaftierten  
 Turnerstraße 43  
 55120 **Mainz**  
 Tel.: 06131 688828  
 Fax: 06131 680529  
 i-punkt@outh.de  
 www.outh.de

Verein für Jugend- und Sozialarbeit  
 Budenheim e.V.  
 Bingerstr. 47  
 55257 **Budenheim**  
 Tel.: 06139 5330  
 wg.budenheim@juvente-mainz.de  
 juvente-mainz.de

SKM Katholischer Verein für  
 soziale Dienste im Kreis Bad Kreuznach e.V.  
 Ringstr. 15  
 55543 **Bad Kreuznach**  
 Tel.: 0671 64207  
 Fax: 0671 75114  
 skm@bistum-trier.de

Caritasverband für Koblenz e. V.  
 Jugend-Gefährdeten-Hilfe  
 Hohenzollernstraße 118  
 56068 **Koblenz**  
 Tel.: 0261 13906200  
 Fax: 0261 13906290  
 jugendhilfe@caritas-koblenz.de  
 www.caritas-koblenz.de/

Sozialdienst katholischer Frauen e.V.  
 Kurfürstenstraße 87  
 56068 **Koblenz**  
 Tel.: 0261 304240  
 Fax: 0261 3042430  
 info@skf-koblenz.de  
 www.skf-koblenz.de

Caritasverband Koblenz e.V.  
 Jugend und Drogenberatung -  
 Rizzastraße 14  
 56068 **Koblenz**  
 Tel.: 0261 12320  
 Fax: 0261 12309

bbz Beratungs- und Behandlungszentrum  
Hohenzollernstraße 147  
56068 **Koblenz**  
Tel.: 0261 12441  
Fax: 0261 14659  
bbz-koblenz@t-online.de  
www.bbz-koblenz.de

SKM Katholischer Verein für soziale Dienste e. V.  
Betreuungsverein für Mayen und Umgebung  
Alleestr. 27  
56727 **Mayen**  
Tel.: 02651 947275  
Fax: 02651 947277  
r.mueller@skm-mayen.de  
www.mayen.de

Caritas-Zentrum Pirmasens - Zweibrücken  
Rosengartenstraße 10 a  
66482 **Zweibrücken**  
Tel.: 06332 56810  
Caritas-Zentrum.Pirmasens@caritas-speyer.de  
www.caritas-zentrum-pirmasens.de/

Diakonie Pfalz - Wohngemeinschaft für  
haftentlassene und nichtsesshafte Menschen  
Karmeliterstraße 20  
67346 **Speyer**  
Tel.: 06232 664254  
achim.hoffmann@diakonie-pfalz.de  
www.diakonie-pfalz.de

Caritas - Zentrum Pirmasens  
Klosterstraße 9a  
66953 **Pirmasens**  
Tel.: 06331 274010  
Caritas-Zentrum.Pirmasens@caritas-speyer.de  
www.caritas-zentrum-pirmasens.de

Pfälzischer Verein für  
Soziale Rechtspflege Zweibrücken e.V.  
Kirchbergwerkstatt  
Winzlerstraße 20-24  
66955 **Pirmasens**  
Tel.: 06331 44616  
Fax: 06331 44674

Pfälzischer Verein für  
Soziale Rechtspflege Vorderpfalz e.V.  
Dialog TOA  
Berlinerstr. 52  
67059 **Ludwigshafen**  
Tel.: 0621 59296125  
Fax: 0621 59296110  
toa.dialog@t-online.de  
www.pfaelzischerverein.de

Caritas-Zentrum Ludwigshafen e. V.  
Kaiser-Wilhelm-Straße 41  
67059 **Ludwigshafen**  
Tel.: 0621 598020  
Caritas-Zentrum.ludwigshafen@caritas-  
speyer.de  
www.caritas-zentrum-ludwigshafen.de

JSA Schifferstadt  
Rudolf-Diesel-Straße 15  
67105 **Schifferstadt**  
Tel.: 06235 4992512  
christian.laengle@diakonie-pfalz.de

Beratungs- und Behandlungsstelle  
für Abhängige  
Wormser Straße 56  
67227 **Frankenthal**  
Tel.: 06233 20528

Pfälzischer Verein für  
Soziale Rechtspflege Vorderpfalz e.V.  
Beratungsstelle für Straffällige und deren  
Angehörige  
Europaring 23  
67227 **Frankenthal**  
Tel.: 06233 26674  
Fax: 06233 319349  
Unvericht@pfaelzischerverein.de  
www.pfaelzischerverein.de

Drogenberatung in der JVA Frankenthal  
Ludwigshafener Str.20  
67227 **Frankenthal**  
Tel.: 06233 364199  
Fax: 06233 364100

Pfälzischer Verein für Soziale Rechtspflege  
Vorderpfalz e.V. - Schwitzen statt Sitzen  
Emil-Rosenberg-Str. 2  
67227 **Frankenthal**  
Tel.: 06233 80420  
Fax: 06233 80369  
www.pfaelzischerverein.de

Pfälzischer Verein für Soziale Rechtspflege e.V.  
Die Werkstatt  
Hirschstr. 5  
67346 **Speyer**  
Tel.: 06232 629486  
Fax: 06232 629488  
info@werkstatt-speyer.de  
www.werkstatt-speyer.de/

SKFM Diözesanverein für das Bistum Speyer e.V.  
Bahnhofstr. 31  
67346 **Speyer**  
Tel.: 06232 209170  
Fax: 06232 209199  
michael.neis@skfm.de  
www.skfm-dvspeyer.de/

Junge Menschen im Aufwind  
Ludwigstr. 13  
67346 **Speyer**  
Tel.: 06232 292305  
Fax: 06232 539644  
info@juma-speyer.de  
www.juma-speyer.de/

Diakonisches Werk Worms-Alzey  
Seminariumsgasse 4 - 6  
67547 **Worms**  
Tel.: 06241 920290  
Fax: 06241 9202911  
dw-worms@dwwa.de  
www.dwwa.de/

Pfälzischer Verein für  
Soziale Rechtspflege Südpfalz e. V.  
Nordring 11 a  
76829 **Landau**  
Tel.: 06341 38190  
Fax: 06341 381928  
info@sozialerechtspflege-suedpfalz.de  
www.sozialerechtspflege-suedpfalz.de

Betreutes Wohnen für Haftentlassene  
im Diakonischen Werk  
Wallstr.46  
66482 **Zweibrücken**  
Tel.: 06332 12318  
bwzweibruecken@diakonie-pfalz.de

## Saarland

Verein zur Förderung der Bewährungs-  
und Jugendgerichtshilfe im Saarland e. V.  
Knappschaftsplatz 3  
66111 **Saarbrücken**  
Tel.: 0681 948230  
Fax: 0681 9482310  
info@verein-bwh.de  
www.verein-bwh.de

Katholischer Gefangenen- und  
Entlassenenfürsorgeverein im Saarland e. V.  
Knappenstr. 3  
66111 **Saarbrücken**  
Tel.: 0681 42608  
Fax: 0681 48673

Zentrum für Prävention  
„Cool statt gewalttätig“  
Anti-Agressionstraining  
Lahnstraße 19  
66113 **Saarbrücken**  
Tel.: 0681 970586114  
jewering@lvsaarland.awo.org

Projekt Sanktionsalternativen der AWO  
Landesverband Saarland e.V.  
Gartenstraße 20  
66386 **St. Ingbert**  
Tel.: 06894 1690788  
hconrad@lvsaarland.awo.org

Diakonisches Zentrum Neunkirchen  
Hospitalstr. 19  
66538 **Neunkirchen**  
Tel.: 06821 25025  
Fax: 06821 21214  
sekr-dzn@dwsaar.de  
www.dzn.dwsaar.de

Caritasverband Schaumberg-Blies e.V.  
Hüttenbergstraße 42  
66538 **Neunkirchen**  
Tel.: 06821 92090  
Fax: 06821 920920  
info@caritas-nk.de  
www.caritas-neunkirchen.de

SKFM - Sozialdienst Katholischer Männer und  
Frauen im Kreis St. Wendel e. V.  
Luisenstrasse 2  
66606 **St. Wendel**  
Tel.: 06851 86712  
Fax: 06851 85432  
www.skfm-wnd.de

## Sachsen

Europäische Beratungsstelle für Straffälligen  
und Opferhilfe (EBS Görlitz)  
Hotherstr. 31  
02826 **Görlitz**  
Tel.: 03581 879819  
Fax: 03581 879822  
ebs.goerlitz@freenet.de

Verein für soziale Rechtspflege Dresden e.V.  
Ambulante Straffälligenhilfe  
Karlsruher Straße 36  
01189 **Dresden**  
Tel.: 0351 4020822  
beratung@vsr-dresden.de  
www.vsr-dresden.de

Verein für Soziale Rechtspflege Dresden e.V.  
Täter-Opfer-Ausgleich  
Karlsruher Str. 36  
01189 **Dresden**  
Tel.: 0351 4020825  
toa@vsr-dresden.de  
www.vsr-dresden.de

Schwarzes Kreuz  
Christliche Straffälligenhilfe e.V.  
Arbeitskreis Dresden  
Corinthstraße 8  
01219 **Dresden**  
Tel.: 0351 4724459  
E.Franzmann@gmx.de  
www.naechstenliebe-befreit.de

HAMMER WEG e.V.  
Käthe-Kollwitz-Str. 17  
01445 **Radebeul**  
Tel.: 0351 8383823  
ulfrid.kleinert@ehs-dresden.de  
www.hammerweg.eu

Psychosoziale Beratungs- und  
anerkannte Behandlungsstelle (PSB)  
Suchtberatung  
Eckhardt-Haus  
Naundorfer Straße 9  
01558 **Großenhain**  
Tel.: 03522 32630  
Fax: 03522 32634  
sucht@diakonie-grossenhain.de  
www.diakonie-grossenhain.de

Caritasverband für das Dekanat Meißen e.V.  
Wettinstraße 15  
01662 **Meißen**  
Tel.: 03521 469620  
Fax: 03521 469621  
info@caritas-meissen.de  
www.caritas-meissen.de

Brücke e.V.  
Dresdener Straße 3  
02625 **Bautzen**  
Tel.: 03591 45617  
Fax: 03591 42444

AWO KV Görlitz e.V.  
Soziale Wohngruppe für Haftentlassene  
Rauschwalder Str. 68  
02826 **Görlitz**  
Tel.: 03581 405162

Verein für Straffälligenhilfe Görlitz e.V.  
Hotherstraße 31  
02826 **Görlitz**  
Tel.: 03581 311827  
Fax: 03581 400347  
straffaelligenhilfe-goerlitz@t-online.de  
www.straffaelligenhilfe-goerlitz.de

Verein für Frauen, Familien und Jugend  
in Leipzig e. V.  
Windmühlenstraße 41  
04107 **Leipzig**  
Tel.: 0341 2130290  
Fax: 0341 2130290  
info@neue-muenze.de  
www.neue-muenze.de

Caritasverband Leipzig e.V. Projekt KOMPASS  
Jugendstraffälligenhilfe  
Abtsdorfer Straße 30  
04552 **Borna**  
Tel.: 03433 208124  
kompass.borna@caritas-leipzig.de  
www.caritas-leipzig.de

Caritasverband Leipzig e.V.  
Beratung für Straffällige und deren  
Angehörige  
Elsterstr. 15  
04109 **Leipzig**  
Tel.: 0341 9636134  
sozialberatung@caritas-leipzig.de  
www.caritas-leipzig.de

Diakonisches Werk Innere Mission Leipzig  
e.V. - Suchtberatungs- und ambulante  
Behandlungsstelle BLAUES KREUZ  
Theresienstraße 7  
04129 **Leipzig**  
Tel.: 0341 926570  
Fax: 0341 9265790  
suchtberatung@diakonie-leipzig.de  
www.diakonie-leipzig.de

Suchtberatungs- und Behandlungsstelle  
„Blaues Kreuz“  
Georg-Schumann-Straße 172  
04159 **Leipzig**  
Tel.: 0341 926570  
Fax: 0341 265790

Arbeitskreis Resozialisierung e.V.  
Haus der Demokratie Leipzig  
Bernhard-Göring-Str. 152  
04277 **Leipzig**  
Tel.: 0341 3065100/102  
Fax: 0341 3065101  
info@hddl.de  
www.hddl.de

Caritasverband Leipzig e.V.  
Schuldner- und Insolvenzberatung  
im Landkreis  
Nicolaistr. 4  
04668 **Grimma**  
Tel.: 03437 940771  
christophorus.mtl@caritas-leipzig.de  
www.caritas-leipzig.de

Diakonie Döbeln  
Diakonisches Werk im Kirchenbezirk e.V.  
Otto-Johnsen-Str. 4  
04720 **Döbeln**  
Tel.: 03431 71260  
Fax: 03431 712612  
info@diakonie-doebeln.de  
www.diakonie-doebeln.de

Evangelisches Diakoniewerk  
Oschatz-Torgau  
Geschäftsstelle Torgau  
Schloßstr.3  
04860 **Torgau**  
Tel.: 03421 72450  
Fax: 03421 724555  
geschaeftsstelle@dw-ot.de

Verein für soziale Rechtspflege Torgau e. V.  
Am Fort Zinna 7  
04860 **Torgau**  
Tel.: 03421 745203

Stadtmission Zwickau e.V.  
Straffälligenhilfe  
Römerstraße 11  
08056 **Zwickau**  
Tel.: 0375 5019113  
Fax: 0375 5019112  
www.stadtmission-zwickau.de

Stadtmission Zwickau e.V.  
Lothar-Streit-Straße 14  
08056 **Zwickau**  
Tel.: 0375 5019113  
inge.weigelt@stadtmission-zwickau.de

Diakonisches Werk Auerbach e.V.  
Beratungs- und Informationsstelle für  
Suchtfragen (BISS)  
Herrenwiese 9a  
08209 **Auerbach**  
Tel.: 03744 831215  
Fax: 03744 831233  
suchtberatung@diakonie-auerbach.de  
www.evangelische-beratung.info

Brücke Plauen e.V.  
Albertplatz 12  
08523 **Plauen**  
Tel.: 03741 221928  
Fax: 03741 221928  
bruecke\_plauen\_ev@web.de  
www.jugendring-plauen-ev.de

Caritasverband Vogtland e.V.  
Bergstraße 39  
08523 **Plauen**  
Tel.: 03741 222832  
Fax: 03741 202834  
beratung@caritas-vogtland.de  
www.caritas-vogtland.de

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Chemnitz  
und Umgebung e.V. - Beratungsstelle für  
Inhaftierte, Haftentlassene und deren  
Angehörige (BS)  
Wiesenstraße 10  
09111 **Chemnitz**  
Tel.: 0371 6742627  
Fax: 0371 6742625  
fsh@awo-chemnitz.de  
www.awo-chemnitz.de

AWO Schlichtungsstelle für  
Täter-Opfer-Ausgleich Schülergericht  
Wiesenstraße 10  
09111 **Chemnitz**  
Tel.: 0371 6742629  
Fax: 0371 6742625  
toa@awo-chemnitz.de , schuelergericht@  
awo-chemnitz.de  
www.awo-chemnitz.de

Sozialer Trainingskurs für junge Frauen  
„MiA“  
Wiesenstraße 10  
09111 **Chemnitz**  
Tel.: 0371 6742642  
Fax: 0371 6742625  
stk\_mia@awo-chemnitz.de  
www.awo-chemnitz.de

Sozialer Trainingskurs für junge Männer  
Wiesenstraße 10  
09111 **Chemnitz**  
Tel.: 0371 6742630  
Fax: 0371 6742625  
stk@awo-chemnitz.de  
www.awo-chemnitz.de

Ambulant Betreutes Wohnen  
für Haftentlassene  
Wiesenstr. 10  
09111 **Chemnitz**  
Tel.: 0371 6742628  
sabine.daniel@awo-chemnitz.de  
www.awo-chemnitz.de

Stadtmission Chemnitz e.V.  
Glockenstraße 5-7  
09130 **Chemnitz**  
Tel.: 0371 43340  
Fax: 0371 4334137  
info@stadtmission-chemnitz.de  
www.stadtmission-chemnitz.de/

## Sachsen-Anhalt

Verein „Hoffnung“ für Straffälligen- und  
Bewährungshilfe Halberstadt e.V.  
Bahnhofstraße 7  
38820 **Halberstadt**  
Tel.: 03941 600597  
Fax: 03941 600597  
verein.hoffnung.hbs@freenet.de  
www.lvsb.homepage.t-online.de/html/  
hoffnung\_halberstadt.html

Landesverband für Straffälligen- und  
Bewährungshilfe Sachsen-Anhalt e.V.  
Keplerstraße 9 / 9A  
39104 **Magdeburg**  
Tel.: 0391 5414588  
Fax: 0391 5693646  
lvsbsa@t-online.de  
www.lvsbsa.de

Verein für Straffälligenbetreuung und  
Bewährungshilfe Stendal e. V.  
Altes Dorf 22  
39576 **Stendal**  
Tel.: 03931 5898423  
Fax: 03931 5898423  
straffaelligenbetreuung@gmx.de  
www.lvsb.homepage.t-online.de/html/  
straffalligenbetreuung\_stendal.html

DPWV RESOzialisierungsprojekte e. V.  
Goldberg  
Schmeerstr. 4  
06108 **Halle**  
Tel.: 0345 4789244

Horizont ohne Gitter e.V.  
Mittelstr. 14  
06108 **Halle**  
Tel.: 0345 2035365  
Fax: 0345 2035365

Evangelische Stadtmission Halle e.V.  
Weidenplan 3-5  
06108 **Halle**  
Tel.: 0345 21780  
Fax: 0345 2178199  
info@stadtmission-halle.de  
www.stadtmission-halle.de

Arbeiter- Samariter- Bund  
RV Halle / Bitterfeld e.V.  
Hordorfer Straße 5  
06112 **Halle**  
Tel.: 0345 292990  
Fax: 0345 2929940  
www.asb-halle-saalkreis.de

Diakonisches Werk im  
Kirchenkreis Dessau e.V.  
Georgenstr. 13-15  
06842 **Dessau**  
Tel.: 0340 260550  
Fax: 0340 2605520  
info@diakonie-dessau.de  
www.diakonie-dessau.de

Verein für Straffälligen-  
und Gefährdetenhilfe Anhalt e.V.  
Friedrich-Naumann-Str. 12  
06844 **Dessau-Roßlau**  
Tel.: 0340 8505454  
Fax: 0340 2167872  
Vorstand-VfSG@gmx.de  
www.gefaehrdetenhilfe-dessau.de

Reso- Witt e.V.  
Große- Bruchstraße 17  
06886 **Wittenberg**  
Tel.: 03491 400806  
Fax: 03491 407133  
resowitt@wittenberg.de  
www.reso-witt.de

## Schleswig-Holstein

Gefährdetenhilfe Norderstedt  
Storchengang 6  
22846 **Norderstedt**  
Tel.: 040 5222611  
Fax: 040 5223435  
bwh.norderstedt@t-online.de

Rechtsfürsorge e. V. - Resohilfe  
Kleine Kiesau 8  
23552 **Lübeck**  
Tel.: 0451 799190  
Fax: 0451 7991915  
info@resohilfe-luebeck.de  
www.resohilfe-luebeck.de

Rechtsfürsorge e. V.  
Resohilfe  
Täter-Opfer-Ausgleich  
Kapitelstraße 5  
23552 **Lübeck**  
Tel.: 0451 70989620  
Fax: 0451 70989615  
toa@resohilfe-luebeck.de  
www.resohilfe-luebeck.de

Vorwerker Diakonie e. V.  
Straffälligenhilfe  
Große Petersgrube 2  
23552 **Lübeck**  
Tel.: 0451 7020838  
Fax: 0451 3846040  
straffaelligenhilfe.luebeck@vorwerker-  
diakonie.de  
www.vorwerker-diakonie.de

Vorwerker Diakonie e. V.  
Vermittlungsstelle für Gemeinnützige Arbeit  
Petrikirchhof 3  
23552 **Lübeck**  
Tel.: 0451 3991966  
Fax: 0451 3991968  
www.vorwerker-diakonie.de

Schleswig - Holsteinischer Verband für soziale  
Strafrechtspflege; Straffälligen- und Opferhilfe  
e. V.  
Ringstraße 76  
24103 **Kiel**  
Tel.: 0431 2005668  
Fax: 0431 72984933  
landesverband@soziale-strafrechtspflege.de  
www.soziale-strafrechtspflege.de

Ev. Stadtmission Kiel gemeinnützige GmbH -  
Straffälligenhilfe / Haftberatung  
Fleethörn 61  
24103 **Kiel**  
Tel.: 0431 26044610  
Fax: 0431 26044629  
info@stadtmission-kiel.de  
www.stadtmission-kiel.de

Brücke Kiel e. V.  
Verein für Straffälligenhilfe  
Weberstr. 8  
24103 **Kiel**  
Tel.: 0431 82583  
Fax: 0431 82583  
bruecke-kiel@t-online.de

AWO Schleswig-Holstein gGmbH  
Psychosoziale Dienste  
Fachstelle für Täter-Opfer Ausgleich  
Region Mittelholstein/Nordverbund  
Ringstraße 76  
24103 **Kiel**  
Tel.: 0431 2001721  
Fax: 0431 2005647  
lutz.holtmann@awo-sh.de

helfen-fördern-gestalten e.V.  
Kronshagener Weg 72  
24116 **Kiel**  
Tel.: 0431 9709203  
Fax: 0431 9709205  
Ev. Stadtmission Kiel gemeinnützige GmbH  
Straffälligenhilfe - AMOS - Neue Arbeit  
Preetzer Straße 5  
24143 **Kiel-Gaarden**  
Tel.: 0431 26044750  
Fax: 0431 26044779  
klaus.vonhoff@stadtmission-kiel.de  
www.stadtmission-kiel.de

Diakonisches Werk Altholstein  
Straffälligenhilfe  
Gasstraße 12  
24534 **Neumünster**  
Tel.: 04321 419512  
Fax: 04321 4195415  
zbs@diakonie-altholstein.de  
www.diakonie-altholstein.de

AWO Kreisverband Neumünster e.V.  
Göbenplatz 4  
24534 **Neumünster**  
Tel.: 04321 91770  
Fax: 04321 917715  
info@awo-neumuenster.de  
www.awo-neumuenster.de

AWO-Suchtberatungsstelle Neumünster  
Haart 15 a  
24534 **Neumünster**  
Tel.: 04321 922920  
Fax: 04321 922921  
suchtberatung-neumuenster@awo-sh.de,  
www.awo-suchtberatung.de

Täter-Opfer-Ausgleich- Büro der AWO  
Neumünster e. V.  
Haart 10  
24534 **Neumünster**  
Tel.: 04321 41409  
Fax: 04321 260467  
toa@awo-neumuenster.de

Das Diakonische Werk des Kirchenkreises  
Rendsburg-Eckernförde - Beratungszentrum -  
Straffälligenhilfe  
Prinzenstr. 9  
24768 **Rendsburg**  
Tel.: 04331 69630  
Fax: 04331 696319  
info@diakonie-rd-eck.de  
www.diakonie-rd-eck.de

Jailmail - Kontakte von Drinnen nach Draußen  
- Briefkontakte  
Postfach 12  
24785 **Fockbek**  
jail-mail@t-online.de  
www.jail-mail.net

Soziales Training für straffällig gewordenene  
Jugendliche und Heranwachsende im Raum  
Schleswig  
Bahnhofstr. 16  
24837 **Schleswig**  
Tel.: 04621 934280  
Fax: 04621 934280  
soz-training-kv-sl-fl@awo-sh.de  
www.cms.awo-sh.de

Diakonisches Werk des Ev.-Luth.Kirchenkreises  
Schleswig-Flensburg  
Norderdomstraße 6  
24837 **Schleswig**  
Tel.: 04621 381155  
b.schoessler@diakonie-slfl.de

Diakonisches Werk des Kirchenkreises  
Schleswig-Flensburg  
Johanniskirchhof 19a  
24937 **Flensburg**  
Tel.: 04614 808321  
Fax: 04614 808304  
g.ten-haaf@diakonie-slfl.de  
www.kirchenkreis-schleswig-flensburg.de

Verein Hilfe zur Selbsthilfe Flensburg e.V. -  
Sozialberatung in der Justizvollzugsanstalt  
Flensburg  
Johanniskirchhof 19a  
24937 **Flensburg**  
Tel.: 04614 808318  
Fax: 04614 808301  
hzs-bewo@diakonie-slfl.de  
www.kirchenkreis-schleswig-flensburg.de

Verein Hilfe zur Selbsthilfe Flensburg e.V.  
Betreutes Wohnen für Haftentlassene und  
von Haft Bedrohten  
Johanniskirchhof 19a  
24937 **Flensburg**  
Tel.: 04614 808318  
Fax: 04614 808301  
hzs-bewo@diakonie-slfl.de  
www.kirchenkreis-schleswig-flensburg.de

Diakonisches Werk des Kirchenkreises  
Schleswig-Flensburg  
Gemeinnützige Arbeit statt  
Ersatzfreiheitsstrafe  
Johanniskirchhof 19a  
24937 **Flensburg**  
Tel.: 04614 808312 (oder 11)  
Fax: 0461 4808301  
gemeinnuetzige-arbeit@diakonie-slfl.de  
www.kirchenkreis-schleswig-flensburg.de

awo Arbeiterwohlfahrt e.V.  
Jugendhilfezentrum  
Elmshorner Str. 43  
25421 **Pinneberg**  
Tel.: 04101 54080  
Fax: 04101 540818

Verein für Gefangenenfürsorge und  
Bewährungshilfe e. V.  
Bahnhofstr. 17  
25421 **Pinneberg**  
Tel.: 04101 503289  
Fax: 04101 503262  
hermann.bock-metzner@agpinneberg.landsh.de

Auxilia - Verein für Gefährdeten- und  
Straffälligenhilfe e.V.  
Geschw.-Scholl-Allee 92  
25524 **Itzehoe**  
Tel.: 04821 40193  
udo@mcdoll.de

Vermittlung in gemeinnützige Arbeit  
Stiftstr. 5  
25524 **Itzehoe**  
Tel.: 04821 7796061  
anke.jessen@awo-sh.de  
www.awo-unterelbe.de

Sozialtherapeutische Wohnstätte  
Haus Buchhof der AWO  
Am Buchhof 3  
25548 **Oeschebüttel**  
Tel.: 04822 1681  
haus-buchhof@kinder-jugendhilfe.de

Diakonisches Werk Husum gGmbH  
Theodor-Storm-Straße 7  
25813 **Husum**  
Tel.: 04841 691410  
Fax: 04841 691417  
info@dw-husum.de  
www.dw-husum.de

Jugendhilfeverein NF  
DIA Haus  
Nordbahnhofstraße 44  
25813 **Husum**  
Tel.: 04841 63848  
Fax: 04841 800098  
jugendhilfeverein@web.de  
www.jugendhilfeverein-nf.de

LAND IN SICHT e.V.  
Ludwig-Nissen-Str. 26,  
25813 **Husum**  
Tel.: 04841 662146  
Fax: 04841 662148  
www.landinsicht-husum.de

## Thüringen

Caritas-Regionalstelle Weimar-Jena  
Darrtorstr. 11  
07318 **Saalfeld**  
Tel.: 03671 358220  
Fax: 03671 358213

Caritasverband für Ostthüringen e.V.  
Karl-Matthes-Str. 23  
07549 **Gera**  
Tel.: 03657 12930114  
koordinierung.y@caritas-ostthueringen.info  
www.caritas-ostthueringen.de/

Caritas Jena - Erziehungs-, Ehe-, Familien- und  
Lebensberatung  
Wagnergasse 29  
07743 **Jena**  
Tel.: 03641 449257  
Fax: 03641 424491  
asb-j@caritas-bistum-erfurt.de

DRK Kreisverband Jena-Eisenberg-Stadtroda  
Dammstraße 32  
07749 Jena  
Tel.: 03641 400-0  
Fax: 03641 400-111  
info@drk-jena.de  
www.drk-jena.de

CARITAS Haus der Beratung  
Allgemeine soziale Beratung  
Hohe Röder 1  
98527 **Suhl**  
Tel.: 03681 711811  
Fax: 03681 711813  
schulz.a@caritas-bistum.erfurt.de  
www.caritas.de

Neue Arbeit Thüringen e.V. Meiningen  
 Marienstraße 10  
 98617 **Meiningen**  
 Tel.: 03693 84010  
 Fax: 03693 840120  
 sekretariat@nat-mgn.de  
 www.nat-mgn.de/

Bildungswerk Großbreitenbach e.V.  
 Bahnhofstr. 17/18  
 98701 **Großbreitenbach**  
 Tel.: 036781 9472  
 Fax: 036781 24535  
 info@bwg-ev.de  
 www.bwg-ev.de

Bewährungs- und Straffälligenhilfe  
 Thüringen e. V. - Projekt DIALOG  
 Andreasstr. 44  
 99084 **Erfurt**  
 Tel.: 0361 2113437  
 Fax: 0361 2113436  
 christiane.wottke@web.de

AWO Landesverband Thüringen e.V.  
 „Haus Neubeginn“  
 Heim für Haftentlassene Männer  
 Josef-Ries-Str. 15  
 99085 **Erfurt**  
 Tel.: 0361 7461600  
 haus.neubeginn.ef@awo-thueringen.de  
 www.awothueringen.de

Bewährungs- und Straffälligenhilfe Thüringen  
 e. V.  
 Gutenbergstraße 68  
 99092 **Erfurt**  
 Tel.: 0361 2113437  
 Fax: 0361 6634769  
 bshtuer@freenet.de  
 www.straffaelligenhilfe-thueringen.de

Caritas Weimar - Erziehungs-, Ehe-,  
 Familien- und Lebensberatung  
 Thomas-Müntzer-Str. 18  
 99423 **Weimar**  
 Tel.: 03643 202161  
 Fax: 03643 202163  
 asb-we@caritas-bistum-erfurt.de

HORIZONT e. V. - „Jugend-Konflikt-Hilfe“  
 Mühlhof 2  
 99734 **Nordhausen**  
 Tel.: 03631 974790  
 Fax: 03631 466903  
 nordhausen@jkh.horizont-verein.de  
 www.jkh.horizont-verein.de

Horizont e. V. - „Jugend-Konflikt-Hilfe“  
 Hauptmannstraße 1a  
 99974 **Mühlhausen**  
 Tel.: 03601 813170  
 Fax: 03601 887425  
 muehlhausen@jkh.horizont-verein.de  
 www.jkh.horizont-verein.de

## Weitere wichtige Adressen

**Beauftragte der Bundesregierung für  
 Migration, Flüchtlinge und Integration**  
 Bundeskanzleramt  
 Willy-Brandt-Straße 1  
 11012 **Berlin**  
 Tel.: 030 184001640  
 Fax: 030 184001606  
 integrationsbeauftragte@bk.bund.de  
 www.bundesregierung.de

**Bundesagentur für Arbeit**  
 Regensburger Straße 104  
 90478 **Nürnberg**  
 Tel.: 0911 1790  
 Zentrale@arbeitsagentur.de  
 www.arbeitsagentur.de

**Bundesarbeitsgemeinschaft  
 Schuldnerberatung e. V.**  
 Friedrichsplatz 10  
 34117 **Kassel**  
 Tel.: 0561 771093  
 Fax: 0561 711126  
 info@bag-sb.de  
 www.bag-sb.de

**Bundesarbeitsgemeinschaft  
Wohnungslosenhilfe BAGW e. V.**

Boyenstraße 42  
10115 **Berlin**  
Tel.: 030 28445370  
Fax: 030 284453719  
info@bagw.de  
www.bagw.de

**Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e. V.**

Westenwall 4  
59065 **Hamm**  
Tel.: 02381 90150  
Fax: 02381 901530  
info@dhs.de www.dhs.de

**Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit  
Häusliche Gewalt (BAG TäHG) e. V.**

Nordring 15 c  
76829 **Landau**  
info@bag-taeterarbeit.de  
www.bag-taeterarbeit.com

**Der Justizvollzugsbeauftragte des Landes  
Nordrhein-Westfalen**

Rochusstraße 360  
50827 Köln  
Tel.: 0221 80138-46  
Fax: 0221 80138-48  
poststelle@justizvollzugsbeauftragter.nrw.de

**Komitee für Grundrechte und  
Demokratie e.V.**

Aquinostraße 7-11  
50670 Köln  
Tel.: 0221 97269-20 und -30  
Fax: 0221 97269-31  
info@grundrechtekomitee.de

